

Eilmeldung: Simonetta Sommaruga holt Eritreer

Nummer 41 – 11. Oktober 2018 – 86. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WEITWOCHE



Männer, hört die Signale

Warum die #MeToo-Bewegung nicht nur die Frauen befreit.

Von Claudia Schumacher

Welscher Verführer

Die hypnotischen Kräfte des linken Charmeurs Pierre-Yves Maillard.

Von Hubert Mooser

Königsfamilie der Schweiz

Unser Bundesrat: eine Saga von Würde und Verrat. *Von Erik Ebnetter*





PATEK PHILIPPE

GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition

Mehr Informationen erhalten Sie bei den unten genannten
Patek Philippe Partnern sowie im autorisierten Fachhandel.

Eine vollständige Liste unserer Partner in der Schweiz
finden Sie auf patek.com

Ascona

Orologi Gioielli Herschmann,
Piazza Giuseppe Motta/Lungolago

Basel

Gübelin, Freie Strasse 27
Seiler, Gerbergasse 89

Bern

Zigerli+Iff, Spitalgasse 14

Davos Platz

Chronometrie Stäuble, Promenade 71

Gstaad

Villiger Gstaad AG, Promenade

Interlaken

Kirchhofer Haute Horlogerie II,
Höheweg 56

Klosters

Maissen, Bahnhofstrasse 15

Lugano

Gübelin, Via Nassa 27
Mersmann SA, Via Nassa 5
Somazzi SA, Via Nassa 36

Luzern

Gübelin, Schwanenplatz

St. Moritz

Gübelin, Via Serlas/Palace Galerie

Vaduz/FL

Huber im Weissen Würfel

Zermatt

Haute Horlogerie Schindler SA,
Bahnhofstrasse 15

Zug

Lohri AG, Neugasse 9

Zürich

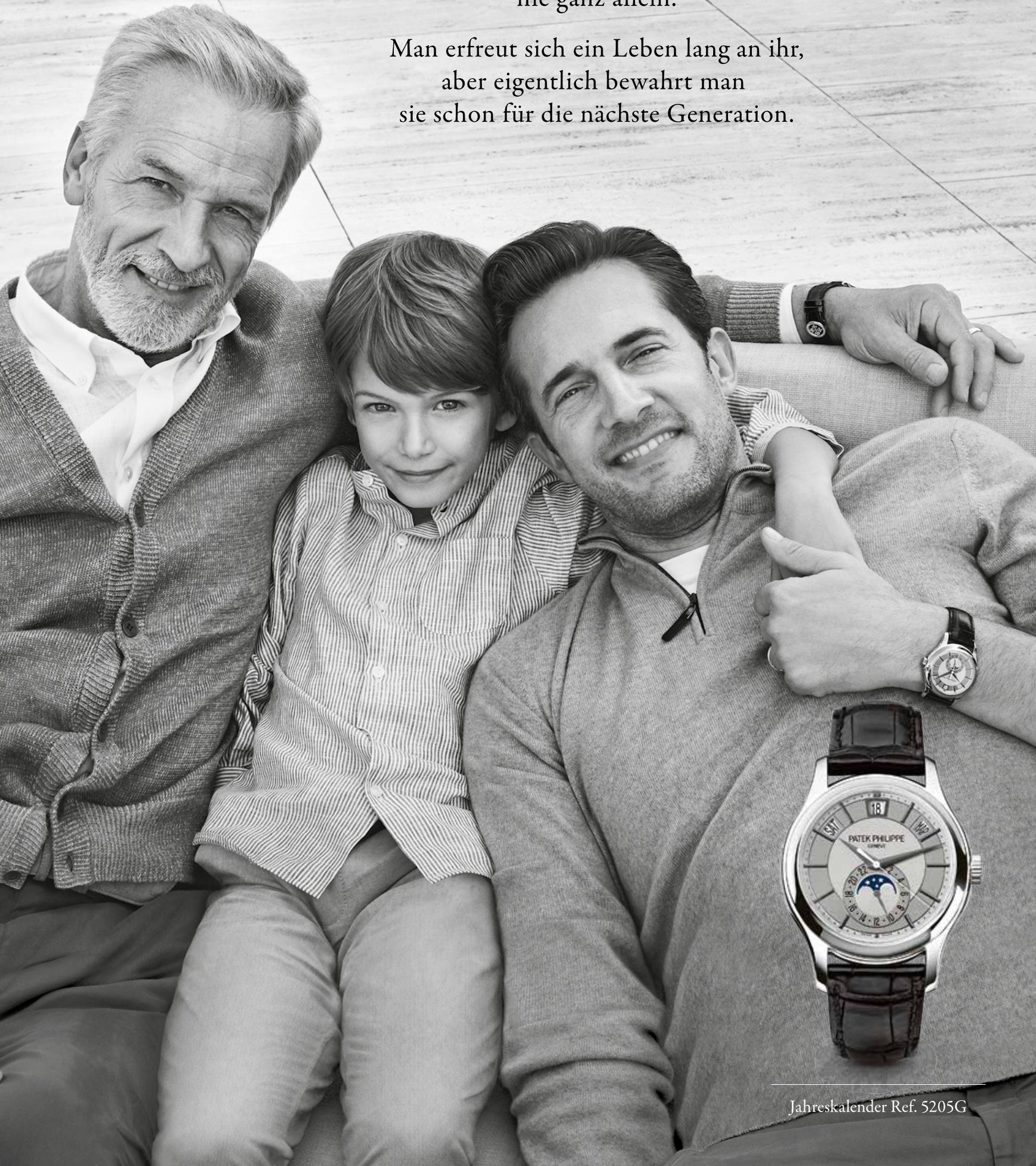
Patek Philippe Boutique at Beyer,
Bahnhofstrasse 31

Gübelin, Bahnhofstrasse 36



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



«Meine Lachfalten
sind jetzt auch
zu sehen, wenn ich
ernst bin.»

Älter werden fängt früher an, als man meint.

ubs.com/vorsorge



Teilchenbeschleuniger: Physiker Strumia.

Aus dem Departement von Bundesrätin Simonetta Sommaruga kommen Jubelmeldungen. Die Zahl der Asylbewerber gehe im Vergleich zu den beiden Vorjahren zurück. Das ist nur die halbe Wahrheit, wie die Recherche von Philipp Gut zeigt: Die Schweiz leistet sich den Luxus, aktiv Asylbewerber und Uno-Flüchtlinge ins Land zu holen. Besonders beliebt bei Sommarugas Beamten sind Eritreer: 85 Prozent der Gesuchsteller aus dem ostafrikanischen Staat kamen 2017 gar nicht selbst hierher. **Seite 13**

In der europäischen Forschungsanlage Cern bei Genf lassen Physiker im Teilchenbeschleuniger kleine Partikel aufeinanderprallen, um neue Erkenntnisse über die Materie zu gewinnen. Kürzlich gab es da ein heftiges Aufeinandertreffen unterschiedlicher Ansichten zur Stellung der Frauen auf dem Gebiet der Physik. Der italienische Wissenschaftler Alessandro Strumia geriet in einen Shitstorm, weil er die schwache Vertretung der Frauen in der Physik mit Geschlechterdifferenzen zu erklären versucht hatte. Im Sturm der Entrüstung hörte man von ihm selber nichts mehr. Wir haben den Kontakt zu ihm gesucht und berichten hier, wie er die Vorgänge sieht und erlebt hat. **Seite 22**

Das Bohnerwachs der Bürgerlichkeit war nichts mehr für sie, die Unzufriedenen einer Generation machten sich auf, den Blütenstaub des Seins woanders zu finden. Es war 1968, Vietnamkrieg da und kleinbürgerlicher Muff dort. Sie träumten von Liebe, Friede und Glück, einer Existenz ohne Kapitalismus, von einem Leben der Selbstbestimmung, der Spiritualität und der Harmonie mit den Schwingungen des Kosmos. Hippies wurden sie genannt, und der Pfad

ihrer Suche führte viele nach Ibiza. Sie lebten ihren Traum, aber dann ging das Leben einfach weiter und der Traum irgendwie dahin. **Seite 24**

Selten dürfte eine Kandidatur einen solchen Wirbel ausgelöst haben. Als Karin Keller-Sutter am Dienstag erklärte, sie wolle Bundesrätin werden, übertrugen die Nachrichtenportale ihre Medienkonferenz live aus Wil SG. Als sie vor acht Jahren ein erstes Mal angetreten war, hatte ihr noch eine Medienmitteilung von zehn Zeilen genügt. Was ist vom Hype zu halten? Hubert Mooser hat sich im Bundeshaus umgehört und kommt zum Schluss: Keller-Sutter dürfte kaum zu schlagen sein. Sollte sie gewählt werden, übernehme sie das einzige glamouröse Amt des Landes. Die Schweizer sind erzrepublikanisch, aber ihre Bundesräte behandeln sie wie Royals. Ist ein solcher König erst einmal im Amt, entscheidet er faktisch selbst, wann er abdankt. 117 Porträts hängen inzwischen in der Familiengalerie. Erik Ebnetter ist dort auf Geschichten von Tod und Verrat gestossen, wie sie zu jeder richtigen Dynastie gehören. **Seite 30, 32**

In eigener Sache: Die *Weltwoche* investiert weiter in ihre Redaktion und verpflichtet Erik Ebnetter von der *Basler Zeitung*, wo er zuletzt als Leiter Politik und Mitglied der Chefredaktion tätig war. Ebnetter studierte Geschichte und Politikwissenschaften in Zürich, sein Studium schloss er mit einer Arbeit über die FDP und den EWR ab. Er ist einer der klügsten Köpfe der jüngeren Journalistengeneration. Wir heissen den neuen Kollegen herzlich willkommen und wünschen ihm viel Erfolg!

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnert, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Erik Ebnetter, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Peter Holenstein, Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler, Sebastian Scholz (*Assistent*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Julia Dunlop (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



«Piano Entertainment»: Chris & Mike im «Riverside» Live-Spektakel im Doppelpack

Seit 25 Jahren begeistern Chris & Mike mit ihren rasanten Boogie-Woogie-Shows das Publikum im In- und Ausland. Erleben Sie das Piano-Duo an einem ganz besonderen Ort: im schönen «Riverside» Seminar- und Eventhotel auf dem Areal einer ehemaligen Spinnerei in Glattfelden.

Wenn die Brüder Chris & Mike in die 176 Tasten hauen, bleibt niemand ruhig sitzen. Mit ihrer ausgeklügelten Technik, Spezialinstrumenten und ihrer grenzenlosen Spielfreude gehören die Zürcher Oberländer zu den Meistern ihres Genres. Eines der beiden Gesichter wird Ihnen möglicherweise bekannt vorkommen: Christoph «Chris» Keller moderierte von 1996 bis 2000 beim Schweizer Fernsehen die Sendung «TAF».

Seit einem Vierteljahrhundert haben sich die beiden Tastenakrobaten ihrer musikalischen Leidenschaft verschrieben. Mit ihrer Show «Piano Entertainment» zeigen sie, warum der Boogie-Woogie seit seinem ersten grossen Boom im Chicago der 1920er Jahre nichts von seiner Popularität eingebüsst hat. Auf höchstem Niveau ist auch das Rahmenprogramm: In der Pause wird Ihnen ein 3-Gang-Menü serviert. Für den krönenden Abschluss

sorgt beim exklusiven Arrangement für *Weltwoche*-Abonnenten die Übernachtung in einem der neuen Lodge-Zimmer des Hotels «Riverside» im urchigen Alpenchic-Stil. Nach einer erholsamen Nacht in der Oase an der Glatt starten Sie beschwingt mit einem reichhaltigen Frühstück in den neuen Tag.



Platin-Club-Spezialangebot

«Piano Entertainment»
Chris & Mike im Hotel «Riverside», Glattfelden

Datum:
10. November 2018, 18.30 Uhr

Programm:

- 18.30 Uhr: Türöffnung
- 19.15 Uhr: Opening Chris & Mike
- 19.30 Uhr: 3-Gang-Dinner inkl. Mineralwasser, Bier, Wein, Kaffee
- 21.00 Uhr: Musikshow Chris & Mike
Inkl. Übernachtung im Lodge-Zimmer mit Frühstück

Spezialangebot:
Fr. 239.– pro Person (statt Fr. 289.–)

Buchung:
Reservieren Sie Ihren Platz unter
Tel. 043 500 92 92 – bitte Kennwort «Weltwoche»
angeben.

Veranstalter:
«Riverside» Seminar- und Eventhotel
Spinnerei Lettenstrasse
8192 Glattfelden
www.riverside.ch

www.weltwoche.ch/platinclub

Putins Richter

Selbstbestimmung
und die Sache mit den
Menschenrechten.

Von Roger Köppel

Es ist schon unglaublich, mit welcher Geringschätzung und automatisierten Herablassung die Gegner der Selbstbestimmungsinitiative über den Schweizer Rechtsstaat herziehen.

Nun bin ich ja selber weit davon entfernt, den Rechtsstaat und seine juristischen Anwender zu überhöhen. Staatsrechtler, Richter sind Menschen, und ihr Gewerbe ist wie alles Menschliche fehlerbehaftet und irrtumsanfällig.

An der Uni studierte ich einen der brillantesten Staatsrechtler und Verfassungsjuristen seiner Zeit, den Deutschen Carl Schmitt.

Seine abgründige, windungsreiche Laufbahn öffnete mir die Augen dafür, dass der Selbstanspruch vieler Juristen, sie würden eine über der Zeit und der Politik stehende wissenschaftliche Neutralitätsposition besetzen, eine Selbsttäuschung, eine selbstschmeichlerische Irreführung ist.

Wie viele seiner Kollegen diene Schmitt ebenso loyal zuerst einer Monarchie, dann einer Republik, schliesslich einer mörderischen Diktatur, und am Ende versuchte er, einigermaßen vergeblich, wieder in einer Demokratie Fuss zu fassen. Für jedes Regime lieferte er die passende Begründung. Er war nicht der Einzige. Viele seiner Berufskollegen waren politische Opportunisten weit jenseits der Schmerzgrenze.

Die Juristerei, wie genial auch immer sie praktiziert wird, schützt vor Irrtümern und im Falle von Schmitt auch vor Verbrechen, vor schweren intellektuellen Menschenrechtsverletzungen nicht. Wenn Juristen behaupten, sie seien die unverzichtbaren Hüter von Rechtsstaat und Menschenrechten, dann muss man sich nur die Vita des ursprünglichen Starjuristen Schmitt anschauen, um zu erkennen, wie hohl dieser Wahrheits- und Überlegenheitsanspruch ist.

Damit ist nun aber keineswegs gesagt, dass alle Staatsrechtler und Verfassungsjuristen notwendigerweise politische Gefährder und Geisterfahrer seien, aber sie sind eben Menschen mit allen Fehlern; man kann nicht auf sie allein und man kann schon gar nicht letztinstanzlich exklusiv auf sie vertrauen, wenn es darum geht, Freiheit, Gewaltenteilung und Menschenrechte abzusichern.

Der Rechtsstaat kann nicht einer spezifischen Klasse von wie auch immer intelligen-

ten Berufsleuten anvertraut werden. Das wussten die Gründer und Weiterentwickler der schweizerischen Bundesverfassung. Sie schufen einen Rechtsstaat, dessen letzte Verfassungshüter nicht die Richter sind oder die Politiker, sondern die Bürgerinnen und Bürger in der direkten Demokratie.

Die Verfassungsväter waren nicht so naiv anzunehmen, dass sich die Bürger niemals irren würden. Aber sie gingen von der lebenspraktisch klugen Annahme aus, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer möglichst weit ausgebauten direkten Demokratie nicht gegen ihre Freiheit und ihre Interessen handeln. Der freie Bürger, soweit ihre Vermutung, wird keine Verfassungsartikel, keine Gesetze und keine Richter zulassen, die sich gegen seine Belange und sein Streben nach dem Glück wenden.

Die Schweizer Bundesstaatserfinder hatten recht. In unserer Geschichte hat sich das Volk, haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit einer grossen demokratischen Reife als verlässliche Garanten des Rechtsstaats, der Gewaltenteilung, des Minderheitenschutzes und der bürgerlichen Freiheitsrechte erwiesen. Rechtsstaat bedeutet, dass sich alle ans Recht halten, und was Recht ist, bestimmen Volk und Stände. Die direkte Demokratie ist deshalb kein Gegensatz, sondern die Grundlage des Rechtsstaats in der Schweiz.

Die Gegner der Selbstbestimmung behaupten das Gegenteil. Sie beklagen, übrigens ohne auch nur ein Beispiel zu nennen, die Schweiz sei für sich genommen unfähig, den Rechtsstaat aufrechtzuerhalten. Es brauche dafür zwingend, als übergeordnete Instanz, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg. Die Selbstbestimmungsgegner erwecken den Anschein,

dass die Menschenrechte in der Schweiz gefährdet wären, wenn sich unser Land nicht der Hoheit, dem Urteil der Strassburger Richter unterstellte.

Es ist erstaunlich, wie viele Schweizer Juristen und Richter, sogar Bundesrichter, sich diesen geschichtsblinden Unsinn zu eigen machen. In Strassburg sitzen Richter, die von Russlands Präsidenten Wladimir Putin, dem



Hüter der Schweizer Demokratie?

dem türkischen Autokraten Recep Erdogan und von Ungarns EU-Schreck Viktor Orbán ernannt worden sind. Sie sollen besser wissen, wie man Menschen- und Freiheitsrechte für die Schweiz anwendet, als die Schweizer Bürger und die von ihnen gewählten und kontrollierten Richter?

Wie kommen die Gegner der Selbstbestimmung auf den weltfremden Gedanken, Richter aus Andorra, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Albanien, Montenegro oder dem Freibeuter-Paradies Monaco seien mit den hiesigen menschenrechtlichen Verhältnissen besser vertraut als die Bürgerinnen und Bürger dieses Staates, die seit über 150 Jahren selbst in schlimmsten Stürmen den demokratischen Rechtsstaat und die bürgerlichen Freiheitsrechte verteidigt haben?

Die Kritiker des schweizerischen Rechtsstaats, die Kritiker der direkten Demokratie, die Gegner der bürgerlichen Selbstbestimmung nehmen für sich eine höhere staatspolitische Weisheit und demokratische Reife in Anspruch. Die selbstquälerischen Schweizer Juristen, die den Richtern von Putin und Erdogan mehr trauen als der Schweiz, sind Opfer eines berufsspezifischen Tunnelblicks. Sie halten sich für einen Überstaat im Staat. Sie überschätzen sich.

Die Geschichte hat es gezeigt: Demokratie und Menschenrechte sind bei den Schweizer Bürgern besser aufgehoben als bei den vermeintlich brilliantesten Juristen und den ihnen zugewandten Politikern, die sich über die lästigen Bürger stellen wollen.

Der Versuch, die Demokratie im Namen des Rechtsstaats auszuhebeln, hat noch immer in der Diktatur gendert.

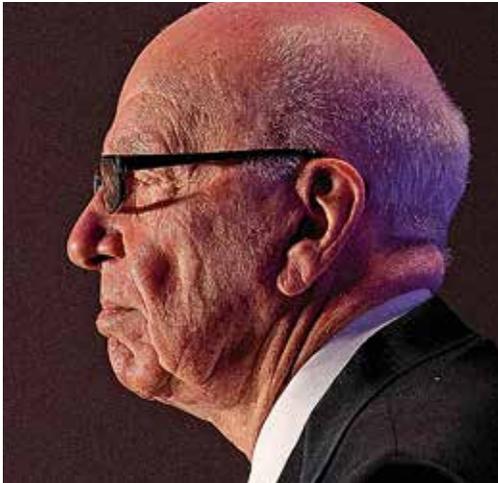
Innere Schönheit braucht ein passendes Äusseres.

Plastisch-ästhetische Chirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch



Spitze für Sie





News-Ikone: Rupert Murdoch. Seite 40



Diskussionsfreudig: Nathalie Wappler. Seite 14



«Bewaffnete Banden, die sich als «soziale Bewegung» bezeichnen, treiben ihr Unwesen.»

Rodrigo Constantino: Seite 46

Titelgeschichte

- 18 **#MeToo Is Watching You**
Bilanz der Bewegung nach einem Jahr

Kommentare & Analysen

- 7 Editorial
- 11 **Kommentar**
Abstimmungsrituale
- 12 **Klimakonferenz** Dämme bauen
- 12 **Bundesrat**
In den Fängen der Verwaltung
- 13 **Eilmeldung**
Sommaruga holt Eritreer
- 14 **Kopf der Woche** Nathalie Wappler:
Die Erwählte
- 22 **Essay der Woche** Alessandro Strumia:
Sturm am Cern
- 28 **Mörgeli**
Bestattung des Bundesstaates
- 28 **Bodenmann**
Glückloser Mephisto Pfister
- 29 **Medien**
«Es gilt die Privatsphärenvermutung»
- 29 **Die Deutschen** Die Welt retten

Inland

- 26 **Pierre-Yves Maillard**
Roter Verführer aus der Romandie
- 30 **Unsere Royals** Der Bundesrat ist
die Königsfamilie der Schweiz
- 32 **Karin Keller-Sutter** Die St. Galler
Ständerätin und die Linken
- 33 **Pirmin Bischof** Die Millionen
des Solothurner Ständerats
- 34 **Cédric Wermuth** Der SP-Feminist
verhindert die Kandidatur einer Frau

- 35 **Asylpolitik** SVP-Richter verweigert
Ausschaffungen
- 39 **Beat Villiger** Verdacht gegen den
Zuger CVP-Regierungsrat

Interview

- 46 **Rodrigo Constantino**
Der Bestsellerautor über Jair Bolsonaro,
den «Donald Trump Brasiliens»

Ausland

- 34 **Patriotismus** Schäuble-Tag
- 44 **Brett Kavanaugh**
Der Richter und seine Henker
- 45 **Inside Washington** Festgehalten
- 48 **Panik im Elysée** Der Rücktritt von
Innenminister Gérard Collomb
- 49 **Unfähig zum Befreiungsschlag**
Die EU und der Brexit

Wirtschaft & Wissenschaft

- 36 **Karl Zweifel** Der Zürcher Chirurg
über fragwürdige Vorschriften
- 40 **Rupert Murdoch**
Kurt W. Zimmermann über
den Verleger des Jahrhunderts
- 50 **Marc Roche** Der frühere
EU-Befürworter glaubt an den Brexit
- 62 **Mysterien der Weltgeschichte** Der
Einbrecher im Schlafzimmer der Queen

Kultur & Gesellschaft

- 24 **Sonnenuntergang im Hippieland**
Sehnsuchtsresidenz Ibiza
- 52 **Ikone der Woche**
Banksys «Girl with Balloon»

- 54 **Hollywood im Krieg** Ist «Casablanca»
in Wahrheit ein Propagandastreifen?
- 56 **Helmut Markwort** Die dritte Karriere
des grossen Journalisten
- 58 **Dolly Röschli** «Hallo, Jenseits» und
die Sehnsucht nach dem Unerklärlichen
- 59 **Fleur Jaeggy** Die dunkle Unbekannte
der Schweizer Literatur

Rubriken

- 9 **Im Auge** José Mourinho
- 16 **Personenkontrolle**
- 17 **Nachruf** Walter Laqueur
- 60 **Die Bibel**
Frauen damals und heute
- 60 **Kino** «A Star Is Born»
- 61 **Knorrs Liste**
- 61 **Jazz** Wolfgang Muthspiel
- 63 **Fragen Sie Dr. M.**
- 63 **Gewinner der Woche**
Schweizerische Nationalbank
- 64 **Thiel** Selbstbestimmt
- 64 **Namen**
Frauen, die sich engagieren
- 64 **Fast verliebt** Führungskraft
- 65 **Unten durch** Franzosen
- 66 **Wein** Das Erwachen des Schläfers
- 66 **Salz & Pfeffer**
Mediterranes Lebensgefühl
- 67 **Auto** KTM X-Bow R
- 68 **Darf man das?/Leserbriefe**

BLUÉDITIONS
BUCHERER
1888

SPECIAL EDITION WATCHES
EXCLUSIVELY FOR BUCHERER
bucherer.com


CARL F. BUCHERER
LUCERNE 1888

AUDEMARS PIGUET
Le Brassus


BAUME & MERCIER
MAISON D'HORLOGERIE GENEVE 1830

Chopard


H. Moser & Co.
VERY RARE

IWC
SCHAFFHAUSEN


JAEGER-LECOULTRE

LONGINES

PANERAI

PIAGET

 TAG Heuer
SWISS AVANT-GARDE SINCE 1860


TUDOR


VACHERON CONSTANTIN
GENEVE

GELESEN

«E-Biker haben ihr Velo nicht im Griff»

GELESEN

«Eine Helmpflicht für E-Biker?»

Abstimmungsrituale

Von Alex Baur — E-Voting würde Abstimmungsprozesse rationalisieren. Vieles spricht dafür. Das Bauchgefühl sperrt sich dagegen. Warum eigentlich?



Behutsam mit dem Erbe umgehen.

Es gibt Entwicklungen, die man kommen sieht in der dumpfen Ahnung, dass sie zwar vernünftig erscheinen, aber irgendetwas Wertvolles unwiderruflich zerstören. Das sogenannte E-Voting gehört in diese Kategorie. Rein rational betrachtet, spricht wenig dagegen, dass der Souverän dem Staat seine Befehle statt mit dem Gang zur Urne oder auf postalischem Weg direkt via Internet übermittelt. Man würde viel Geld für Personal, Papier und Porto einsparen, Fehler verhindern; die Wahlberechtigten könnten von jedem beliebigen Punkt der Erde aus jederzeit bis zur Schliessung der Urnen abstimmen, und sie bekämen schon Sekunden später den Entscheid übermittelt. Heerscharen von Stimmzählern könnten den freien Sonntag geniessen, statt wie zu Gott-helfs Zeiten krakelige Schriften zu deuten und *Papierfötzeli* zu stapeln. Jüngere Generationen kommen mit dem Tablet eh besser zugange als mit dem Griffel, die älteren hätten immer noch die konventionellen Wahlzettel zur Hand.

Datenbanken wecken Misstrauen, doch kaum jemand verzichtet deshalb aufs Online-Banking. Mit gutem Grund. Betrügereien sind in der realen wie in der virtuellen Welt nie ganz auszuschliessen, doch es gibt auch effiziente Mittel dagegen. Es ist einfacher, Stimmzettel physisch zu fälschen oder einen Banktresor zu knacken, als die Computer eines Wahlbüros

oder eines seriösen Geldinstitutes zu hacken. Abstimmungsergebnisse werden in der Schweiz schon lange digital erfasst, übermittelt und ausgewertet; zu gravierenden Problemen kam es bislang nie, die Fehleranfälligkeit manueller Zählungen ist höher.

Das wirkliche Problem des E-Voting liegt im Ritual. Ein demokratischer Entscheid ist mehr als nur Arithmetik und Meinungsforschung. Ein Mausclick ist nicht dasselbe wie ein handgeschriebenes «Ja» oder «Nein» auf Papier. Vermeintlich repräsentative Abstimmungsumfragen weichen denn auch oft markant von den Resultaten an der Urne ab. Die schriftliche Form zieht uns als Stimmbürger in die Verantwortung, sie führt uns plastisch vor Augen, dass wir nicht bloss eine Meinung deponieren, sondern dem Staat verbindlich und unwiderruflich einen Auftrag erteilen. Falls sich unser Entscheid als falsch erweist, haben wir die Folgen zu tragen.

Ein Klick ist keine Unterschrift

Man mag einwenden, dass sich die Rituale mit der Zeit wandeln. In Appenzell Ausserrhoden waren Säbel und Landsgemeinde bis in die 1990er Jahre ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie. Inzwischen dürften sich auch die Appenzeller daran gewöhnt haben, ihre Stimme in der Urne oder im Briefkasten zu deponieren, ohne dass ihnen dadurch die Demokratie abhandengekommen wäre. Doch hinter diesem Wandel standen langwierige und heiss umstrittene Prozesse.

Eine Demokratie entsteht nicht über Nacht. Ein System funktioniert immer nur so gut wie die Kultur, die sich dahinter verbirgt. Gerade die Schweiz kann auf eine über Jahrhunderte gewachsene Tradition bauen. Änderungen an Abstimmungsprozeduren sind gleichsam operative Eingriffe an den Herzkammern der Demokratie. Wir tun gut daran, behutsam mit unserem Erbe umzugehen. Jeder Schritt, den wir uns von der Wahlurne entfernen, entfremdet uns ein weiteres Stück vom demokratischen Prozess.

Die öffentlichen Verwaltungen drängen in Richtung E-Voting, das ihnen eine Menge administrativen Aufwand erspart. Sie folgen damit einem allgemeinen Trend. Doch demokratische Institutionen sind keine trendige Angelegenheit. Solange wichtige Verträge auf dem Papier festgehalten und beglaubigt werden, sollten wir auch bei Abstimmungen nicht auf die schriftliche Form verzichten.

Clooney ohne Lächeln



José Mourinho, Hotelgast.

Er lebt nun schon die dritte Saison für 816 Pfund pro Nacht und 20 Millionen Jahresgehalt in «The Lowry Hotel» in Manchester, ein Jahrhundert nach Sigmund Freuds Beschreibung des Narzissmus. Seine Familie ist die ganze Zeit in London geblieben. José Mourinho, 55, gleicht George Clooney aufs Silberhaar – aber ohne das Lächeln. Jetzt erinnert er eher an Jack Nicholson im Horrorfilm «Shining». Die Furien, die ihn heimsuchen, sind die Medienleute, die seinen Abschied herbeibeschwören. Letzten Freitag bestellte er die Meute morgens um acht und beantwortete während sechs Minuten Fragen mit «Yes» oder «No» oder gar nicht. Und es hat gewirkt: Manchester United gewann endlich wieder, 3:2 gegen Newcastle. (Abgesehen vom Berner Spaziergang gegen die Young Boys.)

Die «Menschenjagd» (Mourinho) bei United kann weitergehen. Denn würde er entlassen, wäre das Klickzahlen-Psychodrama ja verbrannt. Mourinho nannte sich 2004, als er mit dem FC Porto die Champions League gewann, «The Special One», der Aussergewöhnliche. Er war selber ein unauffälliger Fussballer, wie schon sein Vater, aber er machte seinen Hochschulabschluss in Sportwissenschaften und bekam sogar einen Ehrendoktorhut aufgesetzt. Den Job lernte er als Übersetzer des englischen Trainers Bobby Robson bei Sporting Lissabon und beim FC Barcelona (er spricht sieben Sprachen). Intelligenz und Eitelkeit verschwimmen bei ihm zur Maske der Arroganz. Als er die Klubärztin des FC Chelsea, die mit fliegendem Pferdeschwanz den blessierten Spielern auf dem Platz zu Hilfe eilte, aus verletzter Eitelkeit entliess, entfesselte er einen Publikumsaufstand – auch er musste gehen. Den Inter-Padrone Massimo Moratti liess er 2010 nach dem Gewinn der Champions League ungerührt mit dem Pokal sitzen und lief in der Nacht zu Real Madrid über. In Manchester legte er sich mit dem egomanischen Ballzauberer Paul Pogba an. Pogba wurde mit Frankreich triumphal Weltmeister, Mourinhos bitterste Kränkung in den Spiegeln seiner Hotelsuite. Peter Hartmann

Dämme bauen

Von Beat Gygi — Es ist Zeit, einem allfälligen Klimawandel ins Auge zu blicken.

Anfang Dezember beginnt im polnischen Katowice die nächste Klimakonferenz, es ist die 24. Zusammenkunft der Vertragsstaaten im Rahmen des Uno-Übereinkommens über Klimaänderungen. Nach dem Willen des Bundesrats sollen sich Schweizer für «robuste und detaillierte Regelungen einsetzen», die zur Umsetzung der in Paris gemachten Versprechen eingerichtet werden sollen. Damals verpflichteten sich die Staaten, ab 2020 «entsprechend ihrer Verantwortung und ihren verfügbaren Mitteln konkrete Schritte zum Schutz des Klimas zu unternehmen». Alle fünf Jahre sollen die Staaten ihre Reduktionsziele für CO₂ höherschrauben, Massnahmen zur Erreichung einleiten, über die Fortschritte Bericht erstatten.

Das Wort «sollen» kommt oft vor, vieles hängt an elastischen Fäden. Vielleicht wird das an der 26. oder 28. Konferenz immer noch so sein. Für Entwicklungsländer ist langwieriges Feilschen um Subventionen aus den reichen Ländern lukrativ, die USA sind mit ihrer grossen Emissionsmenge nach dem Ausstieg aus dem Pariser Abkommen sowieso flexibel, und die Schweiz kann als Leichtgewicht nichts bewegen.

Nun versucht der Weltklimarat mit der neuesten Aufarbeitung seines Berichts Druck aufzusetzen: Es werde sehr schwierig, das Klimaziel von Paris zu erreichen. Eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius sei

Das Wort «sollen» kommt oft vor, vieles hängt an elastischen Fäden.

nur noch mit sehr ehrgeizigen Anstrengungen machbar, und bei einer Limitierung auf 2 Grad seien schon erheblich grössere Schäden zu erwarten. Zudem laufe der heutige politische Kurs mit den Selbstverpflichtungen der Staaten auf eine Temperaturerhöhung von 3 Grad und mehr hinaus.

Das heisst, dass die Vermeidung einer Klimaerwärmung offenbar immer teurer wird, ja immens teuer. Das bringt die Frage auf, ob es nicht Zeit wäre, die Klimapolitik umzupolen. Vielleicht sind die Kosten des Klimawandels niedriger als die Kosten zu dessen Vermeidung. Das würde heissen, nicht immense Mittel ins Drosseln der Wirtschaft zu lenken, sondern in Massnahmen zum Bewältigen der Veränderungen zu investieren, in das Bauen von Schutzdämmen oder Umsiedlungen, in die Umgestaltung von Wasserhaushalt und Landwirtschaft.

In den Fängen der Verwaltung

Von Christoph Mörgeli — Ausgerechnet das Finanzdepartement von Ueli Maurer stellt fremdes Recht über eigenes und liefert freizügig Daten an die USA. Wie konnte es dazu kommen?

Was die *Sonntagszeitung* öffentlich machte, ist für das Finanzdepartement und dessen Chef Ueli Maurer peinvoll: Ausgerechnet der SVP-Bundesrat stelle fremdes Recht vor das eigene und handle gegen die von seiner Partei beschworene Selbstbestimmung. Warum? Die Eidgenössische Steuerverwaltung nennt bei Amtshilfeverfahren mit den USA nicht nur die Namen von Steuersündern, sondern entgegen dem geltenden Steueramtshilfegesetz gleich auch noch jene von Tausenden Bankmitarbeitern, Anwälten, Vermögensverwaltern und Treuhändern. Und zwar ganz ohne die vorgeschriebenen Einschwätzungen und ohne die Genannten zu informieren, geschweige denn, deren Einverständnis einzuholen. Unsere Verwaltung liefert also ihre Bürger, die Mitarbeiter des Finanzplatzes, gewissermassen den amerikanischen Behörden ans Messer. Sie tut damit etwas, was den USA nicht im Traum einfiel. Die Vereinigten Staaten verweigern sich sogar jedem automatischen Informationsaustausch.

Darum wurde der aus dem Departement Sommaruga stammende Datenschützer Adrian Lobsiger (FDP) aktiv. Er widerlegt die vor seinem Amtsantritt verbreitete Befürchtung, er sei zu sehr in die Bundesverwaltung verstrickt. Vielmehr forderte Lobsiger die Einschwätzung der Namen von den USA nicht zu offenbarenden Dritten, scheiterte aber an der Steuerverwaltung. Die Verfügung, die das Finanzdepartement hierauf erliess, ist in der Tat skandalös: Die Amerikaner seien eben an Steuersündern interessiert, und es seien im Falle der Nichterfüllung von Verpflichtungen «sanktionierende Massnahmen anderer Staaten zu befürchten».

Nun werden aber die Namen von Bankmitarbeitern oder anderen Beteiligten vertraglich nirgendwo verlangt. Es ist künftig vielmehr zu befürchten, dass andere Staaten – zum Beispiel Deutschland – Gegenrecht verlangen und auch ungeschwätzte Daten anfordern. Wenig überzeugend ist die nachgeschobene Begründung der Steuerverwaltung, die Schwärzung der Namen von Einzelpersonen und deren Information sei zu aufwendig. Im Finanzdepartement arbeiten 9500 hochbezahlte Angestellte mit durchaus zumutbaren Arbeitszeiten. Da soll es nicht möglich sein, die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen?

Gegen die Beschneidung grundlegender Verfahrensrechte hat der Datenschutzbeauftragte Lobsiger beim Bundesverwaltungs-

gericht Beschwerde eingelegt. Selbst wenn dessen Urteil zugunsten der nichteingeschwätzten, an die USA ausgelieferten Bürger lauten sollte, wird die Verwaltung den Fall ans Bundesgericht weiterziehen – man wolle eben eine letztinstanzliche Handlungsanweisung, tönt es jeweils aus den Amtsstuben. Urteile des Bundesgerichts sind nach langjährigen Erfahrungen in Steuersachen aber dermassen staatstreu, fiskalistisch und bürgerfeindlich, dass die Steuerverwaltung in Lausanne ziemlich sicher doch noch Recht bekommt.

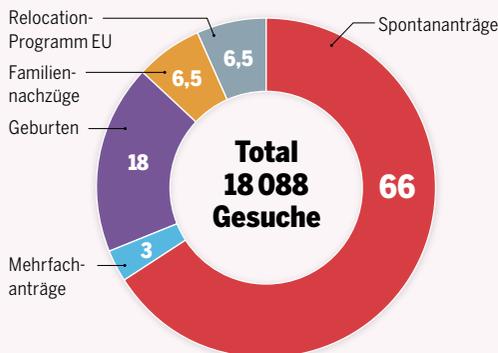
Das Problem ist, dass Departementschef Ueli Maurer mit angeblich übergeordneten internationalen und nationalen Traktanden dermassen eingedeckt ist, dass er das, was er als Verwaltungsarbeit beurteilt, auch der Verwaltung überlässt. Dieser Helikopterblick hat im vorliegenden Fall verhindert, dass der bürgerliche Finanzminister auf bürgerfreundliches Handeln pocht. Stattdessen lässt er dem «Duo infernale» innerhalb seiner Steuerverwaltung freie Hand: Adrian Hug, ehemals Politiker der linkslastigen Stadtzürcher CVP, sowie dessen Stellvertreter Fabian Baumer geht es jederzeit darum, das Einkommen des Staates zu maximieren. Ueli Maurer sollte die Herren gelegentlich ermuntern, sich vermehrt als Dienstleister für die Steuerzahler und die Unternehmen zu verstehen.



Bürger ans Messer liefern: Hug (l.), Maurer.

Zusammensetzung der Asylgesuche

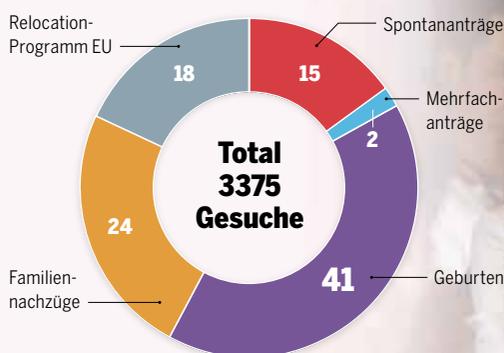
2017, alle Nationalitäten, in Prozent



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

Asylgesuche von Eritreern

2017, in Prozent



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK



Nur 15 Prozent aller Eritreer stellten im Jahr 2017 ein ordentliches Asylgesuch.

Eilmeldung

Sommaruga holt Eritreer

Von Philipp Gut — Die Asylzahlen gehen zurück, meldet der Bund. Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit: Die Schweiz holt aktiv Asylbewerber ins Land. Besonders beliebt: Eritreer.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) verbreitet Erfolgsmeldungen. Im Vergleich zur Vorjahresperiode gehe die Zahl der Asylbewerber jeweils etwas zurück, heisst es seit Monaten. Dennoch rechnen die Beamten von Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) bis Ende Jahr mit 16 000 neuen Asylbewerbern. Dies ist nicht wenig, wenn man bedenkt, dass die Mehrzahl ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreitet und von der Sozialhilfe lebt. Auf Kantone und Gemeinden kommen ungeahnte neue Kosten zu, die vor allem kleinere Gemeinwesen an den Rand des Verkräftbaren bringen dürften.

Neue Zahlen zeigen nun, dass die Asylbilanz des Bundes besser sein könnte, als sie ist. In Beantwortung einer Frage von Barbara Steine mann (SVP, ZH) machte Bundesrätin Sommaruga die Verteilung der Asylgesuche im Jahr 2017 nach verschiedenen Kategorien publik. Von den total 18 088 Personen, die neu in den Asylprozess aufgenommen wurden, hatten 66 Prozent einen sogenannten Spontanantrag gestellt. Diese Personen reisten in die Schweiz ein und stellten hier ein Asylgesuch.

Der Rest – ein ganzes Drittel – profitierte vom Familiennachzug (6,5 Prozent), wurde hier geboren (18 Prozent) oder stellte einen Mehrfachantrag in verschiedenen Ländern (siehe Tabelle). Hinzu kommen weitere 6,5 Prozent aus dem sogenannten Relocation-Programm der EU, mit dem Staaten wie Griechenland oder Italien entlastet werden sollen. Die Schweiz holte auf diese Weise 1176 Asylbewerber aus der EU ins Land, obwohl der Schengen-Dublin-Vertrag gilt. Dieser be-

sagt, dass die Gesuche in jenem europäischen Staat geprüft werden müssen, in dem der Bewerber zuerst einen Antrag stellt.

Der relativ hohe Geburten-Anteil von 18 Prozent hängt sicher auch damit zusammen, dass Asylbewerber und Flüchtlinge vom Schweizer Sozialstaat profitieren: Sie müssen die Kosten für ihre wachsenden Familien nicht selber bezahlen und spüren es im Portemonnaie folglich nicht, wenn sie Kind um Kind auf die Welt stellen. Im Gegenteil: Mit Kindern kann man die Sozialhilfe optimieren. Es gibt eine grössere Wohnung und mehr Bargeld; Babyartikel, Krankenkasse usw. werden vollumfänglich bezahlt. Dies im Gegensatz zu arbeitstätigen jungen Familien, die in dieser Lebensphase erfahrungsgemäss häufig eher unten durch müssen.

Anspruch auf Leistungen wie Schweizer

Wie die von Bundesrätin Sommaruga präsentierten Zahlen zeigen, ist der Anteil von Eritreern, die nicht selbst in die Schweiz kamen, sondern hier geboren oder hergeholt wurden, noch bedeutend höher als beim Durchschnitt aller Nationalitäten. Offenbar haben Simonetta Sommaruga und ihre Asylbeamten eine besondere Vorliebe für die Eritreer. Dies erstaunt, denn eritreische Flüchtlinge lassen sich nur schwer eingliedern, ihre Erfolge in Schule und Arbeitswelt sind gering, die Sozialhilfequote ist hoch.

Die Fakten: Nur 15 Prozent aller Eritreer stellten im Jahr 2017 ein ordentliches Asylgesuch. Mit anderen Worten: 85 Prozent aller neu in den Asylprozess aufgenommenen

Personen aus dem ostafrikanischen Land stellen gar nicht einen klassischen Antrag in der Schweiz. 18 Prozent kamen via EU-Relocation-Programm hierher – das entspricht beinahe dem dreifachen Wert im Vergleich zu allen Nationalitäten. Auch die Familiennachzüge bei den Eritreern sind viel höher (24 gegenüber 6,5 Prozent). Schliesslich sind eritreische Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene und Asylbewerber markant fruchtbarer, als es der Durchschnitt ist: 41 Prozent der Asylgesuche von Eritreern gehen auf Geburten in der Schweiz zurück. In absoluten Zahlen sind dies 1389.

Fazit: Die Asylzahlen würden sich auf deutlich tieferem Niveau bewegen, wenn der Bund nicht – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – eine beträchtliche Anzahl von Antragstellern auf Staatskosten herholen würde. Bei den Eritreern sind es volle 42 Prozent (Familiennachzug plus EU-Relocation-Programm).

Doch damit nicht genug. Es gibt eine weitere Kategorie von Personen, die der Bundesrat extra in die Schweiz fliegen liess, ohne dass sie in der Asylstatistik auftauchen würde. Dabei handelt es sich um sogenannte Resettlement-Flüchtlinge, die von der Uno bereits in ihrem Flüchtlingsstatus anerkannt worden sind. Auf diesem Weg kamen 2017 weitere 639 Personen in die Schweiz, und zwar aus Syrien. Obwohl sie in der offiziellen Statistik nicht auftauchen, belasten sie die Asyl- und Sozialstrukturen. Das weiss auch der Bund. Viele der eingeflogenen Leute würden «schwerste psychische und physische Beeinträchtigungen mitbringen», heisst es in einem Bericht von Sommarugas Justizdepartement. Die Rede ist von häufiger «dauerhafter» Sozialhilfeabhängigkeit und von «Anspruch auf Leistungen einer Sozialversicherung (AHV, IV, EL)». In diesem Punkt ist der Resettlement-Flüchtling dem Schweizer gleichgestellt.

Erfolgsmeldungen sehen definitiv anders aus.



Ausgeprägter Intellekt, boulevardeske Ansichten: TV-Managerin Wappler.

Kopf der Woche

Die Erwählte

Von Christoph Mörgeli — Wenn Nathalie Wappler wirklich will, wird sie demnächst die Nachfolgerin von Ruedi Matter als SRF-Direktorin. Ihr Konkurrent ist ein aussichtsloser Quotenmann.

Gemäss dem komplizierten Genossenschafts-konstrukt der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) darf der elfköpfige Regionalvorstand Deutschschweiz dem neunköpfigen SRG-Vorstand den neuen Radio- und Fernsehleiter vorschlagen. Bereits zuvor haben beim Auswahlprozedere Generaldirektor Gilles Marchand sowie Headhunter J. Maurice Zufferey wacker mitgemischt. Gesucht wurde per Ausschreibung («Willkommen in der Welt von SRF») ein Chef oder eine Chefin über 2200 Untergebene, drei Fernseh-, sechs Radio- und drei Musikspartenprogramme.

Muss der Bundesrat eingreifen?

Als Spitzenkandidatin verbleibt die fünfzigjährige Nathalie Wappler, ehemals Leiterin des

SRF-Kulturressorts. Wenn sie ihren heutigen Posten als Programmdirektorin des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) in Halle tatsächlich verlassen will, hat sie mit Abstand die besten Karten. Neben der Ausländerfahrung ist der Frauenbonus ihr stärkster Trumpf, nachdem sich die stellvertretende SRG-Generaldirektorin Ladina Heimgartner selber aus dem Rennen genommen hat. Zwei Politikerinnen haben jedenfalls bereits in forschendem Ton gefordert, die Nachfolge von SRF-Direktor Ruedi Matter müsse zwingend weiblich sein. SP-Ständerätin Anita Fetz ortete in den oberen Etagen beim nationalen Radio und Fernsehen ein «Macker-Problem» und verlangte vorsorglich eine Intervention des Bundesrates, falls bei der Wahl keine Frau obenauf schwingen sollte. Auch die

CVP-Frauen-Präsidentin Babette Sigg Frank äusserte die Überzeugung, dass beim Schweizer Medienmonopolisten «Frauen noch immer systematisch verhindert werden».

Umso mehr dürfte das Rennen mit engbeschränktem Teilnehmerfeld auf Nathalie Wappler hinauslaufen. Die Tatsache, dass sie in ihrer heutigen Funktion beim MDR erst seit Ende 2016 wirkt und vorzeitig von ihrem Arbeitsvertrag zurücktreten müsste, stellt ein eher untergeordnetes Problem dar. Wapplers Ehemann Wolfgang Hagen ist mittlerweile mit 68 Jahren jenseits der Pensionsgrenze, muss also keine eigene Karriere mehr verfolgen.

Nun dürften aber manche Medienschaffende am Leutschenbach Nathalie Wapplers Rückkehr mit gemischten Gefühlen entgegensehen.

Auch wenn sie bei ihrem Wegzug an die Saale von der SRF-Führung offiziell hoch gelobt wurde, war sie intern keineswegs unumstritten. Gemäss dem Mediendienst Klein Report hat sich Wappler als Kulturchefin beim Schweizer Radio und Fernsehen ihren Übernamen «Fallbeil vom Leutschenbach» ehrlich verdient. Es hätte sich in den Jahren von Wapplers Wirken nämlich empfohlen, der karrierebewussten Ostschweizerin nicht im Weg zu stehen, auch wenn sie sich gegen aussen noch so freundlich und sanftmütig gab. Davon kann ihr Vorgänger als Kulturchef, der Deutsche Rainer M. Schaper, ein Liedchen singen, der sich von ihr trotz seiner jahrelangen Förderung unsanft zur Seite gedrängt sah.

Strategisches Geschick

Wo sie qualitative Defizite ortete, griff die unsentimentale Macherin durch. Nathalie Wappler bewies eine gehörige Portion Durchsetzungsfähigkeit, als sie 2011 eine Schweizer «Tatort»-Folge opferte, die allzu platte Anti-SVP-Klischees bediente und überhaupt eine unerträglich holprige Story bot. Damit machte sie sich Regisseur Markus Imboden zum Feind und liess obendrein Peter Studhalter als Chef Sparte Fernsehfilme über die Klinge springen. Auch Regula Bochsler geriet als Redaktionsleiterin der Sendung «Kulturplatz» unter Wapplers Räderwerk, obwohl diese Bochsler damals Ehemann Philipp Sarasin in der Sendung «Sternstunde Philosophie» hofierte. Auch der «Literaturclub»-Moderator Stefan Zweifel musste unverdientermassen seinen Platz räumen; er hatte Literaturkritikerin Elke Heidenreich zu Recht wegen eines angeblichen Heidegger-Zitats korrigiert. Wappler spielte dabei eine durchaus anfechtbare Rolle.

Strategisches Geschick bewies die «Sternstunde»-Verantwortliche indessen mit dem Schachzug, Roger de Weck als Moderator einzustellen. Dies dürfte Wapplers künftiger Karriere Schub verliehen haben. Jedenfalls geschah ihr Aufstieg zur SRF-Kulturchefin zu einem Zeitpunkt, als de Weck bereits auf dem Sessel des SRG-Generaldirektors sass. Unter de Weck hat die Kultur beim Fernsehen prompt einen erheblich höheren Stellenwert gewonnen – ungeachtet aller Zuschauerzahlen.

Markanter Karrieresprung

Zweifellos würde Nathalie Wappler mit einem Wechsel aus der Provinz von Sachsen-Anhalt nach Zürich ein veritabler Karriere- und Lohnsprung gelingen, zumal sie sich beim MDR die Programmdirektion mit einer zweiten Person teilen muss. Der Medienmanagerin ist aber auch so eine beeindruckende Laufbahn gelungen. Wappler ist in Kreuzlingen aufgewachsen und hat in Konstanz Geschichte, Germanistik und Politische Wissenschaften studiert. Unisono loben Weggefährten ihre hohe Intelligenz und ihren ausgeprägten Intellekt. Die

Weltwoche adelte sie sogar als «mächtigste Exponentin der Schweizer Kulturbranche» und nahm die Thurgauerin, die nur auf offiziellen Fotos einen «strengen Lehrerinnencharme» verströme, als «humorvoll, vif und äusserst diskussionsfreudig» wahr (Nr. 20/17).

Nach Teilzeitaufgaben bei 3sat, ZDF und ARD erhielt Nathalie Wappler, die in perfektem Bühnendeutsch moderiert, 2005 ihre erste Festanstellung beim «Kulturplatz» des Schweizer Fernsehens. 2008 wechselte Wappler zur «Sternstunde» und sammelte Führungserfahrung in der Projektgruppe Konvergenz, 2011 übernahm sie die Leitung des Ressorts Kultur mit 260 Personen. «Wir schielen nicht auf die Quote», versicherte Wappler der linken *Wochezeitung* bezüglich des Luxussenders SRF 2 Kultur. Dennoch erzürnte sie ihre Kulturredaktoren mit eigenwillig boulevardesken Aussagen: «Kultur ist ein vielfältiger Begriff, es gibt zum Beispiel eine Kultur des Fussballs.» Der Gegnerschaft des SRG-Monopols konnte Wappler gar nichts abgewinnen: Die «No Billag»-Diskussion in der Schweiz, meinte sie bereits aus Deutschland, habe sichtbar gemacht, welche «Bedeutung für die



Ruppiger Ton: Programmchef Schoch.

Wertschöpfung eines Landes» das öffentliche Radio und Fernsehen habe.

Linker Ehemann

In ihren spärlichen politischen Äusserungen überschritt die partei- und konfessionslose Nathalie Wappler nie den Rahmen des links-intellektuellen Kulturmilieus. Weit deutlicher ausgeprägt ist die linke Ideologie aber bei Wapplers Ehemann Wolfgang Hagen. Als Abiturient hielt er im Unruhejahr 1968 am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Kleve eine Rede, die man als Pubertätsgefasel übergehen könnte, wenn er den Text nicht kürzlich integral ins Internet gestellt hätte. Der Jüngling eröffnete sein damaliges Elaborat mit einem Zitat

von Karl Marx aus dem «Kommunistischen Manifest». Das Wort «Berufsrevoluzzer» sei doch «wahrhaftig kein Schimpfwort», sondern vielmehr ein «Ehrentitel». Dann beschwor Wolfgang Hagen Personen wie Mao Zedong, Bloch, Marcuse, Habermas und Adorno. Und philosophierte über «Wohlstandskleinkram», «Ungerechtigkeit» und «Spätkapitalismus».

Schliesslich forderte der revoltierende Abiturient die «Politisierung der Wissenschaft» und «politisch aktive Stellungnahme

Manche SRF-Journalisten dürften Wapplers Rückkehr mit gemischten Gefühlen entgegensehen.

eines jeden». Nach diesem Auftritt studierte der nachmalige Rhetorikprofessor Hagen Philosophie und Musikwissenschaft und wechselte zeitweise an die Universität Wien, um den obligatorischen Wehrdienst zu vermeiden. 1977 erschien seine Berliner Dissertation zur «Schiller-Verehrung in der Sozialdemokratie». Hagen arbeitete bei verschiedenen deutschen Radiosendern und habilitierte sich an der Universität Basel für Medienwissenschaft. Später lehrte er auch an der Humboldt-Universität Berlin und an der Leuphana Universität Lüneburg.

Unbeliebter Apparatschik als Gegner

Als einziger Gegenkandidat von Nathalie Wappler verbleibt bei der Kür des SRF-Direktors der 52-jährige Hansruedi Schoch, Leiter der Abteilung Programme und Stellvertreter des bisherigen Amtsinhabers Ruedi Matter. Ihm werden indessen nicht mehr als Aussenseiterchancen zugebilligt, gilt er doch SRF-intern als schlechtvernetzter Apparatschik. Schochs Hauptverdienst bestehe in einer hundertprozentigen Loyalität zu seinem Chef Matter, und so würde denn auch lediglich eine Fortführung dieser mässig rühmlichen Ära von ihm erwartet.

Der machiavellistische Insider Schoch darf nicht ohne weiteres erwarten, dass die SRF-Belegschaft hinter ihm steht; zu ruppig sei mitunter sein Ton, zu viele Mitarbeitende hätten wegen Unverträglichkeit mit diesem ausgeprägten Machtmenschen schon das Feld räumen müssen. Hansruedi Schoch sei denn auch eher Teil der SRF-Probleme als ein Beitrag zu deren Lösung. Am Leutschenbach wird sogar kolportiert, die passionierte Pianistin Nathalie Wappler ergäbe mit Schoch als Stellvertreter ein sehr, sehr disharmonisches Gespann; sie dürfte sich – im wahrscheinlichen Fall ihrer Wahl – des unbeliebten Konkurrenten baldmöglichst entledigen. Denn die Person, die Nathalie Wappler 2016 am meisten in die Flucht nach Deutschland getrieben habe, trage einen Namen: Hansruedi Schoch.



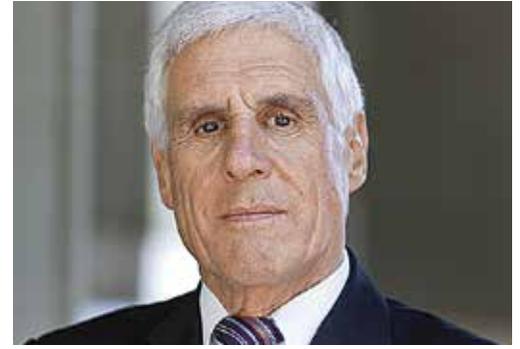
Moral: Nationalrat Fluri.



Geballte Fäuste: Diplomatin Rühl.



Kriminalroman: Ex-Interpol-Chef Meng.



«Wirklicher Einfluss»: Ökonom Strahm.



Nord-Süd-Achse: Leuthard (l.), Amherd.

Personenkontrolle

Leuthard, Amherd, Fluri, Del Ponte, Imhoof, Marty, Calmy-Rey, Strahm, Brupbacher, Sommaruga, Wermuth, Trump, Putin, Erdogan, Saxer, Rühl, Feusi, Meng, Ronaldo, Mayorga, Lima

Doris Leuthard, Noch-Bundesrätin, weiss, dass kleine Geschenke die Freundschaft über die Amtszeit hinaus erhalten. Im nächsten Bahnausbau-Schritt figuriert dem Vernehmen nach der Vollausbau des Lötschbergtunnels mit einem zweiten, durchgehend befahrbaren Gleis. Diesen wird die CVP-Verkehrsministerin noch diesen Monat präsentieren. Interessant ist das darum, weil der Lötschberg-Vollausbau noch nicht vorgesehen war, als Leuthard ihre Pläne im September 2017 ein erstes Mal den Medien vorstellte. Sie vertröstete damals auf die ferne Zukunft. Zuerst setzte man den Fokus auf die Ost-West-Achse. Nun will sie dennoch auf der Nord-Süd-Achse aktiv werden. Es wäre jedoch falsch, zu glauben, Leuthard habe definitiv den Kompass verloren. Sie hat entlang der Nord-Süd-Achse bloss die besseren Freundinnen, zum Beispiel CVP-Nationalrätin Viola Amherd, zurzeit auch als ihre Nachfolgerin im Gespräch – man weiss nicht, warum. Amherd weibelt berufsmässig für den Lötschberg-Vollausbau. Die Briger

Politikerin ist Geschäftsführerin der entsprechenden Lobbyorganisation namens Lötschberg-Komitee. (hmo)

Kurt Fluri, Inkarnation des Linkssinnes und der Stadt Solothurn, verlangt im Chor mit anderen *usual suspects* (Carla Del Ponte, Markus Imhoof, Dick Marty, Micheline Calmy-Rey et cetera), dass das ursprünglich deutsche Schiff «Aquarius» unter Schweizer Flagge gestellt werden soll. Der Hintergrund: Nachdem die von Flüchtlingsaktivisten betriebene «Aquarius» systematisch alle Bestrebungen der EU hintertreibt, den mörderischen Menschen-smuggel auf der Mittelmeerroute zu unterbinden, haben zuerst Gibraltar und danach Panama dem Schiff den Registereintrag verweigert. Kein EU-Land, auch nicht Deutschland, will die «Aquarius» eintragen. Die Moral von der Geschichte: FDP-Politiker und EU-Freund Fluri ist nicht generell gegen die Selbstbestimmung der Schweiz, sondern nur in bestimmten Fällen. (axb)

Rudolf Strahm, Kritiker, redet in seinen Kolumnen im *Tages-Anzeiger* Klartext – wie auch jetzt wieder. Eine der grössten Herausforderungen im frei werdenden Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), liess der frühere Preisüberwacher und SP-Nationalrat seine Leser wissen, sei die Personalpolitik. WBF-Generalsekretär Stefan Brupbacher habe im Departement und in der Bundesverwaltung, ja sogar in der FDP-Fraktion den Ruf eines Intriganten. Natürlich vermuten jetzt alle, der in Bern als Einflüsterer von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) geltende Strahm bereite hier das Terrain

vor für einen Wechsel Sommarugas in das Wirtschaftsdepartement. Aber um es einmal in Strahms eigenen Worten im gleichen Zeitungsartikel zu sagen: «Wer in der Berner Bundeshausmechanik wirklich Einfluss ausübt, schweigt sich aus.» (hmo)

Cédric Wermuth, Gratwanderer, verortet gegenüber *20 Minuten* die Schweiz ebenerdig mit Donald Trump, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, sofern die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» angenommen würde. Der Genosse wird in seiner Aussage durch die SP-Kampagne «Nein zur Anti-Menschenrechts-Initiative» bildlich bekräftigt. Auf dem Plakat drohen die drei Staatschefs in düsterem Schwarzweiss. Ein Grenzfall, meint Urs Saxer, Experte für öffentliches Medienrecht. Die illustrierten Herren seien zwar Superpromis und müssten sich solche Einschnitte ins Recht am eigenen Bild gefallen lassen. Es gehe aber auch um die politische Aussage: Der krasse Ausdruck «Anti-Menschenrecht» könne in Verbindung mit den Personen zwar als Übertreibung aufgefasst werden, aber ebenso plakativ die Persönlichkeit verletzen – wobei die politische Aussage wahrscheinlich zulässig sei. Trotzdem beschreiten die Initiativgegner mit dem Plakat einen schmalen Grat. Rücksprache mit den Staatsmännern erfolgte nicht, was der SP-Mediensprecher bestätigte. Er verweist auf den Rechtsweg – bis an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wenn nötig. (zr)

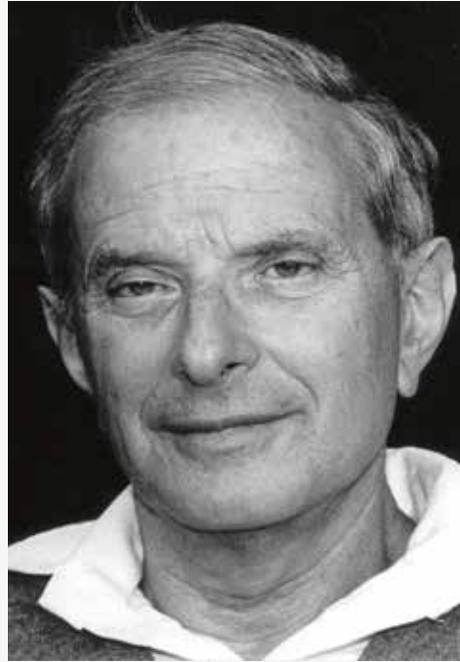
Monika Rühl, Revoluzzerin, liess per E-Mail einen Newsletter verschicken. Die darin verwendete Bildsprache war für den von ihr dirigierten Wirtschaftsdachverband Economie-

suisse eher gewöhnungsbedürftig, griff man doch tief in den Fundus sozialistischer Symbolik: Emporgereckte, geballte Fäuste zierten den Briefkopf. Gemeinhin gelten diese als Erkennungszeichen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Journalist **Dominik Feusi** bemerkte treffend auf Twitter, dass es Rühls Verband bei der Verbrüderung mit der Linken gegen die SVP langsam übertreibe. (fsc)

Meng Hongwei, Weltpolizist, sitzt hinter Gittern. Der Chinese war seit 2016 Präsident von Interpol, bis er vor einigen Tagen in China verhaftet wurde. Peking wirft dem Funktionär die Annahme von Bestechungsgeldern vor. Das Leben, so scheint es, schreibt die wildesten Kriminalromane. (fsc)

Cristiano Ronaldo, kein Kind von Traurigkeit, steht im medialen Fegefeuer. Der Grund ist kein fussballerischer Zungenschnalzer. Dem Juve-Star wird vorgeworfen, das Ex-Model **Kathryn Mayorga** 2009 anal vergewaltigt und dies mittels Schweigegeld vertuscht zu haben. «Fake News», bestreitet Ronaldo die Vorwürfe via Social Media. Die Unschuldsumutung gilt. Nun schaltet sich der Anwalt des angeblichen Opfers ein: Gegenüber der *Daily Mail* berichtet er von einer weiteren Frau, welche die gleiche Erfahrung mit dem portugiesischen Edelkicker gemacht habe. Was und wer dahintersteckt, wird sich zeigen. Erinnerungen an 2005 werden wach, als der Modellathlet erstmals mit Vergewaltigungsvorwürfen konfrontiert wurde, ohne Beweise jedoch. Dass er bewiesenermassen kein Unschuldslamm ist, zeigt der vom *Mirror* publizierte Nachrichtenverlauf von 2015: Ronaldo ersuchte über Instagram um ein Fitnessbild des brasilianischen Models **Aline Lima**. Sie sei vergeben, konterte die junge Schönheit. Ronaldos Antwort damals: «No one knows, baby. Quiet.» (zr)

Nachruf



Gespür für das Neue: Historiker Laqueur.

Walter Laqueur (1921–2018) — Es gibt in Washington die «Weltbetrachter», die Zeiläufe, Zusammenhänge und strategische Linien nachzeichnen. Walter Laqueur gehört zu dieser immer rarer werdenden Gattung. Er hatte ein feines Gespür für das Neue, das sich erst in Umrissen abzeichnete.

Sein Leben war die Grundlage für die Arbeit als Zeitgeschichtler, Journalist und Herausgeber. Laqueur stammte aus Breslau – heute Wrocław, Polen –, aus einer jüdischen Familie. Er floh 1938 aus Deutschland, als er siebzehn war, kurz vor dem Pogrom der Kristallnacht, und fand seinen Weg nach Palästina. Seine Eltern wurden Opfer des Ho-

locaust. Er studierte an der Hebrew University, arbeitete als Journalist, ging später nach London, wo er unter anderem die Zeitschrift *Survey* gründete und ein Holocaust-Archiv leitete. In Washington war er am Center for Strategic and International Studies tätig und Herausgeber des *Washington Quarterly*.

Seine Themen waren der Zionismus und der Nahe Osten, der Holocaust, die Sowjetunion und Europas Niedergang und immer wieder der internationale Terrorismus. Bücher schrieb er mit leichter Feder, und einige kamen sehr schnell von der Presse. Andere wiederum hatten fast prophetische Qualität, gründeten in der Geschichte und atmeten unbestechlichen Realismus. Das Buch über die Reaktionen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg auf die ersten Holocaust-Meldungen – Ben-Gurion verlangte, man müsse die Eisenbahnlinien nach Auschwitz bombardieren – ist eine faire Darstellung eines schwierigen Themas. Früh blickte er in Russlands postsowjetische Zukunft. Er witterte ein autoritäres Regime, das sich auf eine Art nationalistischen Populismus stützt.

Laqueur vertrat die Meinung, dass es zwischen totalitären und autoritären Staatsordnungen wesentliche Unterschiede gibt – ein Lehrsatz, der in der Aussenpolitik Präsident Reagans lange vor Putin eine wichtige Rolle spielte. In seinem zweitletzten Buch, 2017 erschienen, nennt Laqueur sich einen Pessimisten. Nur ein solcher, das war seine Erkenntnis, konnte den Holocaust überleben. Der Optimist glaube immer, das Schreckliche sei zu schrecklich, um wahr zu sein. Walter Laqueur ist vor kurzem zu Hause in Washington gestorben. *Hansrudolf Kamber*



NASEN HABEN ALLE.
WIR DEN RIECHER.

Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

Hier für
Newsletter
anmelden:



#MeToo Is Watching You

Von *Claudia Schumacher* — Vor einem Jahr wurden Vorwürfe laut, der Filmmogul Harvey Weinstein habe jahrzehntelang systematisch Frauen belästigt und vergewaltigt. Es war der Beginn von #MeToo. Was hat die Bewegung erreicht, was nicht? Wer kann sich über sie freuen, wer muss sie fürchten?

Und wieder kam ein mutmasslicher Täter ungestraft davon: Der konservative Jurist Brett Kavanaugh, von drei Frauen öffentlich der sexuellen Übergrifflichkeit beschuldigt, ist jetzt Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten. Auf Lebenszeit. Wer sich einen richtig schlechten Tag machen will, der schaue sich die vollen acht Stunden Christine Blasey Ford gegen Kavanaugh an: ein glaubwürdiges Opfer, das einen präzisen Tathergang vorträgt, mal gefasst, mal zutiefst erschüttert. Die Psychologieprofessorin, die Kavanaugh vorwirft, sie auf einer 36 Jahre zurückliegenden Highschool-Party fast vergewaltigt zu haben, liess sich in keinerlei Widersprüche verstricken während der langen Befragung, die sie sichtlich Kraft kostete. Und was tat Kavanaugh? Tobte und strampelte bei seiner Befragung vor dem Senat wie ein Kleinkind, heulte und wütete – weil er um einen Job bangte, von dem er offenbar glaubte, er stehe ihm zu.

Der von den Republikanern dominierte Senat bekleckerte sich nicht mit Ruhm: Er lud keine Zeugen vor, die zur Aufklärung hätten beitragen können. Auch das FBI durfte die entscheidenden Personen nicht befragen, obwohl es den Auftrag erhalten hatte, die Sache abzuklären – das Weisse Haus, also Trump, begrenzte den Spielraum. Die Anhörung endete damit ohne Beweise, weil niemand ernsthaft ermittelte. So konnten republikanische Senatoren anschliessend behaupten: Man glaube der Frau zwar, dass ihr dies passiert sei, nur irre sie sich im Täter. Zum Schluss blieb: Wort gegen Wort. Und welches Wort wiegt im Jahr 2018 immer noch mehr? Das einer anklagenden Frau? Oder das eines weissen Mannes, der macht, was er will? Wir wissen ja, wie die Sache ausging.

Von Weinstein bis Kavanaugh

Es ist ein Jahr her, dass mit ungeheurer Wucht die #MeToo-Bewegung entstand und auf der ganzen Welt Millionen Frauen dazu bewegte, darüber zu sprechen, was ihnen widerfahren ist. Sie veränderte die Art und Weise, wie über sexuelle Übergriffe geredet wird – in der Schule, im Alltag, im Beruf. Es war ein langer Weg von Harvey Weinstein, mit dem die Sache begann, zu Brett Kavanaugh, mit dem sie hoffentlich nicht zu Ende ist. Ein Jahr #MeToo. Eine gute Gelegenheit, Rückschau zu halten



und sich zu fragen: Was hat diese Bewegung erreicht und was nicht? Wer muss sie fürchten? Wer kann sich über sie freuen?

Seit dem Beginn der #MeToo-Bewegung hat man so manchen Mann jammern hören. Vor allem: konservative, wohl situierte weisse Männer. Sie beklagen sich über eine neue Schreckensherrschaft, der unschuldige Männer einfach so zum Opfer fallen würden, ohne Gerichtsverfahren, wie die Adligen während der Französischen Revolution. Aus ihrer Sicht ist der

weisse heterosexuelle Mann generell der Sündenbock des 21. Jahrhunderts, geradezu vogelfrei. Das ist schon länger ein beliebtes Sujet im Lager der Selbstmitleidigen. Und ein Ammenmärchen, wie wir nun sehen: Auch ein Jahr #MeToo-Bewegung konnte nicht verhindern, dass die westliche Supermacht neben einem Präsidenten, der keinen Respekt vor Frauen zeigt und selbst von mindestens neunzehn Frauen der sexuellen Belästigung bezichtigt wird, nun auch noch einen Richter im Obersten Gerichtshof installiert hat, dem mehrere Frauen Übergriffe vorwerfen – während Hunderte Aktivistinnen festgenommen wurden, die gegen ihn protestierten.

Ausflippen der Überprivilegierten

Ganz so schlimm kann es um den weissen heterosexuellen Mann also auch im Zeitalter von #MeToo nicht bestellt sein. Nach wie vor darf sich jeder freuen, der zum *boys club* gehört – er ist qua Geburt ein Vertreter der privilegier-

Einer der abstrusesten Vorwürfe, die der Bewegung gemacht werden, ist Prüderie.

testen Spezies, der man auf dieser Welt überhaupt angehören kann. Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele Männer, die so allergisch darauf reagieren, dass Frauen sich wehren, einfach nur um diese Macht bangen. Die Feministin Margarete Stokowski, Autorin des gerade erschienenen Buches «Die letzten Tage des Patriarchats», schrieb: Kavanaugh habe mit seinem aggressiven Auftritt «all denen einen grossen Gefallen getan, die die Tage des Patriarchats herunterzählen und sich auf eine Zeit freuen, in der Spektakel wie die Kavanaugh-Anhörung nichts anderes sein werden als die Erinnerung

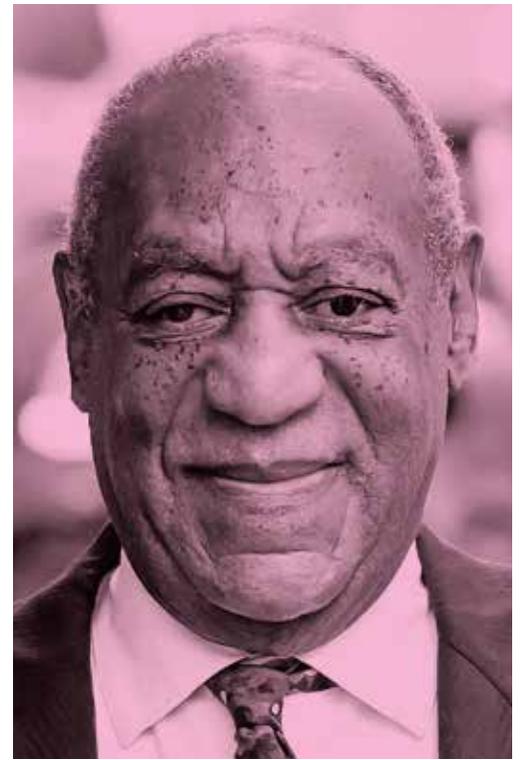
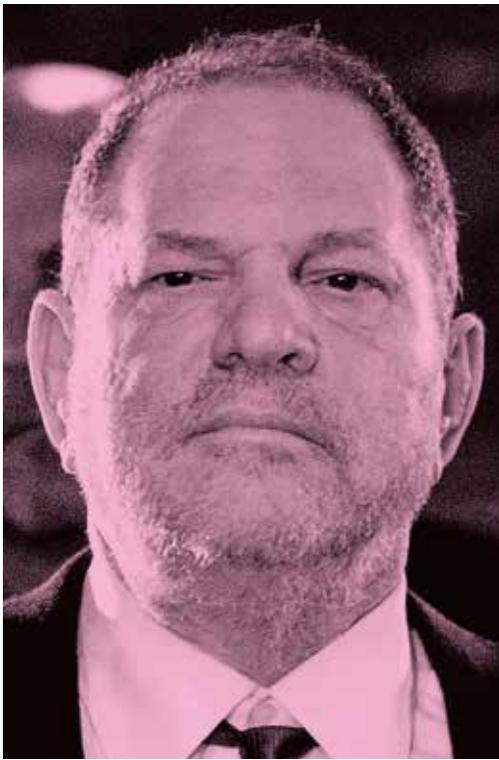
an eine langsam aussterbende Art». Das Patriarchat werde enden. Was wir momentan erleben, sei nicht mehr als das letzte – gruseligere aber: völlige – Ausflippen der zu Unrecht Überprivilegierten.

Wunschtraum einer Feministin? Oder gibt es nach einem Jahr #MeToo genug Erfreuliches zu berichten? Kommen die Männer langsam von ihren hohen Rössern herunter, um auf dieser Welt gleichberechtigt mit der Mehrheit der Menschen, den Frauen, zu leben? Es ist ja so: Die Mehrheit der Frauen will keine Männerköpfe rollen sehen. Alles, was wir wollen, ist: gelebte Gleichberechtigung. Frauen wollen keine Opfer sein, sie wollen aber vor allem nicht mehr von Männern zu Opfern gemacht werden. Darum geht's. Weder privat noch beruflich wollen wir, dass Männer physische oder strukturelle Macht über uns missbrauchen.

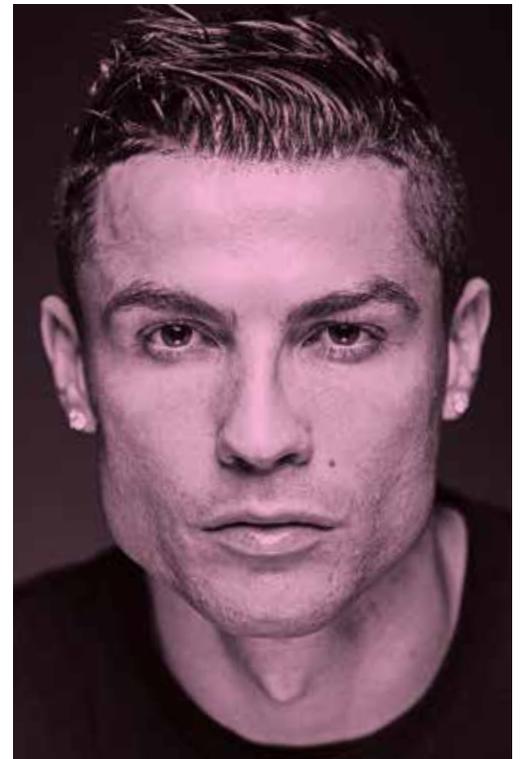
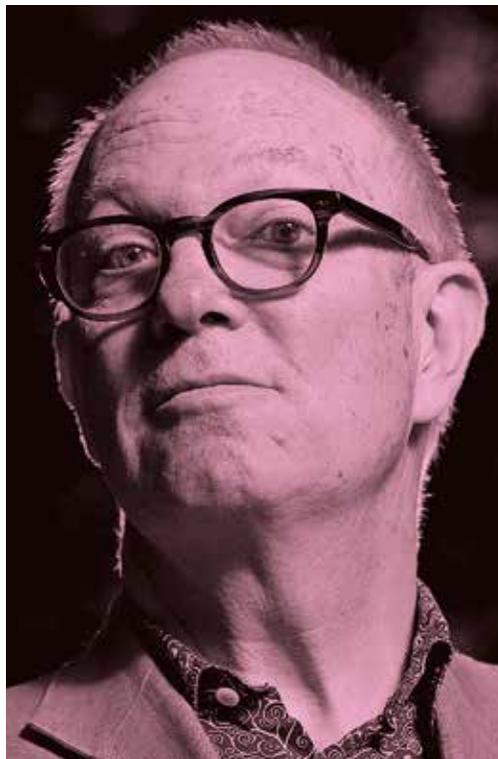
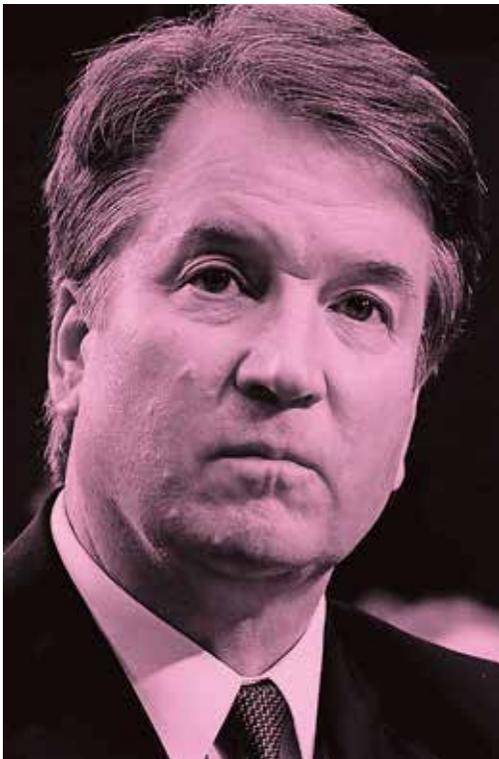
Auswüchse und Übertreibungen

Einer der abstrusesten Vorwürfe, die der #MeToo-Bewegung gemacht werden, ist deshalb: Prüderie. Alyssa Milano, Reese Witherspoon oder Rose McGowan: All die US-Schauspielerinnen, die zu Front-Frauen dieser internationalen Bewegung wurden, standen nie im Verdacht, lebensunlustig zu sein. Aber wer sexuellen Missbrauch und gesunde Sexualität auf eine Stufe stellt, verrät wohl einfach mehr über sich selbst als über die #MeToo-Bewegung. Es geht nicht um Sex, es geht um Machtmissbrauch. «Konservative beschwerten sich gerne über die Rolle, die Hollywood bei der Unterwanderung von Moral spielte», schrieb der *Economist* in seiner Titelgeschichte zum Ein-Jahr-#MeToo-Jubiläum, Mit #MeToo habe das sündige Hollywood aber fast versehentlich eine Bewegung für Gleichberechtigung losgetreten, die sich als «mächtigste Kraft» für fairere Verhältnisse zwischen Männern und Frauen seit der Suffragetten-Bewegung erweisen könnte.

Ist also alles super bei #MeToo? Natürlich nicht. Wie bei jeder Graswurzelbewegung – zumal bei einer, die so jung ist – gibt es seltsame Auswüchse, Übertreibungen, vereinzelt Irre oder Vertreterinnen, die selbst womöglich keine saubere Weste haben. Antifeministen haben sich freudig auf die Berichte gestürzt, nach denen Asia Argento nun selbst sexueller Missbrauch eines Minderjährigen vorgeworfen wird. Aber würde man beim ersten Geburtstag eines Kindes an all die Tage denken,



Egal, ob reich oder arm, schön oder hässlich: Produzent Weinstein, Filmstar Spacey, Komiker Cosby (v. l.).



Kerndebatte unserer Zeit: Richter Kavanaugh, Publizist Buruma, Jahrhundertfussballer Ronaldo (v. l.).

an denen es einen buchstäblich ankotzte? Nein. Man freut sich über jeden Fortschritt und über das Wachstum, das erreicht wurde.

#MeToo ist zu einer grossen, positiven Kraft geworden, die längst über die Sphären der Hollywood Hills und der Netzfeministinnen hinausgeht. Diese Bewegung ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Junge Frauen, die im Jahr 2018 Praktikantinnen sind und von einem Vorgesetzten sexuell bedrängt werden, müssen sich nicht mehr scheuen, darüber zu reden – aus Angst, es könnte niemand zuhören

oder, schlimmer: es könnte negativ auf sie selbst zurückfallen. Es ist im Jahr 2018 besser, eine Frau zu sein, als im Jahr davor. #MeToo war keine Mode, es wird immer mächtiger, auch im politischen Sinne. In den USA engagieren sich heute so viele Frauen politisch und streben nach politischen Ämtern wie noch nie. Selbst eine Angela Merkel, die vor einem Jahr noch Probleme damit hatte, sich als Feministin zu bezeichnen, tönt heute schon ganz anders. Gerade erst kritisierte sie die rein männliche Führungsriege der Jungen Union, der

Jugendorganisation von CDU und CSU, mit den Worten: «Ihr geschäftsführender Bundesvorstand ist schön männlich. Aber 50 Prozent des Volkes fehlen. Frauen bereichern das Leben, glauben Sie mir: nicht nur privat, sondern auch politisch.»

Friedensnobelpreis

Wer kommt noch um #MeToo herum? In manchen gesellschaftlichen Bereichen hat der Versuch, die neue Realität zu ignorieren, heute schon Konsequenzen. Das zeigt etwa der



Mehr Respekt: Professorin Ford, Künstlerin Milano, Juristin Hill (v. l.).

jüngste Chefredaktionswechsel bei der *New York Review of Books*, einem der wichtigsten Intellektuellenblätter Amerikas. Ian Buruma, renommierter Schriftsteller und Chefredaktor des Blatts, veröffentlichte unkritisch und ungeprüft den Essay eines Autors, der wegen aggressiven Sexualverhaltens mehrfach angeklagt, aber nicht juristisch verurteilt wurde und der sich in der Folge über die gesellschaftliche Schmähung aufregte, der er sich ausgesetzt sieht. Aufgrund der saloppen redaktionellen Betreuung des Beitrags und einiger ebenso salopper Äusserungen, die Buruma daraufhin machte – «Ich weiss nichts Genaues darüber, wie viel Konsens es bei seinem Verhalten gab. Und es kümmert mich auch nicht wirklich», sagte er über seinen Autor –, verliert er nun seine Stelle als Chefredaktor. Das finden manche übertrieben und traurig: Der linksliberale Buruma stand eigentlich nie im Verdacht, ein Feind der Frauen zu sein. Aber es zeigt eben auch: Im Jahr 2018 kann niemand ein wichtiges Debattenblatt leiten, der bei einer der Kerndebatten unserer Zeit nicht die notwendige Kompetenz und Sensibilität an den Tag legt.

Positive Wirkung aufs Zusammenleben

Dass wir heute, ein Jahr nach dem ersten #MeToo-Tweet, einen anderen Blick auf sexuelle Gewalt gegen Frauen haben, zeigt auch die Vergabe des Friedensnobelpreises, der gerade an die jesidische Aktivistin Nadia Murad verliehen wurde. Murad, einst von IS-Terroristen verschleppt und täglich vergewaltigt, wurde die Ehre für ihren Kampf gegen sexuelle Gewalt als Kriegswaffe zuteil. Ein brutales Thema, das im Jahr 2018 endlich die öffentliche Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient.

Und schliesslich: Dass #MeToo auch fernab von Weinstein, Hollywood und Twitter eine echte, positive Wirkung auf unser Zusammenleben entfaltet hat, zeigt sich sogar im Fall Kavanaugh/Blasey Ford. Denn einerseits: Ja, der Mann hat sein Amt erhalten. Aber man muss seinen Fall nur einmal vergleichen mit dem Jahr 1991. Damals schon wurde einem

#MeToo konnte viele Menschen neu für den Feminismus begeistern.

Anwärter auf das höchste Richteramt, Clarence Thomas, sexuelle Belästigung vorgeworfen. Die Frau, die damals vor dem Senat gegen ihn aussagte, heisst Anita Hill. Sie ist Juristin, sie war eine Untergebene von Thomas.

Vergleicht man damals und heute, stellt man fest: Etwas haben Feministinnen durchaus erreicht. Anita Hill wurde damals vom männlichen Establishment erfolgreich und über die übliche Schiene denunziert. «Ein bisschen verrückt und ein Stück weit auch einfach eine Schlampe», nannte Thomas' Verteidiger sie. Der Fall, der damals die Nation erschütterte, hat lange vor #MeToo die Öffentlichkeit erstmals für das Thema sexuelle Belästigung sensibilisiert. Heute wurde Blasey Ford mehr Respekt entgegengebracht als Hill damals. Und auch wenn Donald Trump sich schliesslich doch öffentlich über sie lustig machte: Sie wurde von vielen sehr ernst genommen, auch dank #MeToo. Das mutmassliche Opfer erfuhr zwar auch diesmal keine Genugtuung, aber ihm wurde zugehört.

Der Fall Kavanaugh zeigte auch, dass die #MeToo-Bewegung quicklebendig ist. Tausende Frauen und Männer marschierten allein in Washington. Zu den Demonstrantinnen gehörten auch Stars wie die Komikerin und Schauspielerin Amy Schumer oder das Model Emily Ratajkowski. #MeToo ist keine Moderscheinung. Die Bewegung konnte viele Menschen neu für den Feminismus begeistern und damit für eine soziale Bewegung, bei der es noch um so viel mehr geht als um sexuelle Gewalt. Der Feminismus bewahrt nicht nur Frauen vor der allgemeinen Kleinhaltung in unserer Gesellschaft, er befreit auch Männer von der stupiden Geldverdiener-Rolle und bringt sie ihren Familien näher.

Klägerin trotz Schweigegeldzahlung

Kavanaugh kam davon. Vielleicht auch, weil die Vorwürfe gegen ihn auf eine Situation zurückgehen, die sich vor 36 Jahren zutrug, und daher besonders schwer aufzuklären sind. Trotzdem leben wir heute in einer Zeit, in der mächtige Männer nicht mehr frei über Frauen verfügen können in der Annahme, damit einfach so durchzukommen, ganz unbehelligt von Konsequenzen. Nicht einmal dann, wenn sie gutaussehende Superstars sind wie der Fussballer Cristiano Ronaldo, dem Vergewaltigung vorgeworfen wird und gegen den nun erneut ermittelt wird, weil die von #MeToo ermutigte Klägerin trotz Schweigegeldzahlung Ronaldos nicht weiter den Mund halten wollte. Ob ein Mann reich oder arm ist, schön oder hässlich: #MeToo interessiert sich nicht dafür. Aber für das, was er getan hat.

Happy Birthday, #MeToo!

Deine Interessen. Unser Thema.

Was immer die Menschen interessiert und bewegt – wir machen es zum Thema.
Entdecken Sie das Medienhaus der Schweiz.
[chmedia.ch](https://www.chmedia.ch)

Sturm am Cern

Von Beat Gygi — Der italienische Physiker Alessandro Strumia hat mit seinen Ansichten zu den Unterschieden zwischen Mann und Frau Entrüstungstürme ausgelöst. Seine Argumente sind nüchterner als die moralisierenden Verurteilungen.

Der «erste Workshop zu Hochenergiephysik und Gender» vom 26. bis 28. September an der europäischen Grossforschungsanlage Cern bei Genf sollte zum gesitteten Diskutieren von Möglichkeiten und neuen Erkenntnissen zur Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Gebiet Physik dienen. Aber es gab eine Störung, die grossen moralischen Aufruhr auslöste. Der beim Cern tätige italienische Physiker Alessandro Strumia von der Universität Pisa trug ein Papier vor, in dem er die unterschiedlichen Anteile von Frauen und Männern in der Grundlagenphysik thematisierte und mit der Frage verband, ob diese auf eine Diskriminierung der Frauen zurückzuführen seien oder nicht. Er zeigte etliche Statistiken, um darzulegen, dass Frauen in der Physik gegenüber Männern bei Rekrutierungen für gehobene Positionen keineswegs benachteiligt würden.

Sein Schluss daraus: Wenn die Frauen in der Forschergemeinde der Physiker nicht so zahlreich seien, sei dies nicht auf eine Diskriminierung der Frauen zurückzuführen. Eher das Gegenteil treffe zu. Anhand bibliometrischer Studien mit Daten zu Publikationen aus fünf Jahrzehnten zeigte er, dass Frauen in ihrer Forscherkarriere früher als Männer in Spitzenpositionen gelangen und fürs Erlangen der Stelle oft weniger Publikationen vorweisen müssen als ihre Kollegen. Er verwies auch auf die an Unis geltenden Frauenquoten oder Erleichterungen für Frauen in Prüfungen. Nicht Diskriminierung also führe zur unterschiedlichen Beteiligung der Geschlechter, sondern letztlich eine Art von aussen gegebene Differenz zwischen Frau und Mann, vor allem auch mit Blick auf Interesse am Fach und Fähigkeiten.

«Nicht mal ignorieren!»

Damit entfachte Strumia Feuer im Dach, nicht zuletzt auch mit seiner Aussage, Physik als Wissenschaft sei von Männern erfunden worden. Das Cern und die Universität Pisa leiteten Untersuchungen gegen ihn ein, und in den elektronischen Medien erhob sich ein Sturm – sexistisch, biologistisch, arrogant, simplizistisch, zurückgeblieben, moralisch verwerflich seien seine Äusserungen. Um die 1600 Wissenschaftler unterschrieben umgehend eine Petition gegen Strumia. Andere distanzierten sich mit der Wendung: «Nicht mal ignorieren!»

Wie hat das Strumia erlebt, der als Grundlagenphysiker beim Institut mit der international betriebenen Teilchenbeschleunigeranlage in der Erforschung der kleinsten Teilchen und



«Die Wahrheit interessiert viele Leute nicht»: Cern-Wissenschaftler Strumia.

der Materie tätig ist? Er schildert es so: «An der Konferenz gab es viele Klagen über schlechtere Chancen der Frauen bei Anstellungen und sonst in der Karriere. Dann zeigte ich mit meinen Daten, dass es eher umgekehrt ist bei Anstellungen in unserem Gebiet. Das war das Gegenteil der allgemein herrschenden Meinung und löste Empörung aus.» Der anschliessende Sturm liess ihn offensichtlich nicht kalt. Er habe tagelang kaum geschlafen und bisher vier Kilogramm abgenommen, sagt er im Gespräch, auch sonst sei einiges für ihn nun beschwerlicher geworden.

Er hätte den leichteren Weg wählen und die Präsentation seiner Zahlen unterlassen und

nun ein ruhiges Leben haben können, aber er sei von der Richtigkeit überzeugt, dass jemand dieses Risiko übernommen habe. Er habe ungefähr tausend E-Mails erhalten, sagt Strumia, und die meisten davon seien zustimmend gegenüber seiner Position gewesen, das habe ihn in seiner Haltung bestärkt. Aber es sei klar, dass die Leute dies nicht öffentlich machen möchten. Die Thesen, wie er sie vorgetragen hat, seien in der heutigen Zeit nicht salonfähig und könnten Ruf und Karriere jener gefährden, die so etwas vertreten.

Besonders brisant sind zwei Punkte. Der erste betrifft die Aussage, dass Frauen und Männer

von Natur aus nicht identische Interessen und deshalb unterschiedlich starke Neigungen hätten, Physik als Fach zu wählen. In dieser Hinsicht argumentiert Strumia ähnlich wie der bekannte kanadische Psychologe und Sozialwissenschaftler Jordan Peterson, der oft gegen Gruppenansprüche und politische Korrektheit von linker Seite vom Leder zieht.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die grössere Streuung der Intelligenzquotienten bei den Männern. Strumia hatte in seiner Cern-Präsentation auf die unterschiedlichen Verteilungen des IQ bei Frauen und Männern Bezug genommen: Die typische Glockenkurve bei Männern ist gemäss Messungen breiter und weniger hoch als bei den Frauen, und diese höhere Spannweite führt dazu, dass bei den Ausreissern nach unten wie auch bei den Ausreissern nach oben die Männer in der Mehrzahl sind. Die logische Folgerung daraus: Bei den schlechtesten wie auch bei den Spitzen-Spitzen-Leistungen sind eher die Männer vertreten. Das gilt als politisch unkorrekt und moralisch nicht annehmbar, vor allem mit Bezug auf die Spitzenpositionen. Strumia erinnert daran, dass vor gut zehn Jahren dies ja schon der damalige Harvard-Präsident Lawrence «Larry» Summers erfahren habe, als er Unterschiede zwischen Männern und Frauen zum Thema machte.

Von Bedeutung waren für Strumia auch die Umstände, unter denen im Sommer vergangenen Jahres der Google-Mitarbeiter James Damore entlassen wurde, nachdem er mit unterschiedlichen Interessen von Männern und Frauen im IT-Sektor argumentiert hatte. Hinzu kommt, dass in jüngerer Zeit Mathematiker zu reden gaben, die eine unterschiedliche Verteilung von Fähigkeiten zwischen den Geschlechtern untersucht hatten und mit ihrem Artikel nach erfolgtem Aufnahmeverfahren wieder aus einer Zeitung gekippt wurden. «Das Frappierende ist, dass alle Experten, die diese Kontroversen untersucht haben, feststellen, dass die Aussagen richtig sind, aber die Wahrheit interessiert viele Leute nicht», meint Strumia. Deshalb müsse man sich dafür wehren, auch wenn dies auf breiter Front auf Widerstand stosse.

Eine Art «Gender Action Plan»

Was sind denn Strumias persönliche Erfahrungen mit Frauen in wissenschaftlichen Teams? «Ich versuche wirklich alle Personen, die bei uns arbeiten, gleich zu behandeln, wir arbeiten auf gleiche Art und Weise, wir kümmern uns um Physik, nicht darum, wer wer ist.» An der Cern-Konferenz habe es harte Angriffe gegen die Fachgebietskultur und gegen männliche Physiker gegeben, unter anderem den Vorwurf, der gefährlichste Platz für sexuelle Übergriffe sei das Militär, der zweitgefährlichste die Physik. Das sei Unsinn. Alle, die gut seien in Physik, seien in der Community willkommen. Spielt denn in der Physik Leadership eine Rolle? Nach Strumias Worten sind in der Grundlagen-

physik vor allem die Experimentalphysiker in grossen Teams organisiert, die eine gewisse Führung brauchen. Er selber sei Theoretiker, da arbeite man in kleinen Gruppen, alle in völliger Freiheit. Das sei, vom System her, besser, als wenn alle gleich vorgehen würden.

Ist nicht gerade deswegen die Beachtung der Diversität wichtig und förderungswürdig? Die meisten Hochschulen haben ja eine Art «Gender Action Plan» mit Dutzenden von Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit. Die Broschüre der ETH umfasst dreissig Seiten. Daneben gibt es zahllose Anleitungen zum Thema Frauen und Stem (Science, Technology, Engineering, Mathematics). Für Strumia ist das eine Frage der Politik, nicht der Wissenschaft, und die Entscheidungen darüber sollten dann wenigstens bei Leuten liegen, die die wahren Verhältnisse nicht ausblendeten. Es sei nicht an ihm, politische Bewertungen vorzunehmen.

Wird der Anteil der Frauen in seinem Gebiet nun aber steigen? Ja, meint er, das sei jetzt der Fall. Es sei ohnehin unangebracht, Physik als Territorium der weissen Männer zu betrachten. Klar, dies habe bis vor hundert Jahren gegolten, dann hätten aber die Japaner die Physik zu forcieren begonnen und seien zu einem der erfolgreichsten Länder auf dem Gebiet geworden. Korea und Schanghai hätten später nachgezogen und Ähnliches erreicht.

Ist die Alte Welt zurückgeblieben? Keineswegs, sagt Strumia, eine Erkenntnis aus seiner

«Ich versuche wirklich alle Personen, die bei uns arbeiten, gleich zu behandeln.»

bibliometrischen Analyse der wissenschaftlichen Leistungen sei, dass Europa in der Grundlagenphysik weltweit an der Spitze stehe, und zwar schon seit etwa zwanzig Jahren. Die USA würden immer noch als potenter eingestuft, aber das täusche. Nachdem der Bau des Super-Teilchenbeschleunigers in den USA 1993 abgebrochen worden sei, seien viele amerikanische Physiker nach Europa und ans Cern gekommen, um da Forschung zu betreiben. Und da sieht er einen pikanten Zusammenhang zwischen diesem Zuzug und herrschenden Gender-Debatten: Nach seiner Einschätzung haben die amerikanischen Einflüsse Kultur und Stimmung am Cern verändert und der politischen Korrektheit Auftrieb gegeben.

Die Zeiten haben sich allerdings im ganzen Bildungs- und Wissenschaftsgebiet geändert. Auch die europäischen Hochschulen haben in vielem nachgezogen, was in den USA im Zuge der Förderung von Minderheiten und sogenannter Antidiskriminierung auf den Weg gebracht worden war, wobei die Rassenfrage in Europa eine geringere Rolle spielt als in Amerika. Im Vordergrund steht in der Schweiz die Gleichstellung der Geschlechter in zahlreichen

Facetten. Neben Schulen sind ja auch Firmen im Visier der Regulierung, wenn es um Lohngleichheit oder Frauenquoten in der Führung von kotierten Unternehmen geht. Hinzu kommen bildungspolitische Anliegen aus Sicht der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Was im englischen Sprachraum mit Stem bezeichnet wird, wird in der Schweiz unter dem Kürzel Mint diskutiert und vielfältig gefördert: Gemeint ist das Gebiet Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Technik.

Viel umfangreicher sind deshalb heute die Programme von Schweizer Hochschulen zur Förderung der Chancengleichheit der Geschlechter als noch vor fünf oder zehn Jahren. Die am deutlichsten technisch geprägte Hochschule, die ETH Zürich, listet im «Gender Action Plan 2016–2018» etwa fünfzig neue Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit auf, darunter kostenlose Kinderbetreuung, Stillzimmer, die Anstellung zusätzlicher Assistenzpersonen für schwangere Postdoc-Wissenschaftlerinnen oder -Mütter, Massnahmen zur gezielten Berufung auf längerfristige Assistenzprofessuren oder die Aufteilung von Zwischenprüfungen mit Blick auf Frauen, die mit weniger mathematischer Vorbildung gestartet sind.

Offenbar hat die Beschäftigung mit Gleichstellung, Diversität oder Berücksichtigung bestimmter Gruppen in der angelsächsischen Welt inzwischen eine weitere Stufe erreicht. Im *Wall Street Journal* wurde kürzlich über Wissenschaftler berichtet, die sich einen Sport daraus machten, gefälschte Aufsätze an Fachzeitschriften zu schicken, die von Geschlechterthemen in mancher Form handelten, von Feminismus, Sexismus, Dominanz, sozialem Kampf und Ähnlichem – und etliche dieser Texte gelangten in Druck. Es genügte, den richtigen moralischen Ton zu treffen.

VALUES WORTH SHARING

«Qualität ist uns wichtig. Wir haben unseren ersten Rubens 1643 gekauft.»

S.D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein,
LGT Chairman seit 1990



Private
Banking

lgt.ch/values



Der Gegenwart ihre Wirklichkeit übelnehmen: Sonntagstrommler am Strand von Benirrás.

Zeitgeist

Sonnenuntergang im Hippieland

Von Michael Bahnerth — Sie zogen vor fünfzig Jahren aus, um als Hippies an den schönsten Plätzen der Welt das wahre Leben zu finden. Sie landeten auch auf Ibiza. Manche strandeten für immer und machten den Norden der Insel zu ihrer Sehnsuchtsresidenz. Was übrigblieb vom grossen Traum.

Draussen vor dem Flughafen auf Ibiza sind 27 Grad und hinter fetten Sonnenbrillen ein paar abgewirtschaftete Party-People, die entweder halbtot auf den Stühlen des «Costa Coffee» sitzen oder die letzten Pillen einwerfen und ein wenig davonfliegen, bevor sie durch den Zoll gehen müssen. Drinnen steht Josh in Althippiegarderobe vor der Autovermietung. Er trägt das branchenübliche Batikshirt, Jeans und abgewetzte Espradrilles. Sein Gesicht ist furchig, sein Körper dünn, das Peace-Tattoo auf dem Unterarm noch selbst gestochen, vor Jahrzehnten. Er spricht mit jener schlurfenden Stimme, die ein Hirn produziert, durch das ein Leben lang Pot wehte und der ewig selbe Traum. Josh kommt aus Bern Bümpliz, heisst aber wohl Jakob, und bei der Arbeit nennen sie ihn vermutlich Köbi. Aber hier ist er Josh. Einen Monat lang. So lange bleibt er auf der Insel. «Chillen» will er und zu sich kommen auch, den Traum leben, wie jedes Jahr seit vierzig Jahren.

Niemand kann abschätzen, wie viele Hippies auf Ibiza übrig geblieben sind, aber klar ist, dass sie immer älter werden und in vielleicht fünfzehn Jahren die Insel nicht mehr mit ihrem Spirit, sondern für die Dauer eines Sommers mit ihrem Kadaver nähren. Es wird dann nur noch Neo-Hippies geben, aber das wird nicht mehr dasselbe sein, weil Neo-Hippietum ein Gemisch ist aus ein bisschen ausgebleichtem *love*, *peace and happiness*, dogmatischem Vegetarismus und beliebiger ätherischer Spiritualität.

Ibiza war einst Station des legendären Hippie-Trails, des Pfads der Suchenden, und auf der Insel wurden viele Hippies geboren und viele beerdigt. Dazwischen suchten sie den Blütenstaub des Seins in Marokko, Afghanistan, Indien und Nepal. Das ist alles lange her, 1968, eine Sternschnuppe im Weltenlauf, als eine Generation noch daran glaubte, dass da ein Licht ist am Ende des Tunnels, und das Licht war mindestens eine transzendente Erlösung zu Lebzeiten.

Josh mietet einen Kleinwagen, weil der ja auch fahre. Er kriegt einen Nissan Micra, mehr brauche er nicht, und er brauche ihn ja nur, weil der Deux-Chevaux seines Kumpels mit der Finca nahe Sant Joan gerade kaputt sei und das mit der Reparatur irgendwie nicht klappe. Aber easy, das mit der Mobilität sei ja auch so 'ne Sache, viel zu viel gebe es davon, so viel, dass die Welt auf Dauer daran erstickte. Er würde ja den Bus nehmen, aber jetzt, Ende Sommer, würden die nicht mehr richtig fahren, und sein Kumpel, der im Nirgendwo und am Ende einer unendlich langen und steilen Schotterstrasse lebe, könne ihn ja nicht abholen. Und Autostopp funktioniere nicht mehr wirklich in dieser Welt. Halte ja keiner mehr an, weil keine Zeit oder keine Lust, jeder nur für sich.

«Alles so Typen wie dieser Deutsche da vor uns. Siehst du den?», fragt Josh. «Den willst du ja auch nicht geschenkt. Diese Bankerfrisur, dieses Wohlstandsbüchlein, und der ist sicher

erst Mitte dreissig, hat aber schon kein Leben mehr, und Träume ausser denen nach Geld und Karriere kennt der gar nicht. Macht traurig, so was. Siehst du das? Jetzt zieht er doch tatsächlich so eine ADAC-Buchung aus der Tasche. In einer Klarsichthülle. Jesus, ist der verloren. Hat keine Seele mehr, jetzt schon, der ist lebendiges Bohnerwachs. Was will der überhaupt hier auf Ibiza, frage ich mich. Wahrscheinlich geht er in so ein dekadentes All-inclusive-Hotel im Süden der Insel, wo es goldene und silberne Armbändchen gibt und Safes in den Zimmern. Und jetzt fragt er auch noch, ob das Auto wirklich gegen alles versichert ist, und lässt sich das auch noch zeigen. Idiot. Ich nehme ja immer ohne all diesen Scheiss. Wenn du ein gutes Karma hast, brauchst du keine Vollkaskoversicherung. Begreifen die Menschen von heute einfach nicht mehr: dass, je mehr du vertraust, desto sicherer du dich fühlst.»

Zu viel Welt

Als die ersten Hippies 1968 nach Ibiza kamen und den Norden für sich entdeckten, weil er ursprünglich war und wild und fruchtbar und spirituell vereinnahmbar, war die Insel kaum mehr als Ackerbau, Viehzucht und Einheimische in Trachtenkleidern, die hart arbeiteten und sich sonntags für Gott herausputzten. Die ersten begannen gerade, von Fernsehern zu träumen und Kühlschränken und Autos, wie sie im Süden der Insel gerade aufkamen – der



Süden, nur dreissig Kilometer weit weg, aber doch ferner als der nächste Stern. Die Hippies kamen, suchten sich die schönsten Buchten, bauten sich Unterstände, gründeten Kommunen, debattierten über die Unmöglichkeit, sich in einer bürgerlichen Gesellschaft selbst zu verwirklichen, über den Vietnamkrieg und darüber, wie alles in einem friedlichen Einklang sein könnte, wenn alle ein wenig mehr so wären, wie sie sind. Sie spazierten mit langen Haaren halbnackt durch die Gegend, redeten mit Bäumen, sangen Lieder, lasen die Schriften Buddhas, das rote Buch Maos, Scheuermanns «Papalagi», Thoreaus «Walden», später «Die Möwe Jonathan», liessen Joints kreisen, und nachts hatten sie sich lieb. Es war für einen Wimpernschlag in der Zivilisationsgeschichte ein kleines, biotopisches Paradies.

Die Einheimischen nannten sie «die Langhaarigen», die fortpflanzungsfähigen Ibizenker freuten sich über die brachliegenden Hippietitten, die zugeschnürten Ibizenkerinnen weniger. Da war das Problem, dass die Hippies alles rund um ihre Kommunen vollschissen und sich den Arsch mit den Blättern der umliegenden Sträucher wischten, doch der Geruch des Hippiegeldes schwächte jenen der Exkremente etwas ab. Die Hippies damals, das waren zur Hälfte Intellektuelle und Künstler, die ein wenig Geld hatten, und zur andern Hälfte waren es Leute, die so taten, als ob sie wie jene Hälfte wären. Bald kauften die Hippies den Bauern für ein bisschen Geld diese weissen, kubischen Häuschen ab, und die Bauern schüttelten den Kopf, fanden das aber auch grossartig, weil sie sich vom Geld Fernseher und Kühlschränke und Autos kaufen konnten.

Viele Althippies auf Ibiza sind unsichtbar. Entweder sind sie nicht mehr so mobil, oder die Welt ausserhalb ihrer Fincas mit ihrem Getöse, ihren Umtrieben, ihrem Partyhunger, ihrem

Unparadiesischen macht ihnen so schlechte Laune, dass sie kaum mehr einen Fuss hineinsetzen. Sie liegen dann da auf ihren marokkanischen Kissens unter Feigenbäumen, trinken Tee, rauchen ein bisschen, nehmen der Gegenwart ihre Wirklichkeit übel und lassen sich bedröhnen von sphärischer Musik. An die Strände gehen sie kaum mehr, zu viel Kommerz, zu viel Welt. Gelegentlich sieht man das eine oder andere Exemplar noch in der Bar «Anita» in Sant Carles oder im «Vista Alegre» in Sant Joan, die mal Lagerfeuer für die Hippies waren und heute zur Hauptsache Touristenattraktionen sind. Ein paar trifft man auf dem Hippiemarkt am Samstag in Las Dalias, und sie verkaufen dort stets dasselbe an Schmuck und Tüchern

«Was mein Traum ist, willst du wissen? Ich möchte mich dauerhaft nach mir fühlen, verstehst du das?»

und solchen Sachen an Touristen in Outdoor-Sandalen, kurzen Hosen und unförmigen T-Shirts. Oder an junge Mädchen, die Gefallen gefunden haben am Hippiechic und an dem bisschen Gegenkultur, das noch geblieben ist. Es ist ein gutgehendes Geschäft. Man kann auch mit Kreditkarte bezahlen.

Zügellosigkeit der Verführbarkeit

Josh liegt am Strand von Benirrás, der mal die Badewanne der Hippies war und während der Hauptsaison von Touristen ertränkt wird. Es gibt einen kleinen Hippiemarkt, in dem viele deutsche Aussteiger ein bisschen selbstgemachten Schmuck und in Thailand gefärbte Tücher verkaufen. Sie haben Kinder, die nackt rumrennen, und Seelen, die sich bedecken, und – es ist schwer zu sagen weshalb – sie wirken kleinbürgerlich. Vielleicht liegt es am

Kontrast zwischen dem grossen Traum, der sie hierherbrachte, und der Engstirnigkeit, mit der sie ihn zu leben versuchen.

Josh ist gut drauf, liegt an einer Ecke des Strandes, dort, wo die beiden Häuschen sind und die kleine Bühne, die immer sonntags zur Sonnenuntergangszeit von Trommlern belegt wird. Sonntags ist der Strand so voll, wie er in Rimini niemals sein wird, und die Leute sitzen dann da dichtgedrängt, rauchen oder tanzen – oder beides zusammen –, und wenn die Sonne vom Trommeln genug hat und im Meer versinkt, springen viele ins Wasser und spülen ihre Seelen und fühlen sich ganz kurz als Teil von etwas Grosseem und Wichtigem. «Hab ich früher auch gemacht», sagt Josh, «mach ich aber nicht mehr, weil das ist nicht mehr authentisch, das hat keine Seele mehr.» Das sei sowieso das Problem heutzutage, der Verlust der Seele überall, ihr Verkauf an abstruse Werte.

Josh sagt, er wisse, wovon er spreche. Weil er im Betreibungsamt arbeite, nur noch ein Jahr, dafür schon lange. «Da siehst du dann, was der Kapitalismus, also seine Fähigkeit, auf einem tiefen Level zu verführen, bei Menschen anrichtet. Da nehmen sie dann einen Kredit auf, um sich ein paar gesellschaftsrelevante Träume zu erfüllen wie Flachbildfernseher, Playstation und ein Auto, in dem sie dann grösser scheinen, als sie sind. Und dann werden sie gierig, wollen einen zweiten Fernseher und so weiter, nehmen einen zweiten Kredit auf, dann einen dritten, um die ersten beiden zu bedienen, und dann sitzen sie richtig in der Scheisse, und dieses Leben, das nie schön war, ist dann hässlich.»

«Ich weiss», sagt Josh, «das klingt jetzt banal, halt so nach Hippiezeugs, aber es ist schon so, dass der wahre Reichtum ein innerer ist und nicht äusserlich angeschafft werden kann. Kommt mir grad diese Weissagung der Cree-Indianer in den Sinn: «Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann.» Tja, so einfach ist es und so kompliziert zugleich. Ich weiss auch nicht, wie man den Menschen die Zügellosigkeit ihrer Verführbarkeit nimmt und ihnen beibringt, dass man ohne all diesen Scheiss viel näher zu sich hin kommt. Was für 'ne Welt. Ist ja keiner mehr glücklich, wenn er einen Tag lang nichts kaufen konnte.»

«Tja», sagt Josh, «ich mach mich jetzt mal vom Acker hier. Weil jetzt kommen die Leute, unter der Woche ist ja Sonnenuntergang ohne Trommeln. Ich hätt' Lust auf n Bier in einer Bar, aber ins «Anita» kannst du ja auch nicht mehr gehen, seit die Leute mit Bussen nach Sant Carles gefahren werden. Die Luft wird dünn für uns alte Hippies, das kann ich dir sagen. Was mein Traum ist, willst du wissen? Ich möchte mich dauerhaft nach mir fühlen, verstehst du das? Wenn mir das gelingt, wenn ich in mir ruhe, dann scheint alles aus einem Guss, und ich bin Teil vom grossen Ganzen. Das ist alles.»

Roter Verführer aus der Romandie

Von Hubert Mooser — Der EU-kritische Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard drängt an die Spitze des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Sogar auf seine Gegner übt er eine hypnotische Wirkung aus.

Er sieht gereifter aus nach zwölf Jahren in der Waadtländer Regierung, nicht mehr ganz so wie das *Enfant terrible* der Sozialdemokraten, das bestanden SP-Parteigrößen wie Rudolf Strahm, Simonetta Sommaruga oder dem damaligen SP-Bundesrat Moritz Leuenberger in Flugblättern frech den Übertritt zur FDP ans Herz legte – weil diese mit dem Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) den Strommarkt liberalisieren wollten. «Wenn wir diese Abstimmung nicht gewonnen hätten», sagt Pierre-Yves Maillard, der 2002 die treibende Kraft beim Referendum gegen das EMG war, «wären heute viele Elektrizitätswerke pleite.»

Der 50-jährige rührige Gesundheitsdirektor aus der Waadt hat es jetzt auf einen der einflussreichsten Jobs im linken Lager abgesehen: auf das Präsidium des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Über zwanzig Jahre leitete der St. Galler Ständerat Paul Rechsteiner die Geschäfte. Ende Jahr gibt er das Präsidium ab, zwei Kandidaten stehen für die Nachfolge zur Auswahl: die St. Galler Nationalrätin Barbara Gysi und eben Regierungsrat Maillard. Oder wie ein Genosse spasseshalber meinte: «die Brave und das Biest».

Eine Krawatte trägt er immer noch nicht

Die Mehrheit der drei mitgliederstärksten Gewerkschaften – Unia, Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) und Syndicom – hat sich anlässlich einer Vorstellungstour bereits für Maillard ausgesprochen. Gegen sich hat der Waadtländer vor allem den VPOD. Aufgrund dieser Ausgangslage müsste es schon ganz dumm laufen, wenn die Delegierten am 1. Dezember nicht ihn, sondern Gysi wählen würden.

Im Grunde genommen hat sich Pierre-Yves Maillard – im Waadtland nennen ihn alle «PYM» – seit seiner wilden Zeit im Bundesparlament nicht sehr verändert. Er hat weniger Haare, hat Karriere gemacht als Regierungsrat, war fünf Jahre Präsident der Waadtländer Regierung, er leitete die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren. Er ist verheiratet und lebt mit seiner Frau und den zwei Kindern in Renens, wo über 50 Prozent der Bevölkerung Ausländer sind. Aber er trägt immer noch keine Krawatte, und wenn er über die EU und die Linke referiert, dann ist er sofort wieder ganz der hemdsärmelige Gewerkschafter von damals, über den die *Berner Zeitung* schrieb, er sei eine der strategisch und rhetorisch stärksten Figuren, welche die Schweizer Linke seit dem Kalten Krieg hervorgebracht habe.

Vor allem aber hebt sich der Waadtländer deutlich vom amtierenden SGB-Präsidenten ab. Während der langen Herrschaft des introvertierten Paul Rechsteiner bekam der Schweizerische Gewerkschaftsbund mehr den Anstrich einer Sekte. Viele Linke sind überzeugt: Mit Maillard käme neuer Schwung in den etwas angestaubten Betrieb. Seine Geschichte ist die eines begabten Arbeitersohns und Aufstiegers, der aus dem Lausanner Elysée-Quartier nach oben drängte. Der Vater betrieb eine kleine Autogarage. Aber in den 1980er Jahren musste er den Betrieb aufgeben. «Das war eine schwierige Zeit für unsere Familie», erinnert sich Maillard. «Mein Vater fand lange keine Stelle mehr.»

Ein Buch, das ihm sein Französischlehrer am Elysée-Gymnasium, der spätere Lausanner Stadtpräsident Jean-Jacques Schilt, empfahl, veränderte alles: «Germinal» vom französischen Romancier Emile Zola. Es handelt von den unmenschlichen Verhältnissen in französi-

Trotz Widerständen aus den eigenen Reihen entschloss er sich, gegen die bürgerliche Front anzutreten.

schen Bergwerken des 19. Jahrhunderts. Der Roman hatte mit Maillards Lebenswirklichkeit trotz der Arbeitslosigkeit des Vaters nichts zu tun, aber die darin beschriebenen Ungerechtigkeiten beschäftigten ihn gerade wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die seine Eltern in der Zeit durchliefen. Maillard sagt dazu, er sei der Erste seiner Familie gewesen, der habe studieren dürfen. «Ich habe es immer als zutiefst ungerecht empfunden, dass meine Eltern diese Chance aufgrund ihrer sozialen Stellung nicht gehabt haben.» Das Ankämpfen gegen soziale Ungerechtigkeit wird fortan zum Leitmotiv seiner Karriere.

Jungspund schreckt Bürgerliche auf

Mit achtzehn Jahren wurde er Mitglied der SP Lausanne, als sein früherer Lehrer, Jean-Jacques Schilt, die Stadtsektion leitete. Er wurde ins Stadtparlament gewählt, schloss gleichzeitig an der Uni Lausanne mit einem Lizenziat in Philosophie ab und unterrichtete danach an einer Sekundarschule. «Es war eine aufregende Zeit», sagt die heutige Ständerätin Géraldine Savary über diese Phase im Leben von PYM. «Jeden Samstag traf sich unsere Clique im Restaurant <Bavaria> in Lausanne. Zwei Stunden wurde intensiv über die heissen politischen Themen

diskutiert, insbesondere über die Privatisierungs- und Liberalisierungswelle, die damals auch über die Schweiz hereinbrach.» Dies sollte Maillards grosses Thema werden.

1997 schreckte der Jungspund bei Ersatzwahlen in den Regierungsrat – der amtierende FDP-Regierungsrat Jacques Martin war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten – die bürgerliche Entente in der Waadt erstmals richtig auf. Trotz Widerständen aus den eigenen Reihen entschloss er sich, als Kandidat gegen die bürgerliche Front aus FDP und SVP anzutreten und brachte FDP-Regierungsrätin Jacqueline Maurer an den Rand einer Niederlage. Maillards Karriere war damit lanciert.

Zwei Jahre später schaffte er die Wahl in den Nationalrat. SP-Präsidentin und Gewerkschafterin Christiane Brunner verhalf ihm zum Posten als Regionalsekretär der Gewerkschaft Smuv in der Romandie. Und dann schlug seine grosse Stunde in der Bundespolitik.

SP-Bundesrat Leuenberger bereitete das Elektrizitätsmarktgesetz vor, das eine Liberalisierung des Strommarktes vorsah. Die Bundeshausfraktion mit ihren Wortführern Rudolf Strahm und Ruedi Rechsteiner haben die Mehrheit der Fraktion auf das EMG eingeschworen. Aber Maillard hat die Basis im Griff. Der Abstimmungskampf 2002 wird für die Genossen zur Zerreihsprobe. Es fallen viele böse Worte. Mit über 52 Prozent wird die Vorlage 2002 abgelehnt, Pierre-Yves Maillard hat gewonnen, das Thema Privatisierungen ist vom Tisch.

Labor für dirigistische Staatsmedizin

Mit diesem wichtigen Sieg kehrt Maillard 2004 ins Waadtland zurück. Es ist die Zeit des grossen Wandels in dem seit Jahrzehnten vom Freisinn beherrschten Kanton. Die Freisinnigen haben abgewirtschaftet, die SVP steckt in einer Krise; vor diesem Hintergrund wird Maillard Regierungsrat und permanenter Unruheherd in der Regierung. Unter seinem Einfluss wird die Regierung links und grün. Unter Maillard wird der Kanton Waadt auch ein Labor für eine dirigistische linke Staatsmedizin. Die Sozialausgaben steigen und steigen, SVP und FDP maulen darüber, aber Maillard steckt sie fast alle in den Sack.

Bezeichnend dafür ist eine Episode, die sich vor zwei Jahren ereignete. Auf Antrag seines Gesundheitsministers hatte der Regierungsrat per Dekret eine Bedürfnisklausel für kostspielige medizinische Apparate erlassen. Mit anderen Worten: Wenn ein Krankenhaus in Zukunft



Er steckt sie fast alle in den Sack: Charmeur Maillard.

einen Computertomografen posten wollte, brauchte es dafür zuerst die Zustimmung der Kantonsregierung. Die Freisinnigen schrien Zeter und Mordio, organisierten sofort den Widerstand. Am Ende verhalf aber derselbe Freisinn Maillard zu einer Mehrheit im Kantonsparlament für dieses Geschäft. «Manchmal bekommt man das Gefühl, dass er sie alle hypnotisiert», meint Claude Ruey, einer von Maillards liberalen Amtsvorgängern, der die Staatsmedizin des SP-Gesundheitsdirektors seit Jahren kritisiert.

Maillards Erfolgsgeheimnis ist seine Überzeugungskraft. Es gelingt ihm aber auch immer wieder schmerzfrei, Bündnisse mit Leuten abzuschliessen, die politisch weit rechts von ihm stehen. Mit FDP-Finanzdirektor Pascal

Broulis fand er im Waadtland einen für Deals empfänglichen Gegenspieler. Hier der Verhandlungserprobte frühere Gewerkschafter, da die griechische Krämerseele von Finanzminister Broulis (er hat griechische Wurzeln).

Maillard gehört nicht zu jenen Sozialromantikern, die die EU als Friedensprojekt verklären.

Ihr grösster gemeinsamer Coup war die Revision der Unternehmensbesteuerung. Man wolle nicht länger warten, bis der Bund nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III eine neue Vorlage präsentiere, verkündete das Duo damals und zauberte wenige Monate

später einen Kompromiss aus dem Hut. Broulis bekam einen günstigen Steuertarif für seine multinationalen Unternehmen, Maillard mehr Geld für Kinderzulagen, Kinderkrippen und Prämienverbilligungen. Ab dem 1. Januar 2019 dürfen die Durchschnittsprämien 10 Prozent des Einkommens nicht übersteigen. Das bedeutet, dass 40 Prozent der Bevölkerung Prämienverbilligungen erhalten werden.

Vergleiche mit Kim Jong Un

Aber auch für Maillard wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Wenn er etwas forscht voranschritt, wurde er von Gerichten zurückgepfiffen – wie im Frühjahr 2017. Der Kanton Waadt hat einen strikten Zulassungsstopp für ausländische Ärzte und wollte deshalb zwei französischen Medizinerinnen nur eine eingeschränkte Bewilligung zum Praktizieren geben. Die zwei Ärzte wehrten sich dagegen, und das Bundesgericht gab den Franzosen recht. «Es gibt immer Rekurse gegen unsere Entscheidung. Im Gesundheitswesen kämpft jeder für seine Interessen», wehrt sich Maillard. «Wir gewinnen oft, aber nicht immer.»

Als Micheline Calmy-Rey 2011 zurücktrat, war Maillard als möglicher Nachfolger im Gespräch. Aber vielen im Bundesparlament war der Waadtländer Regierungsrat zu links, sie wählten stattdessen den Freiburger Ständerat Alain Berset. Maillards frühere Förderer, wie Schilt, sagen: «Er wäre in dieser Funktion nicht glücklich geworden.» Maillard selber meint im Rückblick: Er habe von vornherein gewusst, dass seine Chancen gering seien. Er sei deshalb auch nicht mit der nötigen Entschlossenheit in diese Wahl gestiegen.

Die Kandidatur stärkte jedoch seine Position in der Waadt. Dort wurde er zum Regierungsratspräsidenten auf fünf Jahre gewählt. Heute ist er der starke Mann in der Waadtländer Regierung, um den niemand mehr herumkommt. Plötzlich nennen ihn auch manche nicht mehr bloss «PYM» wie zu Beginn seiner Karriere, sondern «PYM Jong Un», in Anlehnung an Nordkoreas Diktator.

Jetzt rollt die rote Dampfwalze aus der Waadt auf die Deutschschweiz zu. Eines steht fest: Wenn er die Wahl an die SGB-Spitze schafft, wird es für den Bundesrat nicht einfacher, die Linken auf ein Rahmenabkommen mit der EU einzuschwören. Maillard gehört nicht zu jenen Sozialromantikern, die die EU noch immer als grosses Friedensprojekt verklären. Er sieht dahinter eine grosse Deregulierungs- und Liberalisierungsmaschine, die die Mitgliedstaaten geschwächt habe. Und wenn man ihn so reden hört, tönt er wie der deutsche Altlinke Oskar Lafontaine oder der frühere griechische Wirtschaftsminister Janis Varoufakis, die sich beide die Zerschlagung der EU auf die Fahne geschrieben haben. Pierre Maillard allerdings will die EU nicht zerschlagen, sondern transformieren.

Bestattung des Bundesstaates

Von Christoph Mörgeli

Die Jungfreisinnigen haben die Nein-Parole zur Selbstbestimmungsinitiative beschlossen. Sie folgten damit einem Referenten des Branchenverbands Swissem. Die Selbstbestimmungsinitiative führe zu «Abschottung» und sei ein «Job-Killer». Swissem hat schon bei der EWR-Abstimmung vor Abschottung und Arbeitsplatzverlusten gewarnt. Und Christoph Blocher als Rattenfänger karikiert, der das Volk in den Abgrund führt. Seither sind die Exporte stetig gewachsen, und die EU ist in Massen in unser Land eingewandert.

Die Idee des Bundesstaates von 1848 bestand darin, dass die Bundesverfassung oberste Rechtsquelle bildete. Die Freisinnigen hatten genug von den ständigen ausländischen Einmischungsversuchen in die inneren Angelegenheiten der Schweiz. Ihre besten Köpfe – Jonas Furrer, Alfred Escher, Ulrich Ochsenbein oder Henri Druet – wandten sich scharf gegen Übergriffe von «internationalem Recht» auf unsere eigene Rechtsordnung. Deshalb forderten sie als wichtigste Grundlage für Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Frieden in ihrer freisinnigen Bundesverfassung die «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes» und den «Schutz der Rechte der Eidgenossen».

Beide noch immer geltenden Zwecke unseres Landes sind 2012 durch ein Bundesgerichtsurteil zertrümmert worden. Heute stellt die Schweiz als einziges Land der Welt das internationale Recht über die eigene Bundesverfassung. Ausländisches Recht bricht seither direkt demokratische Entscheide von Volk und Ständen. Heute betätigen sich die Eliten von FDP und Jungfreisinnigen als aktive Sterbehelfer unseres unabhängigen Bundesstaates und unserer demokratischen Volksrechte. Sie haben sich von ihrer eigenen Gründung verabschiedet.

Gerade die Jungliberalen müssen sich bei ihrem Nein zur Selbstbestimmungsinitiative bewusst sein, dass sie schon einmal mit undemokratischem Gedankengut sympathisiert haben. Unter unverhohlenem Schielen auf das Ausland verlangten sie in den dreissiger Jahren eine Beschränkung der Volksrechte unter Stärkung der Regierung durch Ausbau von deren Verordnungsgewalt, ja sogar einen «Diktatparagraphen für Notzeiten». Jungliberale sprachen von einem «neuen Führertypus» auf dem «Boden der Kameradschaft aller Volksgenossen». Selbstverständlich dürfen Jungparteien Fehler machen. Nur sollten diese nicht ein ganzes Volk in die Knechtschaft führen.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Glückloser Mephisto Pfister

Von Peter Bodenmann — CVP-Präsident Pfister schnappte sich mit einem Stimmenanteil von 26 Prozent drei Zuger Regierungsratssitze.



Einen davon ergatterte sich der Lügi-Villiger, der zu spät beichtete.

Lange Zeit wählte der Kanton Zug seine Regierungsräte nach dem Proporzsystem. Alle politischen Kräfte waren aufgrund ihrer Stärke in der Regierung vertreten. Und die Qualität der Regierungsräte war so weit in Ordnung. Weil alle ihre wahlentscheidenden Zusatzstimmen bei den anderen Parteien holen mussten.

Die bürgerlichen Parteien haben die Umstellung auf das Majorzsystem durchgesetzt. Mit dem Argument, sie würden ihre Macht nicht missbrauchen. Und das Volk wolle, dass alle Kräfte in der Regierung vertreten seien.

Geschehen ist am letzten Wochenende genau das Gegenteil. Der doppelte Zuger Pukelsheim, den fast niemand im Detail erklären kann, sorgt dafür, dass alle Parteien aufgrund ihrer Stärke in einem Parlament vertreten sind. Die Kantonsratswahlen spiegeln die politischen Kräfteverhältnisse im Kanton Zug korrekt wider: Gut 9000 von 31000 Zuger Wählerinnen und Wählern stimmten für die SP, die Grünen und die Grünliberalen. Das macht 30 Prozent der Wählenden aus. Deshalb bekommen diese drei Parteien – dank dem doppelten Zuger Pukelsheim – 24 von 80 Sitzen.

Umgekehrt sind neu 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler in der siebenköpfigen Regierung vorerst nicht mehr vertreten. Dafür hat sich die CVP mit lächerlichen 26 Pro-

zent Stimmenanteil drei Regierungsräte geschnappt. Die Strategie von Parteipräsident Gerhard Pfister ist aufgegangen. Er präsentierte neben den beiden Bisherigen neu auch eine CVP-Frau. Der rechte Frauen-Reissverschluss hat funktioniert, weil weder FDP noch SVP eine Frau aufgestellt hatten.

Einen bösen Strich durch die Rechnung macht Pfister so oder anders der gewählte Regierungsrat Beat Villiger. Der Herr Justizdirektor hat den Grossteil der Wählenden, die mittels Briefwahl ihre Stimme abgaben, faustdick und erst noch erfolgreich angelogen. Denn öffentlich gebeichtet hat der Katholik Villiger erst, als seine Wahl faktisch schon feststand.

Jetzt hat die CVP mehr als ein Problem: Soll Villiger zurücktreten? Kann sie Villiger zum Rücktritt zwingen? Und falls ja, wird die 26-Prozent-Partei mit einer neuen Kandidatur versuchen, ihren dritten Sitz zu verteidigen?

Der Mephisto Pfister sitzt in der Falle. Was er macht, es ist immer falsch. Vielleicht wissen wir zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser *Weltwoche*, welche der Fallen zuschnappt.

Die CVP verliert seit 1975 schweizerisch laufend Stimmen. Sie droht bei den kommenden Wahlen schweizweit unter die 10-Prozent-Grenze zu fallen. Erst recht nach diesem Pfister-Frauen-*Trickli*.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

«Es gilt die Privatsphärenvermutung»

Von Kurt W. Zimmermann — Privatsphäre? Gar Schutz der Privatsphäre? Da lacht ein ambitionierter Journalist.

Es war einen der besseren Dialoge, die ich zuletzt gelesen habe. Der Dialog illustrierte hübsch die Sicht von Medientätern und Medienopfern.

Der *Sonntagblick* fragte: «Warum machten Sie nicht schon früher reinen Tisch?»

Beat Villiger sagte: «Weil es ein Recht auf Privatsphäre gibt.»

Privatsphäre? Über Beat Villiger, den Regierungsrat aus Zug, weiss nun die ganze Schweiz, dass er seiner ehemaligen Geliebten ein Auto auslehnte, obschon sie über keinen Fahrausweis verfügte. Zudem ging er mit ihr ins Bett, obschon sie über keine Antibabypille verfügte.

Alle Blätter schrieben nun über die Geliebte des Politikers. Natürlich taten sie so, als ob sie nur widerwillig über solch privaten Dinge berichteten. Besonders hübsch formulierte diese Scheinheiligkeit der *Tages-Anzeiger*. Er schrieb: «Dass er mit dieser ein Kind hat und eine aussereheliche Beziehung führte, ist seine Privatsache.» Dann schrieb er detailliert darüber.

Der Dreh mit der Privatsache ist ein Spiel, bei dem die Medien nur gewinnen können. Sie müssen nur eine Idee haben, wie sie eine Privatsache zu einem öffentlichen Interesse hochstemmen. Dann dürfen sie hemmungslos schreiben. Das Spiel läuft in drei Stufen ab.

Erst erfahren die Journalisten von einem wenig sitzamen Verhalten eines Politikers. Im bisher bekanntesten Fall, beim grünen Nationalrat Geri Müller, waren das etwa Selfies seiner Männlichkeit, die er an eine Bekannte verschickte.

Nun müssen die Journalisten zweitens den Dreh finden, um aus der Privatsphäre eine öffentliche Angelegenheit zu machen. Bei Müller war der Trick, dass er seine Fotos in offiziellen Amtsräumen geschossen hatte. Bei Villiger war der Trick, dass man seinen Seitensprung mit der offiziellen Strafbestand des Fahrens ohne Führerschein verlinken konnte.

In der dritten Stufe steigt nun der Medienruck. Die Opfer machen nun «reinen Tisch» und inszenieren ihr Outing samt tränenreicher Entschuldigung. Müller setzte dazu eine Medienkonferenz an. Villiger wählte für sein Schuldbekennnis ein Interview im *Sonntagblick*.

Journalisten sind äusserst kreativ, wenn sie Argumente suchen, um aus privaten Fehlritten einen gesellschaftlich relevanten Publikationszwang zu schustern. Ich glaube, es gibt für Journalisten inzwischen bei öffentlichen Personen nichts Privates mehr.



«Reiner Tisch»: CVP-Politiker Villiger.

Diese Regel muss jeder kennen, der heute ein Amt übernehmen möchte. Falls er vor vierzig Jahren eine Studienkollegin in den Hintern gezwickt hat, sollte er gut überlegen, ob er als Regierungsrat oder Richter kandidiert. In den USA hat diese mediale Verfolgung privater Sündenfälle neue Hysterie-Höchstwerte erreicht. Bei unseren Medien ist es noch nicht ganz so weit, aber sie holen zügig auf.

Der Trend ist nicht zu bremsen, und ich schlage darum eine praktische Lösung vor. Die Lösung lehnt sich an das Prinzip der «Unschuldsvermutung» an.

Journalisten dürfen heute jede Schweinerei über einen Verdächtigen schreiben, wenn sie am Schluss des Artikels anfügen: «Es gilt die Unschuldsvermutung.»

Der Genfer Staatsrat Pierre Maudet, so lesen wir etwa, ist ein Schwerverbrecher, aber «es gilt die Unschuldsvermutung». Der Raiffeisen-Banker Pierin Vincenz, so lesen wir, ist ein Schwermörder, aber «es gilt die Unschuldsvermutung».

Machen wir es im Privaten doch ebenso. Wir schreiben in Zukunft jede Schweinerei über das Privatleben von öffentlichen Personen.

Am Schluss des Artikels, damit wir abgesichert sind, schreiben wir dann: «Es gilt die Privatsphärenvermutung.»

Mehr zum Thema: Seite 39

Die Welt retten

Von Henryk M. Broder — «Vorbildfunktion» mit System.

Die Bundesrepublik lebt im Überfluss. Es mangelt dem Land an nichts. Deutschland hat das grösste Parlament Europas, einen optimal funktionierenden Sozialstaat und eine vorbildliche «Willkommenskultur». Aber auch mehr Probleme, als es bewältigen kann. Da ist die «Dieselkrise», verbunden mit der Frage, wer die «Umrüstung» der alten Autos bezahlen soll. Da ist der Klimawandel, den «wir» laut Wirtschaftsminister Peter Altmaier mitverursacht haben, weswegen wir auch eine «Vorbildfunktion» für die Rettung der Welt haben. Da ist die Digitalisierung, die nicht vorangeht, und die «Armut», die umso weiter um sich greift, je mehr Geld für deren Bekämpfung ausgegeben wird. Und da ist der «Antisemitismus», der lange kleingeredet, runtergeschrieben und geleugnet wurde. Vor Kurzem hat die Bundesregierung einen «Antisemitismus-Beauftragten» ernannt, der entschlossen scheint, das Problem an den Hörnern zu packen. Und bald wird es auch eine bundesweite «Meldestelle» geben, konzipiert als Verein und finanziert aus Mitteln des Bundes, ein «flächendeckendes Netzwerk» zur «Sicherstellung einer bundeseinheitlichen, zivilgesellschaftlichen Erfassung antisemitischer Vorfälle».



Das ist, an und für sich, keine schlechte Idee, denn aufgrund des deutschen Föderalismus kann es vorkommen, dass in Mecklenburg-Vorpommern etwas ganz anderes als «Antisemitismus» definiert wird als in Nordrhein-Westfalen. Das Leugnen des Holocaust ist eindeutig und grenzübergreifend antisemitisch; der Brandanschlag auf eine Synagoge kann aber auch «politisch motiviert» sein und als «Kritik an Israel» verstanden werden, so das Düsseldorf Oberlandesgericht in einem Urteil aus dem Jahre 2017. Und wenn vor dem Brandenburger Tor israelische Fahnen verbrannt werden, dann liegt überhaupt kein Straftatbestand vor. Gleiches gilt für Organisationen, die dazu aufrufen, Israel zu boykottieren. Die Erinnerung an Zeiten, da in Deutschland «Kauft nicht bei Juden!» gerufen wurde, hat keinen aktuellen Bezug und keine rechtliche Relevanz.

Die «Meldestelle» wird sich also erstmal damit beschäftigen müssen, Kriterien für Antisemitismus zu erarbeiten, ob etwa «Du Jude!» schon ein Angriff auf die Würde der gemeinten Person ist, oder erst «Du Judensau!» Eine echte Gaudi für die ganze Zivilgesellschaft.

Unsere Royals

Der Bundesrat ist die Königsfamilie der Schweiz. Seine Mitglieder sind die einzigen Politiker von landesweiter Ausstrahlung. Ein Zauber umgibt das Amt – und eine Saga von Tod und Verrat. Von Erik Ebnetter

Am 6. Dezember 1854 erscheint Josef Munzinger wieder einmal in Bern. Er leidet an einer schweren, unbekanntem Krankheit, obendrein an Depressionen, und er verbrachte zuletzt viel Zeit in Baden und Bad Ragaz, ohne dass ihm die Kurärzte helfen konnten. Nun will er sich als Bundesrat bestätigen lassen. Ein Knecht hat ihn die Treppe hinaufhieven müssen und schiebt ihn im Rollwagen in den Plenarsaal, wo ihn die National- und Ständeräte erwarten. Kissen stützen den gebrechlichen Mann, die Parlamentarier erblicken ein Krankenlager auf Rädern. Wird getuschelt? Ein Todgeweihter bittet um einen letzten Wunsch.

Die Presse hat ihr Urteil längst gefällt: «Herr Munzinger leitet sein Departement grösstenteils im Bett», berichtet die *National-Zeitung*. «Er setzt den Verträgen und übrigen Akten, welche die Beamten des Departements ausgearbeitet, seine Unterschrift bei.» Rücktrittsforderungen kursieren, doch die Bundesversammlung belässt ihn im Amt. Nur zwei Monate später stirbt Munzinger. Als er im Sarg die Stadt verlässt, geben ihm die Bundesräte das letzte Geleit. Sie ehren einen Mann, der in seinem Amt ausgeharrt hat bis zuletzt – wie ein republikanischer König. Aber was heisst schon König?

Die Schweiz ist die institutionalisierte Anarchie: Alle bestimmen, niemand befiehlt. Und weil die Schweizer wissen, wie zuverlässig diese Anarchie noch jedes Machtstreben beschränkt hat, können sie es sich erlauben, ihre Bundesräte wie Könige zu behandeln. Man wählt sie nicht selbst, man lässt sie erheben; man wählt sie nicht ab, man lässt sie abdanken. Ein Bundesrat mag einem Departement vorstehen, aber er entscheidet mit seinen Kollegen über alle Fragen gemeinsam. Er ist nicht Staatsoberhaupt, nicht Regierungschef, nicht Minister. Und doch geniesst er alle Privilegien.

Der Bundesrat ist die Königsfamilie der Schweiz. In seiner Ahnengalerie hängen 117 Porträts von 110 Männern und sieben Frauen aus allen Landesteilen und Sprachregionen. Und wann immer ein Gemälde hinzukommen soll, beginnt die Diskussion von vorn: Romandie oder Tessin? Innerschweiz oder Ostschweiz? Und was ist mit Basel? Es gibt kein Ereignis, das die Schweizer zuverlässiger auf sie selbst zurückwirft: Wer sind wir? Und wenn ja, wie viele? In einem viersprachigen Land sind Bundesräte die einzigen Politiker von nationaler Ausstrahlung, überall prä-

sent, überall willkommen. Oder zumindest fast immer.

Geschrieben von Shakespeare

Am 25. Dezember 1880 schleppt sich ein dicker Mann mit Schnauze und Brille durch Bern zur Kleinen Schanze. Es ist Fridolin Anderwert, das Lieblingssujet der Karikaturisten im Land. Eben zum Bundespräsidenten gewählt, läuft eine brutale Kampagne gegen ihn. Der *Nebelspalter* zeigt ihn im Königsornat, ohne Reichsapfel, dafür mit einem grossen Käselaib in der Hand – und darunter die Zeile: «Herr Anderwert geruht, den ersten bürgerköniglichen Traum zu geniessen.» Es ist nur der Anfang.

Anderwert ist Junggeselle, und es kursieren Gerüchte, er besuche Bordelle. Eine Schande für das Land sei er, muss er in Zeitungen lesen, es setzt ihm zu. Schon in der Wintersession wirkte er erschöpft, halb abwesend – und nun? Er ist auf der Kleinen Schanze angekommen, ganz allein. Plötzlich zerreisst ein Schuss die Stille des Weihnachtstages, ein schwerer Kör-



Bis zuletzt: Josef Munzinger.

per sackt zusammen. Fridolin Anderwert ist tot, er hat sich das Leben genommen. Aus seinem Abschiedsbrief an Mutter und Schwester ist nur ein Satz bekannt: «Sie wollen ein Opfer, sie sollen es haben.» Es klingt wie eine Zeile aus einem Drama von Shakespeare.

Schlösser bilden die Kulissen dieser Dramen. Der Bundesrat empfängt seine Gäste im Béatrice-von-Wattenwyl-Haus, einem Stadtpalais in Bern, oder im Landgut Lohn in Kehrsatz. Soll es festlich zugehen, wird Wein aus dem Bundesratskeller aufgetragen. Steht ein Staatsempfang an, erscheinen alle sieben Bundesräte. Nur zusammen können sie einem Staatsoberhaupt den höchsten Empfang bereiten, nur zusammen repräsentieren sie



Dienstbare Geister: Bundesrätin Leuthard.

die Schweiz in ihrer Vielheit. Die Metaphysik der Macht: Aus sieben wird eins. Die Bundesräte sind wie Geschwister: durch Schicksal verbunden.

Verwandt dürfen sie trotzdem nicht sein – oder erst ab dem fünften Grad in der Seitenlinie. Das heisst nicht, dass Streit ausbleibt. Was in den besten Familien vorkommt, ist dem Bundesrat nicht fremd. Einmal pro Woche trifft er sich zur Sitzung, bewacht vom Bundessicherheitsdienst. Gar nicht selten wird von Missstimmung berichtet, aber was genau besprochen wird, bleibt für dreissig Jahre geheim. Ein Zauber umgibt das Amt. Ein Bundesrat handelt für den Staat, und der Staat haftet für sein Handeln. *L'Etat, c'est moi*. Und doch kann es vorkommen, dass jemand aus der Familie verstossen wird.

«C'est la guerre civile!»

Am 18. Juni 1917 wird Arthur Hoffmann sechzig Jahre alt. Seit der Erste Weltkrieg ausgebrochen ist, regiert der Bundesrat mit weitreichenden Vollmachten. Hoffmann ist der starke Mann des Gremiums, aber an seinem Geburtstag hat er nichts zu feiern. Es ist ausgekommen, dass er versucht hat, einen Separatfrieden zwischen Deutschland und Russland zu vermitteln. Hoffmann gilt als deutschfreundlich, er kennt Kaiser Wilhelm II. Die Romands,



«Sie wollen ein Opfer»: Fridolin Anderwert.

die Frankreich zuneigen, fühlen sich verraten. «C'est la guerre civile!», ruft ein Nationalrat. Ein Fieber hat das Bundeshaus erfasst. Stürzt der mächtigste Mann des Landes?

Der Bundesrat berät, ob er Hoffmann zum Rücktritt auffordern soll. Manche erkennen in seinem Handeln einen eklatanten Neutralitätsbruch, andere sind weniger streng. Am Abend fällt der Entscheid gegen Hoffmann, am nächsten Tag wird ihm das Urteil eröffnet. Er ist vorbereitet und zieht sein Demissionschreiben aus der Tasche, dann muss er das Zimmer verlassen. Der Bundesrat beschliesst in einer dramatischen Sitzung, dass er sich von seinem Mitglied öffentlich distanziert. Hoffmann wird gedemütigt, unehrenhaft verabschiedet.



Arthur Hoffmann (r.), Kaiser Wilhelm II.

schiedet. Er fällt tief, nicht einmal eine Pension bekommt er.

Wer heute seine Amtspflichten abgibt, erhält standesgemäss eine Apanage. Alt-Bundesräte reisen weiterhin mit einem Diplomatenpass, und sie dürfen, wenn ihnen der Sinn nach Zerstreuung steht, die Bundesratsloge im Berner Stadttheater nutzen. Zweimal im Jahr treffen sie sich mit ihren amtierenden Kollegen zum Essen, die Verbindung hält auch in dunklen Momenten: Verliert ein Alt-Bundesrat seinen Ehepartner, schickt der Bundesrat einen Kranz an das Grab. Wenn es drauf ankommt, ist man füreinander da.

Amtierende Bundesräte haben feudalere Vorrechte. Chauffeure in Uniformen stehen bereit, ebenso die Weibel, die in ihren farbigen Talaren an Hofdiener erinnern. Für Reisen in die Welt gibt es den Lufttransportdienst des Bundes: Jets, Propellerflugzeuge und Helikopter. Fühlen sich Bundesräte im Ausland unpässlich, können sie medizinische Hilfe von International SOS anfordern. Sie sind rundum versorgt, umgeben von dienstbaren Geistern. Aber manchmal kommt jede Hilfe zu spät.

Eine Familie tritt zurück

Am 2. Mai 1962 tagt der Bundesrat in der Nähe von Bern, um europapolitische Fragen zu besprechen. Jean Bourgné, der eben von einer

dreiwöchigen Spanienreise zurückgekehrt ist, wirkt angeschlagen. Nach der Sitzung wird er in das Salem-Spital gebracht, wo die Ärzte einen Schlaganfall diagnostizieren. Es sind die einzigen Informationen, die bekanntwerden, keine Details, Gerüchte schon gar nicht – das wäre Majestätsbeleidigung. Ein Ton nobler Zurückhaltung dominiert.

Über den Sommer verbleibt Bourgné in Spitalpflege, ohne dass man weiss, wie es ihm geht. Erst im August berichtet eine Zeitung, dass sich sein Gesundheitszustand nicht verbessere. Seine Ehefrau und seine Kinder erklären schliesslich im September per Brief, dass ihr Mann, ihr Vater unfähig sei, sein Amt weiter auszuführen. Er, der immer kampffreudig, manche sagen: aggressiv, für seine Ziele stritt, kann nicht mehr reden und schreiben – und nicht mehr selbst über seinen Rücktritt entscheiden. Er hat jede Souveränität verloren.

Das Amt ist grösser als der Mensch. Anderwert, Hoffmann, Bourgné: So tragisch ihre Karrieren endeten, sind sie heute doch nahezu vergessen. Ein Bundesrat überdauert die Zeiten nicht. Ein Bundesrat tritt auf, er spielt, und er tritt wieder ab. Sein Schaffen hat etwas Theatralisches: Es beginnt mit dem Schwur nach der Wahl und endet mit den Tränen beim Rücktritt. Auf der Bühne stehen nicht immer die Talentiertesten, dafür reden sie im richtigen Dialekt. Wer zum Ensemble zählt, geniesst das Privileg der Aufmerksamkeit und zahlt den Preis der Austauschbarkeit. Es ist ein Königsdrama, vorgebracht seit über eineinhalb Jahrhunderten, verfolgt im ganzen Land – von erzrepublikanischen Zuschauern.

Als der todkranke Josef Munzinger am 6. Dezember 1854 um die Wiederwahl bittet, bewirbt sich auch Ulrich Ochsenbein ein weiteres Mal um das Mandat. Ochsenbein hat 1848 die Verfassungskommission geleitet und ist mit dem besten Ergebnis in den ersten Bundesrat gewählt worden. Er hat den jungen Bundesstaat geprägt wie vielleicht kein anderer, aber inzwischen jeden Rückhalt verloren. Zur Wahl erscheint er gar nicht mehr, lieber geht er auf die Jagd. Er wird abgewählt, gestürzt, durch einen Prätendenten ersetzt.

Er war ein König. Aber ein König ohne Land. ○

Keller-Sutters linke Flanke

Die St. Galler Ständerätin will in die Landesregierung. Vor acht Jahren scheiterte sie an den Stimmen der Linken. Inzwischen hat sie sich bei den Sozialdemokraten beliebt gemacht.

Von Hubert Mooser



Hofiert von links und rechts: Bundesratskandidatin Keller-Sutter.

Stadtsaal Wil, gepflegtes Ambiente, eine gut gelaunte Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter, sie lächelt mal hier, mal da in die Kameras, fingert zwischendurch an ihrer Halskette, neben ihr die Corona der St. Galler FDP. Keller-Sutter hat die Bekanntgabe ihrer Kandidatur für die Nachfolge von Johann Schneider-Ammann als Event aufgezogen. Offenbar will sie es nun wissen. Vor acht Jahren genügte ihr noch eine simple Zehn-Zeilen-Pressemitteilung. Dabei war diesmal schon lange ziemlich klar, dass sie antreten würde.

Vor den Medien erweckte sie jedoch den Anschein, als habe sie sich zum Entscheid durchringen müssen. In den letzten Wochen habe sie mit ihrem Mann, mit Familienangehörigen, mit Bekannten und politischen Wegbegleitern die Situation analysiert und sei zum Schluss gekommen, dass sie gerne nochmals antrete. Sie müsse jedoch auch zugeben, dass sie nach der Niederlage 2010 nicht gedacht hätte, dass sie noch einmal eine solche Herausforderung anpacken würde. Aber sie habe in den letzten Jahren als Ständerätin dazugelernt. Und dann hätten sie auch Parlamentarier aus allen Lagern schon früh zu einer Kandidatur ermuntert.

Wie ein Sechser im Zahlenlotto

Das Terrain dafür hat sie seit Monaten vorbereitet. Dem linken Lager des Parlaments, das sie

vor acht Jahren nicht gewählt hat, signalisierte sie in den vergangenen Wochen deutlich, dass man mit ihr gut zusammenarbeiten könne. Geschickt streute sie in Interviews auch Aussagen ein, wie gut sie mit dem einflussreichen St. Galler SP-Ständerat Paul Rechsteiner harmoniert und funktioniert habe. Karin Keller-Sutter und die Linken – gerade weil sie hier vor acht Jahren nicht punkten konnte, verneigte sie sich in den letzten Monaten umso eifriger auf diese Seite.

Als Ständerätin habe sie zu Lösungen beitragen können, gab sie beispielsweise am Dienstag zu Protokoll. Das war ein Wink an die SP. Denn sie meinte damit auch den umstrittenen AHV-Steuerdeal, von dem SP-Parteipräsident Christian Levrat in den Medien schwärmte, als sei es ein Sechser im Zahlenlotto. Bei diesem Geschäft wirkte die St. Gallerin als Kompromisschmiedin – und empfahl sich gleichzeitig bei den Linken als Bundesratskandidatin.

Bloss will zurzeit bei der SP niemand offen über den Support für Keller-Sutter reden. Es sei nicht der Moment, die Stimmen der Linken hervorzuheben, sagen SP-Parlamentarier. Sonst werde sie womöglich als Kandidatin der Linken noch abgeschossen. Lieber reden die Genossen in unverbindlichen Sätzen über die Kandidatur von Keller-Sutter. Er habe den Eindruck, dass sich die Befürworter und Gegner bei der SP ungefähr die Waage halten würden, meint etwa

SP-Fraktionschef Roger Nordmann. Ein anderer einflussreicher SP-Vertreter, der Berner Nationalrat Corrado Pardini, gibt auf die Frage, ob Keller-Sutter auf eine breite Unterstützung der SP zählen könne, zurück: «Vielleicht!»

Die SP-Frauen sind etwas konkreter. Vizepräsidentin und Ständerätin Géraldine Savary findet, mit Keller-Sutter könne man wenigstens zusammenarbeiten. Die Aargauer SP-Nationalrätin Yvonne Feri geht davon aus, dass die SP-Frauen Keller-Sutter unterstützen werden. Die Basler Ständerätin Anita Fetz, eine Politikerin, die schon einige solcher Übungen miterlebt hat, sagt: «Sie wird mehr SP-Unterstützung erhalten als vor acht Jahren.»

Vor acht Jahren, das war die Zeit, als die SP-Vertreter Keller-Sutter noch «Eiserne Lady» nannten. Zu rechts, zu sehr Hardlinerin im Asylbereich, kritisierten die Genossen und gaben dem behäbigen Berner Unternehmer Schneider-Ammann die Stimme. Einer, der damals in der SP-Parteispitze mitmischte, sagt heute: Ihre Rechtslastigkeit sei nicht das Problem gewesen. Schliesslich sei Johann Schneider-Ammann auch nicht gerade im Ruf gestanden, ein Linker zu sein. Die Parteispitze habe vielmehr befürchtet, die FDP ziehe aus der Wahl von Keller-Sutter elektorales Kapital.

Solche Ängste gibt es heute nicht mehr. Die SP könne es sich nicht mehr leisten, nach der aus ihrer Sicht verpatzten Burkhalter-Nachfolge ein weiteres Mal auf den falschen Kandidaten oder die falsche Kandidatin zu setzen, geben Genossen zu Protokoll, wenn man ihnen verspricht, sie damit nicht persönlich zu zitieren. Die SP-Spitze favorisierte bei der Burkhalter-Ersatzwahl 2017 den Genfer Staatsrat Pierre Maudet, gegen den Tessiner Kandidaten Ignazio Cassis feuerte man indes verdeckt und offen Breitseite um Breitseite ab. Aber Cassis wurde schliesslich mit den Stimmen der Rechten in den Bundesrat gewählt, und die SP hat seither beim Aussenminister nicht mehr viel zu bestellen. Hier wurzeln die teils gehässigen Attacken von SP-Präsident Levrat gegen Cassis. Bei der Ersatzwahl von Schneider-Ammann wollen es die Genossen besser machen und keinen Scherbenhaufen produzieren, der ihren Einfluss in der Landesregierung noch weiter schmälert.

Es läuft also nicht schlecht für Karin Keller-Sutter: Die Linken erwidern, vorläufig noch zaghaft im Hintergrund, ihre Avancen, die Frauen rühren vorne die Trommel für sie, und bald wird ihr auch die Rechte den Hof machen, aus den gleichen Motiven wie die Linke.

Wohin fliessen Bischofs Millionen?

Der Solothurner Ständerat Pirmin Bischof verwaltet als mächtiger Gewerkschaftssekretär hohe Summen. Über die Verwendung der Gelder ist ein Streit entbrannt. Kritiker sprechen von «Unregelmässigkeiten» und vermuten, dass die Beiträge teilweise zweckentfremdet worden sein könnten. *Von Philipp Gut*

Pirmin Bischof ist nicht nur Anwalt und mehrfacher Verwaltungsrat, nicht nur Solothurner Ständerat und möglicher Anwärter auf die Nachfolge von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, sondern auch Gewerkschaftssekretär und Herr über beträchtliche Einnahmen. Bischof steht nämlich in Diensten des Solothurnischen Staatspersonalverbandes, und dieser wiederum verfügt über ein in der Schweiz einzigartiges Gewicht: Solothurn ist der einzige Kanton, in dem ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Staatspersonal gilt. Dieser Vertrag erstreckt sich auf gegen 11 000 Personen – neben den Angestellten der Verwaltung und der Gerichte auch auf die Lehrer und das Spitalpersonal.

Für die Gewerkschaften ist dies ein lukratives Geschäft, denn alle dem Gesamtarbeitsvertrag unterstehenden Personen sind verpflichtet, einen sogenannten Solidaritätsbeitrag von fünf Franken im Monat zu bezahlen. So kommen jährlich deutlich über 600 000 Franken zusammen. Dieses Geld darf nicht frei verwendet werden, sondern es ist zweckgebunden: Es muss «im Rahmen der kollektiven Interessenvertretung» für das Ausarbeiten, Aushandeln, den Vollzug und die Weiterentwicklung des Gesamtarbeitsvertrages ausgegeben werden.

Nun mag man es an sich schon merkwürdig finden, dass das Staatspersonal einen GAV braucht, kann man doch davon ausgehen, dass sich der Staat als Arbeitgeber an seine eigenen Gesetze und Reglemente hält. Allerdings entspricht dies dem politischen Willen der Solothurner. Zu reden gibt jetzt aber die Verwendung der Gelder – in wenigen Jahren kommen schnell einmal mehrere Millionen Franken zusammen. Kam es gar zu Unregelmässigkeiten? Wurden die «Solidaritätsbeiträge» teilweise zweckentfremdet?

FDP einstimmig dafür

Diese Fragen werden in Solothurn derzeit politisch heiss diskutiert. Kantonsrat Rémy Wyssmann (SVP) reichte eine entsprechende Interpellation ein («Unregelmässigkeiten bei der Verwendung der Solidaritätsbeiträge»). Nicht nur Wyssmanns eigene Fraktion, sondern auch die der FDP votierte einstimmig für eine besondere Dringlichkeit des Geschäfts. Dies komme selten vor und sei ein starkes Indiz dafür, dass einiges im Argen liegen könnte, so Wyssmann. Der Regierungsrat sieht es anders: Es seien «keine Unregelmässigkeiten und Rechtswidrigkeiten festgestellt» worden, schreibt er in seiner Antwort.

Die Kritiker geben sich damit allerdings nicht zufrieden. Auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Parlaments befasst sich mit den Vorwürfen. Gemäss Recherchen der *Weltwoche* untersucht die GPK unter anderem, ob Gelder aus dem GAV-Topf widerrechtlich an Pensionskassen flossen, um Löcher zu stopfen. Kantonsrat Wyssmann hält das Controlling des Kantons für ungenügend. Die Hintergründe: Die Abgabe wird vom Staat eingezogen und an eine einfache Gesellschaft weitergeleitet. Fünf Personalverbände teilen dann den prall gefüllten Topf unter sich auf. Die staatliche Revision erstreckte sich allein auf die Buchhaltung dieser einfachen Gesellschaft und bleibe somit an der Oberfläche, moniert Wyssmann. Dies habe der damalige Sekretär des Kantonsrats bereits 2012 festgehalten.

Für Zunder sorgt weiter, dass die Gewerkschaftsmitglieder die «Solidaritätsabgabe» zurückerstattet bekommen. Dies im Gegensatz zu den übrigen Kantonsangestellten. Im Verbandssorgan *SO persönlich* verteidigt Pirmin Bischof diese Praxis. Die Nichtgewerkschafterkanzelt Bischof als «Trittbrettfahrer-Profiteure» ab. Hoppla. Besteht in der Schweiz und auch im Kanton Solothurn nicht Koalitionsfreiheit? Tatsächlich darf niemand gezwungen werden, einer Vereinigung beizutreten. Kantonsrat und Anwalt Wyssmann sieht diese Bestimmung als verletzt an. Indem die staatlichen Zwangs-

abgaben für die Subventionierung der Gewerkschaftsmitgliederbeiträge verwendet würden, zahlten faktisch alle Staatsangestellten an die Verbände. Und dies verstosse gegen die Koalitionsfreiheit. In der nächsten Parlamentssession soll die Debatte darüber weitergehen.

Die *Weltwoche* konfrontierte Pirmin Bischof mit den gegen ihn und den Staatspersonalverband erhobenen Vorwürfen und stellte ihm neun konkrete Fragen. Diese könne er «momentan nicht eingehend beantworten», schrieb Bischof mit Verweis auf Ständerats-Kommissionssitzungen in Bern. «Wie dem Regierungsrat sind mir keine Zweckentfremdungen bekannt», so Bischof. Die Rückerstattung der Zwangsabgabe an die Gewerkschaftsmitglieder sei «wegen der Trittbrettfahrerproblematik Standard» in den schweizerischen Gesamtarbeitsverträgen.

Ohne den laufenden Untersuchungen der Geschäftsprüfungskommission des Solothurner Kantonsrates vorzugreifen, kann man sich allerdings fragen, ob es die Gewerkschaften wirklich eine Zweidrittelmillion Franken kostet, einen bereits seit dem Jahr 2005 bestehenden Gesamtarbeitsvertrag «weiter zu verhandeln». Der dafür zur Verfügung stehende Betrag entspricht rund sechs gut-bezahlten Vollzeitstellen. Das scheint doch etwas viel für ein jeweils nur geringfügig anzupassendes Vertragswerk. ○



«Trittbrettfahrer-Profiteure»: CVP-Politiker Bischof.

Schäuble-Tag

Anders als die Schweizer feiern sich die Deutschen am Nationalfeiertag nicht selbst.

Die meisten Staaten feiern am Nationalfeiertag ihre Unabhängigkeit, Franzosen und Amerikaner eine Revolution und die Schweizer einen Aufstand. Nur die Deutschen begehen einen Verwaltungsakt: das Inkrafttreten der Gültigkeit des Grundgesetzes auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik am 3. Oktober 1990.

Kein Wunder, dass die Stimmung an diesem Festtag die Tristesse eines verregneten Sonntags ausstrahlt – unabhängig vom Wetter. Weder Fahnen noch Feuerwerk, und Festivitäten gibt es nur in der Hauptstadt des Bundeslandes, das in diesem Jahr die Feiern ausrichtet.

Radio und Fernsehen vermelden dennoch brav, dass «Politiker und Bürger» feiern – eine Wortwahl, die einen soeben aus der Schweiz heimgekehrten Deutschen erschreckt. Offensichtlich handelt es sich um zwei Spezies, wobei jene der Politiker höher steht, weil an erster Stelle genannt.

In der Schweiz hingegen feiern alle gemeinsam – mit mal besseren, mal weniger guten Reden, mit Cervelat, Fahنشwenken und Höhenfeuern. Man ist stolz auf die Eidgenossenschaft und damit auch auf sich selbst, weil die Schweiz eine Gemeinschaft all ihrer Bürger ist, inklusive der Politiker.

Wirklich Anlass zu Jubel und Stolz hätten die Deutschen am 9. November. An jenem Tag fiel 1989 in Berlin die Mauer. Doch Bonn verwarf diesen Feiertag – angeblich, weil an jenem Tag 51 Jahre zuvor Nazi-Mobs jüdische Geschäfte verwüsteten. In Wirklichkeit wollte man wohl nicht daran erinnern, dass der Akt der Befreiung nur vom ostdeutschen Teil des vereinten Volkes vollbracht worden war.

Natürlich eignet sich der November noch schlechter zum Grillieren als der Oktober. In diesem Punkt sind die Schweizer (und Franzosen oder Amerikaner) fein raus. Aber bei Deutschen käme auch im Sommer keine nationale Freude auf, solange man von ihnen verlangt, nicht ihre eigenen Leistungen zu feiern, sondern jene ihrer Politiker und Beamten.

Strenggenommen sollte man den 3. Oktober «Schäuble-Tag» nennen, nach Wolfgang Schäuble, der die Einigung damals pedantisch-bürokratisch abwickelte. In seiner Funktion als Parlamentspräsident hielt er diesmal die Festrede – und liess sich gleichsam selber hochleben. Wie passend.

Wolfgang Koydl

Geister, die er rief

Cédric Wermuth versteht sich als Feminist. Nun verhindert er die Ständeratskandidatur einer Frau. Nachdem er sich zunächst wortreich erklärt hat, will er jetzt nicht mehr darüber reden.



«Ändere, was dich stört»: Nationalrat Wermuth.

Der kolumbianische Philosoph Nicolás Gómez Dávila, der sich als reaktionär bezeichnete, notierte einmal: «Die Feministen sind lächerlich; die Anti-Feministen vulgär.» Es ist nicht bekannt, dass Cédric Wermuth sich intensiver mit Gómez Dávila beschäftigt hat. Aber als er vor zwei Jahren ankündigte, er werde nicht mehr an öffentlichen Diskussionsrunden ohne Frauen teilnehmen, schrieb er: «Das kann man jetzt lächerlich finden, bitte.» Er wird nicht gehaut haben, wie schallend das Gelächter einmal sein würde.

Wermuth versteht sich als Feminist. Als die Medien wieder einmal nach Personen suchten, die Christian Levrat als SP-Präsident nachfolgen könnten, sagte er: «Warum denken Journalisten offenbar nie an die Frauen in der Fraktion?» Und als er die Wahl von Ignazio Cassis in den Bundesrat resümierte, erklärte er: «Die Geschlechterfrage ist nur dann überwunden, wenn man sie nicht zum Auswahlkriterium macht. Ich hätte mir deshalb eine Frauen-Doppelkandidatur gewünscht, wie es die SP seit 25 Jahren macht.»

Jetzt hat Wermuth verhindert, dass die SP Aargau seine Nationalratskollegin Yvonne Feri zur Ständeratskandidatin machte – indem er sich selbst nominieren liess. Dass er dafür kritisiert wird, ärgert ihn: «Was mich an der aktuellen Debatte stört, ist, dass nur noch

die biologische Frage interessiert», sagte er im *Tages-Anzeiger*. «Ändere, was dich stört», hatte er als Jungsozialist einst gefordert, aber die alten Parolen gelten nicht mehr. Nachdem er seine Nomination zunächst wortreich kommentiert hat, will er sich nun nicht mehr dazu äussern: «Ich habe mich entschieden, *for the sake of the party* diese Nabelschau zu beenden», sagt er.

Wer nicht erklärt, wird erklärt – zum Beispiel von Frank A. Meyer im *Sonntagsblick*: «Die Genossen wählten den Mann. Und was für einen Mann! Feminist, wie es sich für Politiker links der Mitte ziemt: die Nöte der Frauen auf den Lippen, die Arbeitnehmerinnen im Herzen, den Kampf gegen Sexismus im Programm. Kein Handwerksbursche, ein Mundwerksbursche – ein Sozialdemokrat wie aus Facebook, im Twitter-Gewitter gestählt.»

«Normalfall in unseren Köpfen»

Als Wermuth vor zwei Jahren begründete, weshalb er nicht mehr nur mit Männern auf der Bühne sitzen wolle, schrieb er: «Sprache und Bilder prägen unsere Vorstellungen von Gesellschaft und Zusammenleben. Und wenn Politik von Männern gemacht wird, bleibt das Bild einer Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben, der Normalfall in unseren Köpfen. Das ist eine selbstverstärkende Spirale, die zu durchbrechen unsere gemeinsame Aufgabe ist.» Was aber tun?

Wermuth schrieb: «Das lösen wir nicht mit etwas Willen und wenn wir etwas netter sind zueinander. Trotzdem gibt es natürlich enormen Spielraum in unserem individuellen Verhalten – gerade auf der Seite der Privilegierten (das wären dann Männer, vor allem weisse).» Es sind Zeilen wie diese, die ihm Meyer um die Ohren schlägt.

Die Geschichte um seine Nomination lässt Wermuth nicht los. Das *Zofinger Tagblatt*, das an seinem Wohnort erscheint, lancierte bereits die verwegene Spekulation, es könnte sich der Brunner-Effekt wiederholen: dass ein Mann unter dem Druck der Partei auf eine Wahl oder Nomination verzichten muss. Und der *Sonntagsblick* berichtete vom «Gender-Krach bei den Genossen». Manche Linke mögen sich fragen: «Schadet Wermuth mit seiner Kandidatur dem feministischen Anliegen?»

«Die Parteigänger einer Sache sind in der Regel die besten Argumente gegen sie», schrieb Gómez Dávila. Aber er war ja auch ein Reaktionär. Erik Ebnetter

SVP-Richter verweigern Ausschaffungen

Ein «gemeingefährlicher» Afghane darf vorerst bleiben, ebenso ein türkischer Wiederholungstäter. Die erstaunliche Ausschaffungspraxis von Zürcher SVP- und FDP-Richtern.

Von Roman Zeller

«Sicherheit schaffen» wollte der Souverän und nahm die Ausschaffungsinitiative 2010 an. Die Bestimmungen brachten «deutlich strengere Regelungen» bei der Ausschaffung von straffälligen Ausländerinnen und Ausländern. Ein Delikt katalog definiert die obligatorische Landesverweisung. Hier kann das Gericht bei «persönlichen Härtefällen» die Ausschaffung nur verweigern, sofern die privaten Interessen für einen Verbleib in der Schweiz gewichtiger sind als das öffentliche Wegweisungsinteresse.

Zwei solche Härtefälle beurteilte jüngst das Zürcher Verwaltungsgericht: den ersten Ende Mai, als es über einen «erschreckend delinquenten» und «gemeingefährlichen» Afghane urteilte, der unbelehrbar, da wiederholt straffällig war (*Weltwoche* Nr. 33/18). Man staunt nicht schlecht bei der richterlichen Begründung: Die Integration des dauerkriminellen Afghanen wird als «gelungen» taxiert. Den zweiten Mitte Juli, da ging es um einen kriminellen Türken, der zwischen 2006 und 2015 Strafen anhäufte. Zweimal verwarnte ihn das Migrationsamt. Danach, im Jahre 2017, hat der Türke einem «Opfer von hinten mit beiden Händen einen Stoss gegen den Oberkörper versetzt, sodass dieses nach vorne gefallen, mit dem Oberkörper sowie dem Kopf gegen die Waggonseiten des einfahrenden Zugs geprallt, zu Fall gekommen, zwischen der Peronkante und dem einfahrenden Zug auf das Gleisschotter gefallen und dabei noch einige Meter vom Zug mitgeschleift worden ist». Alles in «völliger Schuldunfähigkeit»: Ein Gutachter diagnostizierte damals eine «chronisch paranoide Schizophrenie, psychische und Verhaltensstörungen durch Cannabinoide und Alkohol». Eine stationäre Massnahme wurde angeordnet.

Gleichwohl sei es «unverhältnismässig», die Niederlassungsbewilligung des Türken zu widerrufen, urteilt das Zürcher Verwaltungsgericht. Trotz des «hohen öffentlichen Fernhaltinteresses» würden die privaten Interessen des Türken überwiegen. Begründet wird der Entscheid erstens mit einem Therapieerfolg. Die Rückfallgefahr sei deutlich gesunken. Zweitens sei der betroffene Türke «Ausländer der zweiten Generation», habe folglich ein grosses Interesse an einem Verbleib in der Schweiz. Zudem habe er «keine leichte Kindheit bzw. Jugend» gehabt. In Kombination mit der psychischen Erkrankung sei daher «nachvollziehbar», dass es dem Delinquenten «schwergefallen ist, ein geordnetes Leben zu führen». Abschliessend



«Keine leichte Kindheit»: Richter Frei.

stellt das Verwaltungsgericht fest, dass der Türke gemäss seinen eigenen Angaben keinerlei Bezug zur Türkei habe.

Parteilpolitiker erstaunt

Gemäss kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetz wählt der Kantonsrat die Richter des Verwaltungsgerichts Zürich. Wie beurteilen die Kantonsräte die geschilderten Entscheide?

«Schade, wenn sich die Justiz versteckt», so Konrad Langhart, Kantonsrat und Präsident der kantonalen Zürcher SVP. Er sieht eine klare «Nichtumsetzung des Volkswillens»: Das sei ein klarer Ausschaffungsfall im Sinne der 2010 angenommenen Ausschaffungsinitiative. «Schwer verständlich» findet die beiden Urteile auch Hans-Jakob Boesch, Kantonsrat und Präsident der FDP des Kantons Zürich. Er sei zwar kein Jurist, aber die Justizkommission müsse dem auf den Grund gehen. Klarer positioniert sich Camille Lothe, Präsidentin der Jung-SVP des Kantons Zürich: «Immerhin setzte das Migrationsamt die Ausschaffungsinitiative um, entzog vorerst die Niederlassungsbewilligung. Die Richter stellten sich im Nachhinein



«Justiz versteckt sich»: Kantonsrat Langhart.

hingegen eindeutig gegen den Volksentscheid von 2010.»

Was aber für ein Gremium fällt die Gerichtsurteile am Verwaltungsgericht? Präsiert wird die Abteilung von SVP-Mann Andreas Frei. Flankiert wird er von einer weiteren SVP-Richterin sowie zwei FDP-Richtern. Sowohl Lothe als auch Langhart, denen die richterliche Parteizugehörigkeit unbekannt war, reagierten ungehalten: Diese Richter müsse man hinterfragen, so Lothe. Langhart fordert eine Erklärung gegenüber dem Volk. Ein erster Schritt in diese Richtung sei bereits erfolgt. Er habe im Juni 2018 eine Anfrage an den Regierungsrat betreffend der Ausschaffung krimineller Ausländer eingereicht und um Statistiken ersucht. Im Gegensatz zu den SVP-Politikern ist Davide Loss, SP-Kantonsrat und Jurist mit Spezialgebiet Migrationsrecht, über die Zusammensetzung des Gerichts im Klaren und kann die Urteile nachvollziehen, ohne die zwei Dossiers im Detail zu kennen: «Die grundsätzlich strenge Abteilung ist zum Schluss gekommen, dass für die Zukunft keine Gefahr der Betroffenen ausgehe.»

Die *Weltwoche* kontaktierte das Zürcher Verwaltungsgericht. Urteilerläuterungen erfolgten nicht, so die Medienstelle. Die Richter entschieden unabhängig von der Parteizugehörigkeit und einzelfallspezifisch, so das Gericht. Bei den zitierten Urteilen handle es sich um seltene Grenzfälle. Den Richtern aufgrund spezifischer Urteile mit der Nichtwiederwahl zu drohen, sei nicht zielführend, meint FDP-Präsident Hans-Jakob Boesch. SP-Politiker Davide Loss findet eine transparente Justiz wichtig: «Ich wünsche mir eine offensivere Medienarbeit der Gerichte.» Das Staunen geht weiter. ○



Licht ins Dunkel: Chirurg Zweifel.

Fallzahl-Guillotine

Spitäler sollen nur noch Operateure mit einer Mindestzahl von Fällen beschäftigen. Mit dieser Vorschrift will der Kanton Zürich Qualität sicherstellen. Fachleute vermuten, dass eher das Gegenteil passieren wird. Von Beat Gygi und Nathan Beck (Bild)

Spitäler im Kanton Zürich sollen nur noch gute Chirurgen beschäftigen dürfen. Vor Tagen hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, die Regierung des Kantons Zürich sei im Recht, wenn sie den Kantonslisten-Spitälern ab Anfang 2019 vorschreibe, bei Operationen dürften sie nur noch Ärztinnen und Ärzte einsetzen, die pro Jahr auf eine bestimmte Mindestzahl von Fällen kommen. Diese Auflage gilt für sechs Bereiche in der Gynäkologie, der Chirurgie des Bewegungsapparates und der Urologie. Verpasst ein Chirurg in einem Jahr die Zahl um drei oder vier Operationen, ist er in diesem Spital weg vom Fenster. Es war das Spital Bülach, das beim Bundesverwaltungsgericht gegen diese neue Vorschrift klagte und nun unterlegen ist. Weitere ähnliche Klagen gegen die Massnahmen des Zürcher Regierungsrats Thomas Heiniger (FDP) sind unterwegs.

Nur noch gute Chirurgen im Spital arbeiten lassen – das ist doch ein weiterer Schritt in Richtung Qualitätssicherung im Gesundheitswesen, mag man auf den ersten Blick denken. Nein, im Grunde ist es umgekehrt, nämlich ein weiterer Schritt weg von einem System, in dem die Qualität der Spitalleistungen wichtig ist, gemessen und honoriert wird. Dies ist die Einschätzung von Karl Zweifel, Arzt für Wirbelsäulenchirurgie an der Zürcher Privatklinik Bethanien. Er hält die Mindestfallzahl als starre Vorschrift für unsinnig, weil sie von den tatsächlichen Problemen bei der Qualitätsmessung und von der mangelhaften Datenlage ablenke. «Mit einer groben Zahl allein lässt sich nicht erfassen, wer gut ist im Operieren und wer nicht», meint er im Gespräch.

Moment, im Gesundheitswesen ist doch die Faustregel weitherum anerkannt, dass Spitä-

ler mit vielen gleichen Fällen pro Jahr im Durchschnitt besser abschneiden als Institute mit weniger Routine, nach dem Motto: «Übung macht den Meister». Klar, der Tendenz nach sei das der Fall, meint Zweifel, aber als bürokratische Entscheidungsregel sei sie eben widersinnig. «Das Können eines Chirurgen hängt stark von der Person ab. Einige können es einfach besser als andere – es gibt auch hohe Fallzahlen bei Wirbelsäulen, die mittelmässig bis schlecht operiert wurden, da hatten grosse Zahlen viele Schmerzen zur Folge.» Alle Erfahrungen deuteten darauf hin, dass ein Chirurg eine gründlich erlernte Fertigkeit nicht so rasch verliere, das sogenannte prozedurale Gedächtnis Sorge dafür, dass Handgriffe und Vorgehensweisen des Operierens wie ein Programm im Hirn abgespeichert und immer wieder abrufbar seien. Zudem sei die

Mund-zu-Mund-Propaganda immer ein ziemlich zuverlässiger Indikator für die Qualität eines Arztes, zuverlässiger jedenfalls als eine bürokratische Vorschrift.

Auch in anderer Hinsicht sei die Mindestfallzahl absurd: Wenn etwa ein renommierter Gefässchirurg an verschiedenen Spitälern in der Schweiz operiere, könne es durchaus sein, dass er an einem Regionalspital in einem Jahr einmal nur neun statt der geforderten zehn Operationen vornehme – damit sei dann der Leistungsauftrag wegen Unterschreiten der Soll-Marke verloren, obwohl der Chirurg in zahlreichen weiteren Krankenhäusern engagiert sei und insgesamt auf eine viel höhere Fallzahl komme. Zweifel findet es erschreckend, dass das Bundesverwaltungsgericht durch seinen Entscheid dem Kanton nun eine derart primitive Fallzahl-Guillotine zur Steuerung der Spitäler auf der Zürcher Liste in die Hand gibt.

Das strahle weit über den Kanton hinaus: Mit oberflächlichen Massnahmen zur Qualitätssicherung werde vermieden, dass man sich ernsthaft mit dem Problem auseinandersetzen müsse, dass in der Medizin die Qualität nach wie vor weitgehend im Dunkeln liege. Nach dem Gerichtsentscheid könne man jetzt einfach mit einem Kreuz beim Kästchen «genug Fälle pro Jahr» die Illusion erzeugen, die Qualität sei in Ordnung.

Bezahlen anders regeln

Stefan Felder, Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel, verweist im Zusammenhang mit dem Ermitteln der Qualität auf ein anderes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. In einem Entscheid von 2016 hatten die Richter dargelegt, die Tarife der Spitäler müssten sich grundsätzlich an den Kosten orientieren und einer guten Effizienz entsprechen. Und was ist mit der Qualität? Darf man hohe Qualität der Gesundheitsleistung honorieren? Nein, sagte das Gericht, in der Allgemeinversicherung dürfe es keine Tariffifferenzierung aufgrund der Qualität geben. Damit, so Felder, werde einfach angenommen, dass die Qualität normal und in Ordnung sei.

Man kann auch sagen: Qualität scheidet als Wettbewerbsmerkmal aus, ist unwichtig.

Zweifel verweist auf seine eigenen Erfahrungen mit dem Erheben, Aufarbeiten und Diskutieren von Daten. Vor rund zwanzig Jahren hätten er und einige Kollegen begonnen, über die von ihnen bearbeiteten Fälle auf dem Gebiet der Wirbelsäulenbehandlung syste-

matisch Daten zu sammeln. Sie hätten die Daten aufbereitet und in ihrem Fachgebiet Diskussionen über den Vergleich von Vorgehensweisen und Ergebnissen in Gang zu bringen versucht – aber das Interesse von Kollegen sei sehr flau gewesen. Dies ziehe sich durch den ganzen Medizinsektor, die Neigung, allzu viel Licht ins Dunkel zu bringen, indem Erfolgszahlen einzelner Spitäler veröffentlicht würden, sei gering. Er kritisiert in dieser Hinsicht auch Ärzteverbände; es sei ein geistiges Armutszeugnis, dass diese die Ausarbeitung fehlender Qualitätskriterien nicht an die Hand nähmen.

Schliesslich sei das elektronische Patientendossier mit algorithmischer Datenauswertung doch in allen wichtigen Bereichen verfügbar und bestens geeignet als Grundlage, um auch die Patienten endlich mit den nötigen Informationen zu versorgen, damit sie ihre Wahl treffen könnten. Was sollen Patienten denn gross wählen ausser dem Arzt? Man ist doch entweder krank, dann ist eine bestimmte Behandlung oder Operation nötig, oder man ist gesund und muss nicht zum Arzt. «Das ist ein falsches Bild von der Wirklichkeit», meint Zweifel. «Im ambulanten Teil, bei Besuchen in Arztpraxen, ist der grössere Teil nicht wirklich notwendig, sondern mehr oder weniger ein Konsum, den man sich einfach mal leistet, weil das System das bezahlt.»

Wer unsinnige Gesundheitsleistungen und Kosten vermeiden will, muss seiner Meinung nach das Bezahlen anders regeln und die Patienten viel mehr selber über die Verwendung

des Geldes entscheiden lassen. Ein Weg besteht darin, den ursprünglichen Ansatz des Krankenversicherungsgesetzes wirklich ernst zu nehmen und den Grundleistungskatalog auf die wichtigen Behandlungen, Operationen, Medikamente und Hilfsmittel zu beschränken – so wie es einmal gedacht war. Zweifel ist klar, dass die chronisch auf Umverteilung bedachten Politiker eine derartige Reduktion des Angebots in der Grundversicherung nie zustande bringen werden, deshalb müssten die Krankenkassen handeln und eine viel breitere Auswahl von Verträgen anbieten: vom

mageren Sparmodell nach dem Motto «OKP-budget» – die HMO-Regelung lässt dies zu – bis zur üppigen Zusatzversicherung.

Einfallreichum ist gefragt

Aufsehererregend ist Zweifels Vorschlag zu einer speziellen Patientenverfügung vor dem Tod. Nach allen Erfahrungen fallen gut zwei

Drittel der persönlichen Gesundheitskosten in den letzten Monaten des Lebens beziehungsweise in der Sterbephase an. Wer das Geld für dieses teure Ende lieber anders verwendet sähe, soll vertraglich vereinbaren können, dass er auf diese Leistungen verzichtet und dafür prämiemässig entsprechend entlastet wird. Klar, es brauchte auch den entsprechenden Einfallreichum der Versicherer, aber mit einer stark erweiterten Palette von Verträgen bekäme der Kunde nach dem Motto «Wer zahlt, befiehlt» die Gewalt über sein Geld wieder in die Hand.

Heute dagegen behaupte der kantonale Gesundheitsdirektor, er bezahle, und deshalb wolle er auch befehlen – völlig dreist, denn letztlich stamme alles Geld von den Prämien- und Steuerzahlern. «Der Kanton verkörpert die geballte Macht von Exekutive, Legislative und Judikative in Personalunion. Er ist Spitalbetreiber, Mitkonkurrent, Finanzierer, Spitalplaner, Listenplatzvergeber, dazu noch Aufsichts-, Tarif- und Entscheidungsinstanz», kritisiert Zweifel. Und das Ergebnis? «Staatliche Betriebe werden endlos subventioniert, auch wenn sie schlecht arbeiten», meint er. Da würden verlustreiche Staatsspitäler teuer gestützt, während man gleichzeitig an eine Strafsteuer gegen rentable private Kliniken denke, zum Wohl der Verwaltung, nicht der Patienten. ○



Der Gesundheitsdirektor behaupte heute, er zahle, und deshalb wolle er auch befehlen.

praktikus.ch
innovativ | cool | praktisch



**CHF 20.-
geschenkt**

www.praktikus.ch

Gutscheincode: S80

Sie erhalten Fr. 20.- geschenkt,
bei einer Online-Bestellung ab Fr. 100.-
Nicht kumulierbar, keine Barauszahlung,
1 Gutschein pro Person
Gültig bis 15. Dezember 2018

„Gut zu wissen,
wo Inhalt gleich
Nutzen ist.“

Bruno H., Beobachter-Abonnent

Warum Beobachter-Abonnenten die spannenden Reportagen und Geschichten aus dem wahren Leben so schätzen? Vielleicht liegt es am direkten Nutzwert durch Tipps, Ratschläge und Hilfestellungen, der ihnen mit dem Inhalt jeder Ausgabe und darüber hinaus ins Haus geliefert wird. Nützliches sollte man haben. Mehr zum Abo, mehr zu allen anderen Vorteilen auf shop.beobachter.ch/abos

Wissen hilft.

Beobachter

Zuger Kitsch

Das Problem ist nicht, dass der Zuger Regierungsrat Beat Villiger (CVP) ein aussereheliches Kind und ein Strafverfahren verheimlicht hat. Sondern dass er damit von einem gravierenden Verdacht ablenkt. *Von Alex Baur*

Es war ein eigentümlicher Wahlsonntag. Zehn Tage vor dem Urnengang machte das Online-Magazin *Republik* ein Strafverfahren gegen den Zuger Justiz- und Polizeidirektor Beat Villiger publik. Das Delikt: «Überlassen eines Motorfahrzeuges an eine Person, welche nicht im Besitz des erforderlichen Führerscheins ist». Eine Bagatelle, wie man meinen würde, zumal das Verfahren im letzten Februar eingestellt wurde. Am Wahltag dann Villigers Geständnis via *Sonntagsblick*: Die Frau am Steuer war seine 31 Jahre jüngere Ex-Geliebte, Mutter einer unehelichen Tochter von ihm.

Treffen mit dem Journalisten

Die späte Beichte irritiert. Die Schweiz ist nicht Amerika. Das Stimmvolk reagiert allergisch auf Schlammschlachten. Enthüllungen aus dem Privatleben der Politiker sind tabu, sie führen eher zu einer Solidarisierung mit einem Kandidaten. Und wenn das Strafverfahren eingestellt wurde, dann ist Beat Villiger unschuldig. Punkt. Wir leben in einem Rechtsstaat. Gut möglich, dass der Wirbel Villigers Resultat eher verbesserte. Die meisten hatten ihren Wahlzettel allerdings sowie so längst deponiert.

Tatsächlich geht es hier nicht bloss um private Fehlritte. Das Problem liegt nicht bei einer heimlichen Liebschaft mit Folgen und auch nicht bei der fahrlässigen Aushändigung eines Autoschlüssels. Sondern bei der Art und Weise, mit der sich Villiger aus der für ihn offenbar hochnotpeinlichen Affäre zu winden versuchte – zuerst gegenüber der Staatsanwaltschaft und später in den Medien. Es ist auch nicht so, dass sich ein vom Gewissen gepeinigter Sünder zu einer späten Beichte durchrang. Er gab das rührselige Stück schon früher zum Besten – allerdings nur, wenn und soweit es ihm gerade nützte.

Carlos Hanimann von der *Republik* bekam bereits Mitte August einen Hinweis auf das Luzerner Verfahren. Ende August gewährte ihm die Staatsanwaltschaft Akteneinsicht. Sie informierte Villiger über die Offenlegung. Villiger meldete sich umgehend beim Journalisten und bekniete diesen, auf eine Publikation zu verzichten. Es kam zu mehreren Treffen, wobei ihm Hanimann zusicherte, dass er alles Private weglassen würde. Er gilt nicht als Rechercheur, der seinen Ruf mit Bettgeschichten bekleckert. Ihn interessierte etwas ganz anderes: Das Strafverfahren lief



«Schriftliche Lüge»: CVP-Politiker Villiger.

auch unter dem Titel «Urkundenfälschung». Und das ist doch ein Verdacht, der einen Justiz- und Polizeidirektor zumindest zu Rechenschaft verpflichtet, selbst wenn das Verfahren eingestellt wurde.

Am 29. Juli 2017 war Beat Villigers Ex-Liebhaberin, die ihren Ausweis bereits 2009 verloren hatte, in eine Polizeikontrolle geraten – und zwar zum dritten Mal innerhalb von drei Monaten. Doch diesmal fuhr sie Villigers Auto. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte sich der Regierungsrat zwei Tage zuvor bei der Polizei erkundigt, ob die Frau einen Ausweis habe. Diese verweigerte formell eine Auskunft, teilte ihm aber mit, er solle den Fahrzeugschlüssel «möglichst schnell wieder zurückverlangen». Das tat Villiger aber nicht. Er liess sich von der Frau stattdessen eine schriftliche Erklärung ausstellen, wonach sie über einen Führerschein verfüge.

Unschön, aber nicht strafbar

Im November 2017 geriet die 29-jährige Frau erneut mit dem Auto in eine Kontrolle, das nach wie vor auf Villigers Namen eingelöst war. Doch diesmal zeigte sie der Polizei einen Vertrag, gemäss dem der Regierungsrat ihr das Auto bereits im Mai verkauft habe. Sie nahm damit alle Schuld auf sich. Doch die Polizisten glaubten ihr nicht. Warum verlangte Villiger

am 28. Juli die schriftliche Bestätigung von ihr, wenn sie ja gar nicht sein Auto fuhr, sondern ihr eigenes? Wenn er ihr das Auto bereits im Mai verkauft hatte – warum verschwieg er das in der Einvernahme nach dem Vorfall vom 29. Juli? Das Ganze stinkt zum Himmel.

Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren trotzdem ein mit der Begründung, der nicht vollzogene Kaufvertrag sei höchstens eine «schriftliche Lüge» – unschön, aber nicht strafbar. Man kann sich fragen, ob sie auch so verständnisvoll entschieden hätte, wenn es nicht um Beat Villiger, sondern um Beton Vilicevic gegangen wäre.

Plötzlich meldet sich die Anwältin

Die Ex-Geliebte mit der inzwischen sechsjährigen Tochter ist sicher keine pflegeleichte Dame, sie hat dem Vernehmen nach noch ein paar andere, gravierende Probleme. Beat Villiger war sicher nicht zu beneiden, und das hielt wohl Hanimann drei Wochen lang davon ab, die Geschichte zu publizieren. Unter Tränen versprach ihm der Regierungsrat, entlastende Dokumente zu liefern, die aber nie eintrafen.

Der September neigte sich seinem Ende entgegen, als Hanimann Villiger eine letzte Frist zur Stellungnahme einräumte. An des-

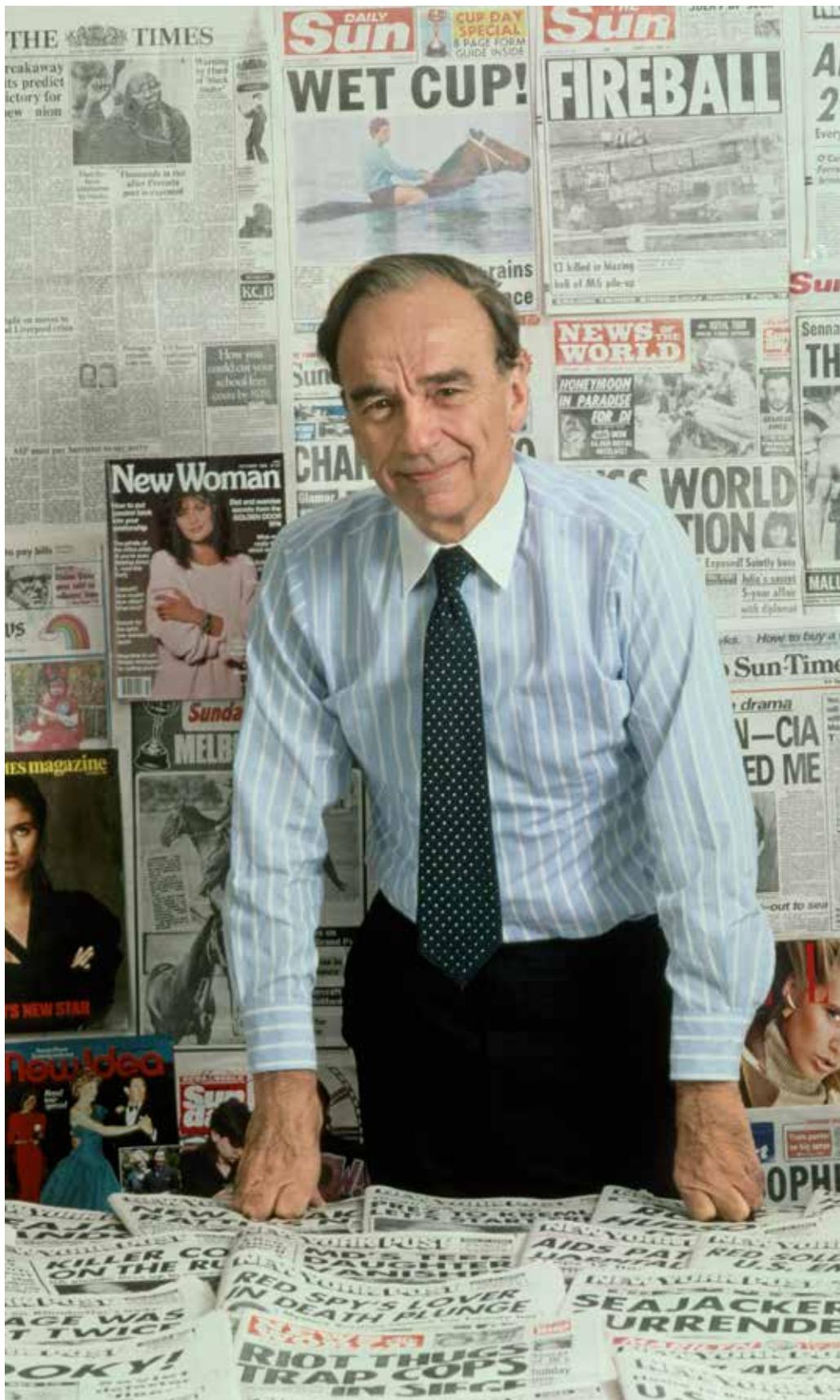
Er gab das rührselige Stück schon früher zum Besten – allerdings nur, wenn es ihm gerade nützte.

sen Stelle antwortete überraschend die Medienanwältin Rena Zulauf. Mit einer super-provisorischen gerichtlichen Verfügung bewirkte sie, dass die *Republik* nicht über die privaten Verstrickungen und den Verdacht auf Urkundenfälschung berichten durfte.

Journalist Hanimann hielt sich an die Zensur und brachte das Verfahren wegen Urkundenfälschung in einem stark abgeschwächten Bericht nicht zur Sprache. Auf die Ausbreitung des libidinösen Doppellebens eines Regierungsrates hätte er, wie er diesem zuvor schriftlich zugesichert hatte, aus freien Stücken verzichtet. Im *Sonntagsblick*-Interview behauptete Villiger trotzdem, er habe mit dem richterlichen Schreibverbot bloss seine Familie und seine Ex-Liebhaberin schützen wollen. Tatsächlich war es Beat Villiger selber, der seine privaten Verhältnisse via Boulevard offenbarte. ○

Der alte Löwe der News

Rupert Murdoch ist zum Verleger des letzten Jahrhunderts geworden, weil er wie kein anderer ein Flair für politischen und zugleich populären Journalismus hatte. Und immer noch hat. Von Kurt W. Zimmermann



Sensorium für die Volksseele: Verleger Murdoch bei der New York Post, 1985.

Rupert Murdoch trug, wie so oft und gern, Reinen dunkelblauen Nadelstreifenanzug mit grauer Krawatte. An diesem Sommertag 2011 sass er in einem Sessel in der Luxussuite des Hotels «One Aldwych» im Zentrum von London.

Murdoch, den sie in Grosbritannien nur den «media mogul» nannten, sass vornübergebeugt auf seinem Stuhl. Er stützte den Kopf in seine beiden Hände. «Es tut mir leid», sagte er schliesslich, «es tut mir so leid, das hätte nie geschehen dürfen.»

Gegenüber von Murdoch sassen der Vater, die Mutter und die Schwester von Milly Dowler. Der Fall der dreizehnjährigen Milly Dowler hatte im März 2002 das ganze Land erschüttert. Nach der Schule ging das Mädchen zum Bahnhof und wurde nie mehr gesehen. Ein halbes Jahr später fand man die Überreste des missbrauchten Kindes in einem Wald. Erst im Juni 2011 wurde ihr Mörder verurteilt.

Zehn Tage nach dem Urteil wurde daraus der grösste Medienskandal, den das Königreich je gesehen hatte. Mitarbeiter von Rupert Murdochs Sonntagsblatt *News of the World*, so hatte Scotland Yard ermittelt, hatten sich 2002 den Handy-Code des ermordeten Mädchens beschafft. In den Tagen nach Milly Dowlers Verschwinden hörten sie regelmässig ihre Voice-mail ab, etwa die verzweifelten Versuche ihrer Familie, am Telefon mit der verschwundenen Tochter Kontakt aufzunehmen.

«EU Dirty Rats»

Manche Mitteilungen wurden von der Redaktion der *News of the World* nach dem Abhören gelöscht. Die Eltern hofften darum, dies könnte ihre Tochter sein, die noch am Leben sei.

Das Telefon eines ermordeten Mädchens zu hacken! Auch für die Briten, das hartgesottenste Volk im Umgang mit Boulevardmethoden, war damit die rote Linie überschritten.

Murdoch stellte seine *News of the World* wenige Tage später ein. Sie war das erste Blatt, das er 1968 in Europa gekauft hatte. «Thank You and Goodbye» stand auf der letzten Titelseite.

Murdoch war seitdem in Grossbritannien ethisch unten durch. Er war es erst recht, als in der Folge bekannt wurde, dass die Journalisten seiner *News of the World* Hunderte von Telefonen geknackt und die Voicemails abgehört hatten. Prinz William und Prinz Harry waren darunter, Hugh Grant, Angelina Jolie, J. K. Rowling, Boris Johnson und Wayne Rooney. Oft hatten die Journalisten es sich zunutze gemacht, dass ihre

Opfer als PIN-Code simple Zahlenfolgen wie 1234 oder ihr Geburtsdatum verwendet hatten.

Was Murdoch schlimmer traf: Er war in Grossbritannien auch geschäftlich unten durch. Das britische Parlament blockierte per sofort seine so gut wie abgeschlossene Übernahme der Pay-TV-Sendergruppe Sky, an der Murdoch bereits 39 Prozent hielt. Er hatte für den Rest über 10 Milliarden Franken geboten. «No Sir», sagte nun die Politik.

Sieben Jahre wartete Murdoch, inzwischen 87 Jahre alt, in Grossbritannien seitdem auf seine Rehabilitation. Er kam seltener nach London als früher und lebte meist in New York. Neue Geschäfte ging er in England nicht mehr an.

Auch politisch hielt er sich mehr zurück als zu seinen aggressiven Zeiten, als er mit seiner *Sun*, dem grössten Tabloid der Insel, massive Kampagnen für seine politischen Freunde fuhr, mitunter flankiert von seinen seriösen Titeln *Times* und *Sunday Times*. Den Labour-Politiker Tony Blair schrieb Murdoch fast im Alleingang ins Amt des Premierministers, dann schwenkte er zu den Konservativen über und inszenierte die ebenso erfolgreiche Wahl von deren Premierminister David Cameron.

Murdoch war nach seinem Abhörskandal in England seitdem zwar weniger sichtbar, aber natürlich war der mächtigste Medienmann der Insel nicht plötzlich hinter der Kulisse verschwunden. Als Camerons neugewählte Nachfolgerin Theresa May im September 2016 erstmals die USA besuchte, stand ihr ein hektisches 36-Stunden-Programm bevor. Die knappe Zeit reichte dennoch für ein privates Treffen mit Rupert Murdoch.

May wusste schon, warum. Kurz zuvor hatte sich Murdochs *Sun* mit einer heftigen Kampagne für den Brexit eingesetzt. «Beleave in Britain» war vor der Abstimmung die letzte Schlagzeile des für seine Wortspiele bekannten Blatts. «See EU Later» war die Headline nach dem gewonnenen Brexit-Referendum.

Auch seitdem ist man voll auf Hardliner-Kurs. Als vor drei Wochen Theresa May am Salzburg-Gipfel bei den Mitgliedstaaten ins Leere lief, war die *Sun* erneut mit einer knalligen Titelzeile zur Stelle: «EU Dirty Rats».

Murdoch wartete also auf seine Rehabilitation. Sie kam im Juli 2018. Die Rehabilitation sollte, Ironie einer Verlegergeschichte, dann zur wohl grössten Niederlage in Murdochs Leben führen.

Die Pay-TV-Gruppe Sky, inzwischen ein Unterhaltungskonzern mit fünfzehn Sendern, stand in diesem Sommer erneut zum Verkauf. Murdoch hielt noch immer seine 39 Prozent am börsenkotierten Unternehmen.



Rupert Murdoch (M.), Söhne Lachlan (l.) und James.

Murdoch brauchte, um Sky gänzlich übernehmen zu können, die Genehmigung der britischen Regierung. Im letzten Juli bekam er sie endlich. Der Weg für Murdoch sei nun frei, sagte Kulturminister Matt Hancock. Rupert Murdoch war 87-jährig definitiv zurück im Geschäft.

Murdoch bot 34 Milliarden Franken für Sky. Er tat es über sein US-Unternehmen 21st Century Fox, den amerikanischen Film- und Kino-Konzern, zu dem auch die TV-Gruppe der Fox-Kanäle gehört.

Doch nun schaltete sich der US-amerikanischen Koloss Comcast ein, der grösste Kabelbetreiber der Welt und Besitzer des TV- und Filmkonzerns NBC Universal, der weiter ins Inhaltsgeschäft mit Nachrichten, Unterhaltung und Sport vordringen will. Comcast bot 37,5 Milliarden für Sky.

Und was tat nun Murdoch? Er tat nichts. Er erhöhte sein Angebot nicht. Am vorletzten Wochenende im September 2018 war Sky an Comcast verkauft. Dreissig Jahre lang hatte Murdoch verbissen versucht, Sky in Besitz zu nehmen, immer und immer wieder. Nun fügte er sich widerstandslos in die Niederlage. Wenige Tage später verkaufte er auch seine eigenen verbliebenen Sky-Anteile an den Sieger Comcast, für rund 15 Milliarden Franken.

Alle fragten sich: Was ist bloss in den Alten gefahren? Als erste, schnelle Antwort kann man sagen: Der Alte wird wieder der Alte.

Um zu verstehen, was mit dem Alten neuerdings los ist, muss man die Geschichte Murdochs kurz aufrollen. Es ist die Geschichte eines Zeitungsmanns mit einem unglaublichen Gespür für News, Trends und Timing.

News ohne Grenzen

Murdoch ist aus einem einfachen Grund der bedeutsamste Verleger seit dem Zweiten Weltkrieg geworden. Er wurde es, weil er zeit seines Lebens der Journalist mit der Journalistennase geblieben ist, als der er in Australiens Provinz einmal begonnen hatte.

Wenn irgendwo eine Story heiss läuft, telefoniert er bis heute oft mehrmals am Tag mit seinen Chefredaktoren. Wenn er in seinen Redaktionen aufkreuzt, und das tut er gern, will er die Schlagzeilen lesen und die Aufmacherbilder sehen, mitunter schreibt er dann die Texte eigenhändig um und tauscht die Fotos aus. Bis heute gehört seine grosse Liebe seinen Boulevardzeitungen wie der *Sun* und der *New York Post*, weil die sich jeden Tag an der harten Rampe des Kioskverkaufs bewähren müssen.

Murdochs Definition von Journalismus ist eine konzentrierte Reduktion auf News ohne Grenzen. Er sagt: «Alles, was die Öffentlichkeit interessiert, ist von öffentlichem Interesse.»

Leitende Journalisten von Murdochs Zeitungen erzählen übereinstimmend, dass es für sie kein allzu schwieriger Job gewesen sei, ein erfolgreiches Blatt zu machen. Ken Chandler, der Ex-Chefredaktor von Murdochs *New York Post*, sagte es so: «Wir versuchten einfach, jeden Tag eine Zeitung zu machen, die Rupert gefällt.»

Was Rupert gefiel, da konnte man sicher sein, gefiel auch dem Publikum. Murdoch liebte heftige politische Debatten, fetzige People-Stories, gepushten Crime und Sport. Insofern passte das Debakel bei *News of the World* durchaus ins

Alle fragten sich: Was ist bloss in den Alten gefahren? Antwort: Der Alte wird wieder der Alte.

Muster. Die Redaktion, geführt von der überehrgeizigen Chefredaktorin Rebekah Brooks, überdrehte die publizistischen Vorgaben ihres Besitzers dann in selbstmörderischer Weise.

Murdoch begann bei der Tageszeitung *The News* in Adelaide im Südwesten Australiens, bei der sein Vater, ein früherer Reporter des Blatts, eine Mehrheitsbeteiligung hatte übernehmen können. Nach dem Tod des Vaters im Jahre 1954 kehrte Murdoch aus Oxford zurück, wo er Philosophie und Politik studiert hatte. Als er das Blatt erbte, hatte es eine Auflage von 106 000. Als Erstes musste er das Haus seiner Familie verkaufen, um die Schulden für die Zeitung zu decken.

Murdoch gründete in seinem Leben nur eine einzige Tageszeitung: *The Australian*, genannt «The Oz», den ersten und einzigen landesweiten Titel seines Kontinents, der schnell zum politischen Leitmedium wurde. Murdochs starke Disziplin war vielmehr die Akquisition. Er kaufte Zeitungen wie am Fliessband, verschuldete sich dafür bis zum Hals, doch stets wiederholte sich derselbe Effekt: Nach dem Kauf wurden die Zeitungen deutlich besser. Meistens wurden sie auch politischer. >>>

In kurzer Zeit expandierte er erst aus dem beschaulichen Adelaide nach Perth und Sydney. Ende der sechziger Jahre wagte er erstmals den Sprung über die Ozeane. In Grossbritannien kaufte er *News of the World* und *The Sun*, ein Jahrzehnt später *The Times* und *The Sunday Times*. In den USA übernahm er zeitgleich den *San Antonio Express*, die *New York Post* und später den *Boston Herald*.

Murdoch war ein Meister darin, seine gekauften Blätter neu und marktgerecht zu positionieren. Als er beispielsweise die *Sun* übernahm, war sie eine Zeitung im Grossformat, welche die aufstrebende untere Mittelschicht ansprechen wollte und sich politisch nicht exponierte. Murdoch wechselte auf das Tabloid-Format und setzte auf einen Mix von Sport, Klatsch, Affären und aggressiven Polit-Storys, wie sie das britische Establishment bis dahin nicht gewohnt gewesen war. Die Auflage explodierte von 850 000 auf 4,3 Millionen.

Ebenso erfolgreich war Murdoch bei der *Times*. Als er das elitäre Blatt 1981 übernahm, war es auf stramm konservativem Kurs und ein Sprachrohr der Tories. Murdoch machte aus dem Parteiblatt ein Debattenblatt, holte Kolumnisten und Kommentatoren, die auch linksliberale Positionen vertraten, und öffnete sich damit auch gegenüber der Labour-Partei. In einem Jahrzehnt verdreifachte sich die Auflage nahezu.

Die Geschichte wiederholte sich 2008, als Murdoch Dow Jones & Company mit ihrem *Wall Street Journal (WSJ)* kaufte. Dieses Denkmal des kapitalistischen Wirtschaftsjournalismus, war unter all seinen Zeitungskäufen das «Kronjuwel», wie er es einmal nannte. Als Murdoch das Blatt übernahm, erschienen manche Redaktoren aus Protest statt am Morgen erst um 14 Uhr zur Arbeit: ein ziemlich journalistischer Lifestyle-Protest.

Murdoch bewies auch beim *WSJ* sein strategisches Geschick. Er verstärkte den politischen Teil des Blattes, das sich zuvor einseitig auf Business und Börse konzentriert hatte, und holte dazu eine Vielzahl renommierter Polit-Journalisten auf die Redaktion. In den ersten drei Jahren nach Murdoch fiel der Anteil der Titelstories aus dem Businessbereich um 30 Prozent, entsprechend stieg der Anteil von Aufmachern aus Aussen- und Innenpolitik.

«Der Stoff, aus dem Legenden sind»

Das *Wall Street Journal* ist dadurch heute, neben der *New York Times* und der *Washington Post*, zur dritten gewichtigen Stimme der politischen US-Agenda geworden. Auch die ehemaligen Murdoch-Skeptiker auf der Redaktion sagen inzwischen, dass der Verleger damit die Zeitung einen grossen Schritt vorwärtsgebracht habe.

«Unser Unternehmen ist aus dem Stoff, aus dem die Legenden sind», sagte Murdoch einmal an einer Aktionärsversammlung. Das war zwar etwas unbescheiden, aber keine schlechte

Zusammenfassung einer einzigartigen Erfolgsgeschichte.

Murdoch, der alte Mann mit dem jungen Journalistenherzen, hatte zeit seines Lebens ein untrügliches Gespür für gesellschaftliche Veränderungen und Plattenverschiebungen. Er ist bis heute so etwas wie ein soziologisches Früherkennungssystem geblieben.

In Australien war er so erfolgreich, weil er erkannte, dass dieses riesige Land eine nationale Klammer brauchte, die er dann publizistisch bereitstellte. In Grossbritannien erspürte er, dass nach achtzehn Jahren konservativer Regierung ein Wechsel nötig war, und deshalb unterstützte er den linken Tony Blair. Den Brexit sah er später ebenso kommen und unter-

Murdochs Imperium

Die wichtigsten Unternehmen von Rupert Murdoch

— **Europa:** in Grossbritannien die grösste Boulevardzeitung *The Sun*, die führende Tageszeitung *The Times* und *The Times on Sunday*, Sky Television UK (soeben verkauft), Sky Italia, Sky Deutschland, rund ein Dutzend Radiostationen in Irland und Grossbritannien, darunter Virgin Radio

— **USA:** *Wall Street Journal*, *New York Post*, Dow Jones News, Harper-Collins-Buchverlag, Fox-TV, 21st-Century-Fox-Filmstudios (demnächst verkauft), Magazine wie *National Geographic* und *Barron's*

— **Australien:** Acht der zehn grössten Zeitungen des Landes, darunter *The Australian*, *Daily Telegraph* und *Herald Sun*. Foxtel TV, Fox Sports und Sky News als führende TV-Kanäle, rund zwanzig Magazine

— **Asien:** Star-TV-Gruppe in dreissig asiatischen Ländern, darunter in Indien, China und Japan

stützte ihn, wieder im Gegensatz zur sogenannten politischen Elite.

In den USA erkannte er 2016 als einziger Medienunternehmer, dass der Trend in Richtung Donald Trump laufen könnte. Murdochs TV-Kanal Fox News war dann der einzige grosse Nachrichtenanbieter des Landes, der bei der Präsidentschaftswahl den späteren Sieger mit Sympathie begleitete.

Mit ideologischen Prinzipien hat das wenig zu tun. Murdoch interessiert sich weniger für politische Grundfesten als vielmehr für publizistische Mobilität. Er hat, wiewohl im Herzen ein Konservativer, nichts gegen Linksliberale, wenn er erspürt, dass die Zeit dafür gekommen ist. Das illustrativste Beispiel dafür ist sein Verhältnis zum Sozialdemokraten Barack Obama.

Im Frühsommer 2008 fühlte sich Rupert Murdoch in seiner Familie zunehmend unbe-

haglich. Er war politisch in die Minderheit geraten. Etliche seiner Familienmitglieder unterstützten Barack Obama, den eben ernannten Präsidentschaftskandidaten der Demokraten.

Elisabeth, seine Tochter, hatte in ihrem Haus in Londons Notting Hill ein Dinner organisiert, um Wahlkampfspenden für Obama zu sammeln. Es kamen 400 000 Dollar zusammen. Wendi Deng, Murdochs Gattin, war in New York ebenfalls auf einer Party, die als Fundraising-Anlass für Obama angelegt war.

Murdoch hielt von Obama nicht allzu viel. Er hatte auf Hillary Clinton gesetzt. Mit dem Ehepaar Clinton hatte er sich schon immer zu beiderseitigem Nutzen gut arrangiert.

Doch nun zeigte sich am Beispiel der Verwandtschaft, warum Murdoch dieser bedeutendste Verleger unserer Zeit geworden ist. Der Mann hatte stets ein untrügliches Sensorium für die Schwingungen der Volksseele.

Murdoch hörte also auf die Schwingungen in seiner Familie und organisierte Ende Juni 2008 ein Treffen mit Barack Obama. Man traf sich in der Lobby des Hotels «Waldorf Astoria» in New York. Neben Murdoch und Obama war Roger Ailes dabei, der CEO von Murdochs TV-Nachrichtenkanal Fox News, den Murdoch zwölf Jahre zuvor gegründet und der zuletzt stark an Marktanteilen gewonnen hatte.

Murdoch eröffnete die Diskussion mit dem Statement, dass jeder Kandidat für die US-Präsidentschaft eine gewisse Zeit brauche, um über die Medien seine Positionen klarzumachen. Obama fragte zurück, ob dies bedeute, dass er von Fox News im Wahlkampf eine faire Behandlung erwarten könne. Ja sagte nun Fox-Chef Ailes, falls er bei Fox häufig genug im Studio erscheine.

Schon wenige Wochen später trat Obama auf Fox News bei Bill O'Reilly auf, dem Gastgeber der News-Show «The O'Reilly Factor». O'Reilly war, entgegen seiner sonst konservativ-konfrontativen Wesensart, ungewöhnlich charmant und zurückhaltend. Bis zur Wahl blieb beim Murdoch-Sender der Ton gegenüber Obama dezent.

Beim *Wall Street Journal*, das Murdoch ein Jahr zuvor gekauft hatte, hatte die Redaktion ebenfalls grosse Zweifel an Obamas Kompetenz und war kritisch gegenüber seiner Wahl. Chefredaktor Robert Thomson schlug darum vor, den Kandidaten künftig im Blatt stets mit seinem vollen Namen «Barack Hussein Obama» zu bezeichnen. Er wollte sich damit sowohl von der linksliberalen *New York Times* wie auch von der *Washington Post* abgrenzen, die Obamas zweiten Vornamen Hussein konsequent verschwiegen. Murdoch winkte ab.

Murdoch ist ein Verleger, der gesellschaftliche Bewegungen stets höher gewichtete als ideologische Gewissheiten. Deutlich wurde das etwa, als er im Mai 2007 im Beacon Theatre in New York eine aufsehenerregende Rede hielt, die per Satellit auch an seine über 50 000

Angestellten übertragen wurde. Murdoch erzählte davon, wie die durchschnittliche Regenmenge im australischen Melbourne stetig zurückgehe, und sagte dann: «Der Klimawandel ist eine katastrophale Bedrohung.» Dann verpflichtete er sich, den Ausstoss von Kohlendioxid in seinem Unternehmen massiv zu reduzieren. Vier Jahre später hat er das Versprechen eingelöst.

Doch so richtig am Puls dieser Welt fühlt sich Murdoch jeweils auf seinen Zeitungsredaktionen. Das Magazin *The New Yorker* beschrieb es so: «Rupert Murdoch's heart beats faster in a newsroom.»

Am meisten Vergnügen hat er bis heute, wenn er bei der Fabrikation der Titelseite mithelfen kann. Legendar ist sein Auftritt bei der *Sun*, als sie ihre bis heute legendärste Headline formulierte. Im Falklandkrieg von 1982 hatten die Briten den argentinischen Kreuzer «General Belgrano» versenkt. «Gotcha!», rief ein Redaktor, als die Meldung eintraf. Eine prima Schlagzeile, fand Murdoch, der nebenan stand. «Gotcha» stand nächsttags auf Seite eins der *Sun*.

20-Milliarden-Dollar-Deal

Mit seiner *New York Post* hat es Murdoch sogar zur Nummer eins in der US-Rangliste der besten Boulevardschlagzeilen aller Zeiten gebracht. Über eine mysteriöse Enthauptung in einem New Yorker Strip-Lokal titelte das Blatt: «Headless Body in Topless Bar». Besser geht es nicht.

Das grosse Geld allerdings verdiente sich der geeichte Zeitungsmann Murdoch in den letzten Jahren nicht mit Publizistik, sondern mit Unterhaltung. Seit 2013 bündelte er seinen Entertainment-Bereich im Unternehmen 21st Century Fox. Er produzierte dort Hunderte von Filmen, von den «Avatar»- bis zu den «Star Wars»-Kassenerfolgen, dazu kamen unzählige TV-Erfolgsserien wie «The Simpsons», «Bones» und «Most Wanted».

Zu 21st Century Fox gehört ebenfalls das halbe Dutzend an Fox-Fernsehkänen, neben dem Hauptprogramm auch Spartensender wie Fox Sports, Fox Business und Fox News. Besonders Fox News, von Murdoch 1985 gegründet, wurde zu einem enormen Erfolg. Der Sender, rechts der Mitte positioniert, ist mittlerweile, weit vor CNN, der populärste Nachrichtensender der USA geworden.

Mit seinen Zeitungen machte Murdoch im letzten Jahr einen Umsatz von 9 Milliarden Dollar. Mit seiner Unterhaltungssparte machte er einen solchen von 30 Milliarden Dollar.

Murdoch will die Unterhaltungssparte dennoch loswerden. Nachdem er seine Beteiligung an Sky bereits losgeschlagen hat, verkauft er nun auch die gesamte 21st-Century-Fox-Grup-



Heirats-Coup: Murdoch, Hall.

pe. Er verkauft sie an den Walt-Disney-Konzern, zu dem neben der Filmproduktionsparte auch die TV-Kette ABC gehört. Der Vorvertrag mit Disney über die Verkaufssumme von rund 70 Milliarden Dollar ist bereits ausgehandelt. Die Wettbewerbsbehörden müssen noch zustimmen, und dann ist Murdoch spätestens 2019 seine Unterhaltungssparte los. *Forbes* schätzt sein Vermögen nach dem Disney-Deal auf rund 20 Milliarden Dollar.

Nur ein Kuchenstück von 21st Century Fox verkauft Murdoch nicht. Seine geliebten Fox-Nachrichtenkanäle wird er behalten, allen voran Fox News. Das ist dort, wo Politik gemacht wird und wo es kontrovers kracht. «We report, you decide» ist der Slogan des Senders.

Was ist also in den Alten gefahren? Murdoch trennt sich von allem, was nicht mit Journalismus zu tun hat. Er dreht das Rad retour und

Gesellschaftliche Bewegungen gewichtet er stets höher als ideologische Gewissheiten.

geht dahin zurück, wo er hergekommen ist. Er ist wieder dort, wo sein epochaler Erfolg begann. Er ist zurück als der alte Löwe der News.

Die Konzentration auf News-Journalismus ist für Murdoch eine emotionelle, aber gleichzeitig auch eine rationale Entscheidung. Mit 87, so ahnt auch er, kann man allmählich an die Nachfolgeplanung denken. Murdoch, so sagen enge Mitarbeiter, hat in seinem ganzen Leben nur einer Gruppe von Leuten wirklich vertraut. Es sind die Leute, die mit Nachnamen Murdoch heissen.

Mit der neuen, doppelten Firmenstruktur, einerseits den Zeitungen, andererseits der Fox-Fernsehgruppe, ist der Teppich für seine beiden Söhne Lachlan und James ausgerollt. Mittelfristig wird wohl der eine den Print, der andere das TV-Geschäft operativ übernehmen. James ist derzeit CEO von 21st Century Fox. Lachlan, der Talentiertere der beiden, ist

neben seinem Vater Co-Verwaltungsratspräsident bei der Zeitungssparte News Corp. und ebenso bei 21st Century Fox. Er ist vom Alten als Nachfolger an der Firmenspitze auserkoren.

Mit Murdochs Familiengeschichte beginnt nun der Boulevardteil dieses Artikels. Wenn man den Boulevardprofi Murdoch fragen würde, beginnt dieser Teil vermutlich viel zu spät.

Seine Söhne und Nachfolger Lachlan und James Murdoch stammen aus der zweiten Ehe des Patriarchen. Murdoch war viermal verheiratet, und jedes Mal war die Verbindung ein Stück spektakulärer. Seine erste Ehe 1956 war die mit der Stewardess Patricia Booker aus Melbourne. Die gemeinsame Tochter Prudence sitzt heute im Verwaltungsrat der *Times*.

Nach der Scheidung heiratete er 1967 die schottische Journalistin Anna Maria Torv, die für seinen *Daily Telegraph* in Sydney arbeitete und mit der er seine zwei Söhne Lachlan und James hatte. Beide erlernten das Geschäft erst als Journalisten und dann als Geschäftsführer bei kleineren Zeitungen und Unternehmen des Vaters. Die Tochter Elisabeth aus derselben Ehe gründete eine erfolgreiche TV-Produktionsfirma, die später von Murdoch aufgekauft wurde. Die Scheidung von seiner zweiten Frau war dann die teuerste ihrer Zeit. Murdoch zahlte 1,5 Milliarden Dollar.

Schon siebzehn Tage nach der Scheidung heiratete er 1999 die aus China stammende Wendi Deng. Die Reporterin bei seinem Star TV in Asien war 30, Murdoch 68, und sie hatte ihm komplett den Kopf verdreht. Die beiden hatten zwei Töchter, Grace und Chloe. Die Ehe wurde 2013 geschieden, weil Wendi Deng eine Affäre mit Tony Blair hatte, ausgerechnet jenem Blair, den Murdoch in seinen Blättern zum Premierminister aufgebaut hatte. Murdoch schäumte – und zahlte dennoch.

2016 kam dann der ganz grosse Heirats-Coup. Murdoch heiratete die Ikone Jerry Hall, das Supermodel der siebziger und achtziger Jahre. Zwanzig Jahre lang war Hall die Partnerin und Gattin von Rolling-Stones-Sänger Mick Jagger gewesen, mit dem sie vier Kinder hatte. Murdoch und Hall heirateten 2016 in der St Bride's Church in Londons historischem Zeitungs-Distrikt an der Fleet Street. Murdoch, so schrieben süffisant die alten Konkurrenten von der *New York Times*, habe sich nun die «ultimate trophy wife» gelangt. Es gibt neue Bilder von den beiden, im Badeanzug in den Wassern der Côte d'Azur. Sie wirken ziemlich verliebt.

Rupert Murdoch und Jerry Hall haben bis jetzt keine Kinder. Aber bei Murdoch, dem alten Löwen, weiss man nie. ○

Der Richter und seine Henker

Brett Kavanaugh sei kein Richter, der unparteiisch über den Dingen throne, schreibt Roger Köppel. Ich bin anderer Meinung: Er wird sein Amt mit Bravour ausfüllen. Senatorin Susan Collins hat in einer historischen Rede dargelegt, wie er arbeitet. Von Hanspeter Born

Die Welt verzweifelt an Amerika. Wieder einmal. Zuerst wählen die Amis einen grossprecherischen Immobilienhengst und TV-Clown von zweifelhafter Moral zum Präsidenten. Und jetzt erlaubt es der amerikanische Senat, der sich gerne als «the world's greatest deliberative body» sieht, dass ein Unwürdiger in den Obersten Gerichtshof einzieht und dort der Hinterwäldlerfraktion – den Waffenfanatikern und Abtreibungsgegnern – auf Jahrzehnte hinaus eine Mehrheit verschafft. Wir sind schockiert.

Wer ist also dieser Brett Kavanaugh, den Trump dem Senat aufgedrängt hat? Viele von uns haben seinen Auftritt vor dem Justizausschuss am Fernsehen gesehen. Ein alter Freund beschreibt ihn mir als «eine weinerliche, vehement reagierende, teils aggressive Figur», die «doch wohl nicht das intellektuelle und moralische Niveau» eines Kandidaten fürs Oberste Gericht der USA habe. Roger Köppel ist auch der Meinung, dass der Mann, als er unter Feuer kam, «explodierte». «Sein Gesicht verzerrte sich zur hasserfüllten Fratze», schreibt der *Weltwoche*-Chef, «Tränen in den Augen. Wild schlug er um sich [...]. So sprach kein Richter, der unparteiisch über den Dingen thront.»

Ist den Amis noch zu helfen?

Am Samstag redete Susan Collins, 65, vor dem Plenum des Senats. Sie gehört zu einer aussterbenden Gattung, den liberalen Oststaaten-Republikanern, die, lang ist's her, in der Grand Old Party den Ton angaben. Mrs Collins kommt aus einer alten Politiker- und Holzhändlerfamilie im Bundesstaat Maine am nordöstlichsten Zipfel der USA. Die Politiker aus Maine sind eigenwillig, aber auch massvoll wie das ozeanische Klima des waldreichen Staats. Wären sie nicht eigenständig und vernünftig, würden sie von ihren alteingesessenen, vor allem weissen Wählern nicht gewählt. Im Senat und im Gouverneurssitz wechseln sich Demokraten und Republikaner ab. Collins wurde 2014 mit 67 Prozent der Stimmen für eine vierte Amtszeit gewählt. Sie wird Senatorin bleiben, bis sie stirbt.

Gebrieft von neunzehn Anwälten

Collins berichtete, sie habe Kavanaughs über 300 richterliche Stellungnahmen – *opinions* –, seine Reden und Fachartikel überprüft. Neunzehn Anwälte, darunter solche vom Forschungsdienst des Kongresses, hätten sie gebrieft. Sie habe den Zeugenaussagen vor dem Ausschuss sorgfältig zugehört. Sie habe mit Leuten geredet, die Kavanaugh kennen, und drei Stunden lang mit ihm selbst. Und sie er-

zählte, was Kavanaugh ihr zu umstrittenen, bahnbrechenden Entscheiden des Supreme Court gesagt hatte. Er konnte sie überzeugen, dass *precedent* – die Achtung gefällter Entscheide – für ihn ein juristischer Grundsatz sei, dem, ausser unter den aussergewöhnlichsten Umständen, Folge zu leisten sei.

Collins kam deshalb zum Schluss, dass Kavanaugh sich strikte an die Verfassung und das Recht halten werde, dass er nach bestem Wissen und Gewissen urteilen werde. Als Gewährsfrau zitierte sie die Frauenrechtlerin und liberale Anwältin Lisa Blatt, die vor dem Supreme Court mehr Fälle vertreten hat als jede andere Frau in der Geschichte: «Seine Begründungen sind immer überlegt und fair.» Und sie erwähnte, dass Kavanaugh im zweitwichtigsten Gericht des Landes, dem United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit, zu 93 Prozent gleich gestimmt habe wie der Vorsitzende dieses Gerichts, der von Obama als Supreme Court Justice vorgeschlagene Merrick Garland.

Alles gut und recht, mag man einwenden – aber gehört ein Mann ins Oberste Gericht, der als Siebzehnjähriger versucht hatte, eine Fünfzehnjährige zu vergewaltigen, und dies unter Eid leugnete? Kavanaughs richterlicher *record* war durch die Anschuldigungen der Professorin Christine Blasey Ford völlig in den Hintergrund gedrängt worden.

Collins schickte voraus, dass sie Fords Aussage vor dem Ausschuss «ehrlich, schmerzvoll und überzeugend» fand. Sie glaube auch, die Professorin habe einen sexuellen Angriff erduldet und dass dieses Trauma ihr Leben durcheinandergebracht habe. Dann erklärte sie mit Bestimmtheit, dass die eidesstattlichen Zeugenaussagen und allfällige Indizien auf keine Schuld Kavanaughs hinwiesen: Keiner der von Christine Blasey Ford genannten vier Zeugen wusste etwas von einem Vorfall an dem von ihr erwähnten Treffen. Fords beste Freundin, Leland Keyser, erinnerte sich an keine vergleichbare Nacht und sagte, sie kenne Kavan-



«Überlegt und fair»: Oberrichter Kavanaugh bei der Senatsanhörung im September.

augh überhaupt nicht. Weil die fünfzehnjährige Christine zehn Kilometer vom angeblichen Tatort entfernt wohnte, musste jemand sie nach Hause gefahren haben. Obschon die Geschichte der fragwürdigen Party mittlerweile bekannt ist, hat sich niemand gemeldet, der dies getan hätte.

Senatorin Collins streifte dann die teils absonderlichen Vorwürfe gegen Kavanaugh und wandte sich gegen die verbreitete Meinung, dass seine Bestätigung einer Billigung sexueller Übergriffe gleichkomme: «Jede Person, Mann oder Frau, die den Vorwurf eines sexuellen Angriffs erhebt, verdient es, gehört und mit Respekt behandelt zu werden. Die #MeToo-Bewegung ist richtig, sie ist nötig und überfällig.» Solch verbrecherisches Verhalten müsse gestoppt werden, «in unserem Interesse, demjenigen unserer Kinder und kommenden Generationen». Und sie sprach schliesslich von ihrer Hoffnung, dass Kavanaugh daran arbeiten werde, die Spaltung im Obersten Gerichtshof zu überwinden, «so dass das Vertrauen in unsere Judikative und unseren höchsten Gerichtshof wiederhergestellt wird».

Selbst Skeptiker im Trump-Lager, denen die Einzelgängerin aus Maine oft missfallen hat,



Senatorin Collins.

Ford ist vielleicht mutig, aber sie ist nicht glaubhaft.

waren begeistert. George H. W. Bush, Papa Bush, 94, der wie seine «wunderbare Freundin» in Neuengland aufgewachsen ist, schrieb auf Twitter: «@Senator Collins – political courage and class. I salute my wonderful friend and her principled leadership.»

Amerikanische Tragikomödie

Brett Kavanaugh ist jetzt Oberster Richter, und die Mehrheit des Supreme Court ist konservativ. Trump und Senatsführer Mitch McConnell haben einen grossen Erfolg eingefahren. Es sei einem alten Journalisten a.D. erlaubt, mit ein paar persönlichen, wenig ausge-

gewogenen Bemerkungen über die beiden Hauptakteure in der abgelaufenen amerikanischen Tragikomödie zu schliessen.

Christine Blasey Ford, das «mutige» und «glaubhafte» Opfer, ist vielleicht mutig, sie war vielleicht auch einmal Opfer unerwünschter sexueller Avancen, aber für mich ist sie nicht glaubhaft. Ihre Zeugenaussage ist voller Löcher. Sie hat gelogen, als sie sagte, ihre Furcht vor dem Fliegen habe sie zögern lassen, nach Washington zu kommen. Erwiesenermassen fliegt sie die ganze Zeit. Sie liess in ihrem Haus eine zweite Türe einbauen, nicht weil sie wegen ihres Sexualtraumas einen Fluchtausgang suchte, sondern weil sie für Studenten, die bei ihr logierten, einen Separatenausgang wünschte. Wenn sie dreissig Jahre lang keinem Menschen ein Wort gesagt hat über den angeblichen Vorfall mit Kavanaugh, spricht das nicht für ihre Glaubwürdigkeit. Einem früheren Boyfriend gegenüber, der mit ihr in den Neunzigern sechs Jahre zusammenlebte, erwähnte sie auch nichts. Er sah bei ihr weder Flugangst noch Klaustrophobie. Die Beziehung ging auseinander, als die Psychologiedozentin vorübergehend auf Hawaii lebte und ihn dort betrog. Er sperrte die gemeinsame Kreditkarte, auf der sie ein Jahr später Einkäufe von 600 Dollar tätigte. Sie gab das Geld zurück, als der Ex-Freund mit einem Prozess drohte. Dieser behauptet auch, dass Ford eine Freundin, die zum FBI gehen wollte, coachte, wie ein Lügendetektortest bestanden werden kann.

Kavanaugh hingegen wirkte nicht sympathisch. Auch er war gecoacht worden. Kämpferisch geben solle er sich, wie ein gewisser Donald Trump. Die Amerikaner glauben nicht an die Wange, die man hinhalten soll. *Fight, baby, fight.* Sein Kampfgeist wirkte gekünstelt. Dass er weinerlich geschnupft hat, kann ihm nur derjenige anlasten, der selber mit seiner Familie einer solchen kaum je dagewesenen Dreckkampagne nicht ausgesetzt worden ist.

Ich halte es mit Susan Collins, nicht mit Roger Köppel: Brett Kavanaugh wird sein Amt mit Bravour ausfüllen. ○



Inside Washington

Festgehalten

Die denkwürdigsten Zitate aus dem Kampf um Brett Kavanaugh.

Jubel und Hohn, Hoch- und Tiefpunkte aus einer der bewegendsten Debatten in der neueren Geschichte der amerikanischen Politik. Fünf Kostproben:

1 — «Von ihren Müttern haben sie keine Muttermilch bekommen. Das war auch nicht nötig. Sie sind direkt zu rohem Fleisch übergegangen!» (Senator John N. Kennedy [Republikanische Partei, Louisiana] über Kavanaughs Gegner bei den Demokraten)

2 — «Senatorin Susan Collins ist die Mutter und Grossmutter weisser Frauen in Amerika, welche uns eine Trump-Präsidentschaft eingebrockt haben. Sie ist eine Schande, und ihr Vermächtnis besteht aus dem Verrat an den Frauen.» (Linda Sarsour, Anführerin des Women's March)

3 — «Nachdem ich Christine Fords sehr überzeugende und schmerzhaft Aussage (vor dem Senatsausschuss, Anm. d. Red.) gehört hatte, dachte ich: «Er [Kavanaugh, Anm. d. Red.] muss sich vielleicht zurückziehen.» Doch er stritt die Vorwürfe so kraftvoll ab, dass mich das zurückführte zu den zentralen Themen, die für unser Rechtssystem grundlegend sind.» (Senatorin Susan Collins, Frau, auf die Frage, warum sie am Ende ja stimmte.)

4 — «Im Namen unserer Nation möchte ich mich bei Brett und der ganzen Familie Kavanaugh für den Schmerz und das Leid entschuldigen, das sie erdulden mussten. Wer nach vorne tritt, um unserem Land zu dienen, verdient eine faire und würdige Bewertung, keine Kampagne der politischen und persönlichen Zerstörung, die auf Lügen und Betrug aufbaut.» (Präsident Donald Trump, Montagnacht bei der Verteidigung des neuen Richters am Supreme Court, Brett Kavanaugh.)

5 — «Was auch immer passiert, ich bin froh, dass wir Brett Kavanaughs Leben ruiniert haben.» (Ariel Dumas, Redaktorin bei «The Late Show with Stephen Colbert» auf CBS. Auf Twitter inzwischen gelöscht.)

Amy Holmes



«Mann aus dem Volk»

Zeitenwende in Brasilien: Der konservative Kandidat Jair Bolsonaro erreicht im ersten Wahlgang fast die Hälfte der Stimmen. Wer ist der «Donald Trump Brasiliens»? Will er eine Diktatur errichten? Bestsellerautor Rodrigo Constantino über den «ungehobelten Kerl», der Südamerika aufmischt. Von Florian Schwab

Die *New York Times* warnt vor einem «Rückfall in dunkle Zeiten», der *Spiegel* sieht in ihm einen «Hassredner» und «Rechtspopulisten» und die *Neue Zürcher Zeitung* apostrophiert ihn ohne viel Federlesens als «Rechtsextremen». Trotzdem haben am Sonntag 49 Millionen Brasilianer den vielgescholtenen Jair Bolsonaro auf den Wahlzettel gesetzt. Mit 46 Prozent der Stimmen verpasste der frühere Armeemoffizier nur knapp den Wahlsieg im ersten Durchgang. Jetzt muss er in die Stichwahl gegen den Kandidaten der Arbeiterpartei, Fernando Haddad, der 29,3 Prozent der Stimmen erhielt.

Wie kommt es, dass ein Mann, der augenscheinlich die Militärdiktatur von 1964 bis 1985 verherrlicht, der abschätzigste Sprüche über Minderheiten klopft und einer linken Senatorin im Parlament entgegenschleuderte, sie sei so unattraktiv, dass er sie nicht vergewaltigen würde, an der Schwelle zum Präsidentenpalast von Brasília steht?

Um dem Phänomen Bolsonaro auf die Spur zu kommen, treffen wir den brasilianischen Bestsellerautor und Intellektuellen Rodrigo Constantino. Er ist seit Jahrzehnten Präsident des Instituto Liberal in Rio de Janeiro, eines marktwirtschaftlich-liberalen Think-Tanks. Sein Buch über die Salonsozialisten, «Esquerda caviar», hat sich x-fach verkauft. Und mit seinen 200 000 Twitter-Followern könnte Constantino locker das Maracanã-Stadion in Rio füllen.

Herr Constantino, wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass Jair Bolsonaro tatsächlich der nächste brasilianische Präsident wird?

So eine Stichwahl ist immer eine neue Situation. Aber ich denke, Bolsonaro ist der Favorit. Sein Widersacher Haddad müsste sehr, sehr viele Stimmen von den übrigen Kandidaten bekommen. Gemäss Umfragen lehnen ihn die Brasilianer aber etwa im gleichen Umfang ab wie Bolsonaro.

Man kann viel Schlechtes über Bolsonaro lesen. Wie schlimm ist er wirklich?

Er ist seit 27 Jahren in der Politik. In seiner Vergangenheit gibt es ziemlich verstörende Dinge. Sein politisches Denken wurde in Zeiten der Militärdiktatur geprägt. Aber für die Präsidentschaftskandidatur hat er sich Ideen zu eigen gemacht, die ich auch vertrete und die in Brasilien kaum

eine Tradition haben: individuelle Freiheit, Marktwirtschaft, ein schlanker Staat. Also, man muss darauf vertrauen, dass er sich zum Besseren gewandelt hat.

Sie vertrauen darauf?

Bolsonaro versteht nichts von der Wirtschaft, ist jedoch bescheiden genug, das einzusehen. Dafür hat er einen hervorragenden Berater engagiert, den Investment-Banker Paulo Guedes. Dieser hat einen Dokortitel der Universität Chicago und steht fest in der Tradition des liberalen Ökonomen Milton Friedman. Und Bolsonaro sagt: «Dem Mann übertrage ich die Wirtschaftspolitik.»

Trotzdem: Wie kann man einem Politiker über den Weg trauen, der Sympathien für die Militärdiktatur im letzten Jahrhundert hat?



«Gegen den Kulturmarxismus»: Constantino.

Ziemlich viele gemässigte Brasilianer haben in den 1960er Jahren den Militärcoup unterstützt. Es gab damals starke Kräfte in Brasilien, welche den kubanisch-revolutionären Weg einschlagen wollten. Stellen Sie sich vor, die hätten sich durchgesetzt! Man stand vor der Wahl: entweder eine sozialistische Diktatur oder, wie es damals eine der grössten Tageszeitungen des Landes, *O Globo*, ausdrückte: eine militärische Reaktion, um die Demokratie zu retten. Man dachte nicht daran, dass das in einer jahrzehntelangen Diktatur des Militärs münden würde.

Ähnlich wie in Chile mit Pinochet...

... mit dem Unterschied, dass Pinochet schlaue genug war, um die «Chicago Boys» um Milton Friedman für marktwirtschaftliche Reformen zu engagieren. In Brasilien hingegen blieb die militärische Führung

sehr stark im Staatskapitalismus verhaftet. Die grosse Frage ist, ob Bolsonaro sich aus diesem Denken befreit hat.

Bolsonaro hat im Parlament Verständnis für Militärangehörige geäussert, die der Folter beschuldigt werden.

Das Problem an Bolsonaro ist, dass er sich leicht provozieren lässt. Fast all seine heiklen Aussagen sind eine Reaktion auf irgendeine Provokation. Nehmen wir sein umstrittenes «Viva Ustra!» im Parlament. Ustra ist ein Offizier, dem Folter unter der Militärdiktatur vorgeworfen wird. Während der Debatte zur Amtsenthebung von Dilma Rousseff lobpriesen die Sozialisten im Parlament Carlos Marighella, einen marxistischen Terroristen aus dem 20. Jahrhundert, und Fidel Castro. Da ergriff Bolsonaro das Mikrofon und sagte: «Übrigens: Viva Ustra!» Bolsonaro ist ein ungehobelter Kerl, nicht besonders gut ausgebildet, ein typischer «Mann von der Strasse», der auch gerne einmal einen groben Witz macht.

Er wurde einmal gefragt, was er täte, wenn er einen homosexuellen Sohn hätte. Darauf antwortete er, das sei ausgeschlossen, weil er diesen rechtzeitig mit Prügeln auf den rechten Weg zurückbringen würde. Ein grober Scherz?

So eine Art Scherz mit einem Funken Wahrheit. Einfach nur blöde. Nochmals: Bolsonaro ist ein Mann aus dem Volk. Wenn Sie in Brasilien auf der Strasse mit jemandem sprechen, dann besteht eine fünfzigprozentige Wahrscheinlichkeit, dass Sie solche Sprüche zu hören bekommen. Es sei denn, Sie reden mit einem Angehörigen der Elite, der die *New York Times* liest und CNN schaut.

Ist Bolsonaro rassistisch und homophob?

Er wird keinen Krieg gegen Minderheiten lostreten. Er macht einfach gerne Witze, weil wir weltweit ein Extrem erreicht haben, das viele fast schon als Diskriminierung der Mehrheit wahrnehmen. Bolsonaro weiss, dass ihn solche Sprüche in den Schlagzeilen halten. Er liebt den Kulturkrieg, ähnlich wie Trump. In Brasilien ging dieser Krieg bislang ausschliesslich von der Linken aus, und jetzt haben sie einen, der zurückgibt. Ein Rassist ist er meines Erachtens nicht.

Am 26. Oktober ist die Stichwahl zwischen Bolsonaro und Fernando Haddad. Zwischen welchen Varianten können die Brasilianer auswählen?



«Verstörende Dinge»: Präsidentschaftskandidat Bolsonaro im Wahlkampf, März 2018.

Bolsonaro ist ein Abenteuer. Aber ich glaube, er ist ein Patriot und versteht, was Brasilien tun muss, um entwicklungs-mässig endlich zu den Ländern der Ersten Welt aufzuschliessen. Wie sagte Thomas Sowell vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen: «Wir haben die Wahl zwischen einer Variante, die furchtbar schiefgehen kann – Trump –, aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch gutgeht, und einer Variante, die den sicheren Absturz bedeutet.»

Fernando Haddad von der Arbeiterpartei?

Das wäre schlicht und einfach eine Katastrophe, der gewisse Tod. Die Arbeiterpartei von Lula da Silva will das Land auf einen venezolanischen Weg zwingen. Die Wahl von Fernando Haddad wäre die Rache Lulas an den Brasilianern. Man muss sehen, dass die Arbeiterpartei nach wie vor Kuba und Venezuela offen unterstützt. In der zweiten Amtszeit von Lula sowie unter Dilma Rousseff hat sie alles versucht, um die anderen Parteien zu kaufen sowie sämtliche Institutionen und Ressourcen des Staates zu kapern, bis zum Obersten Gericht. Haddad will dieses Werk vollenden. Wenn etwas klargestellt ist bei diesen Wahlen, dann dies: Lula da Silva ist weiter die tonangebende Kraft der Arbeiterpartei. Ähnlich wie ein Drogenbaron steuert er sie aus dem Gefängnis heraus. Ein Richter im Lula-Fall hat dessen politische Formation offiziell als kriminelle Organisation bezeichnet.

Wenn Haddad gewählt wird, dann ist das der «Plan Venezuela». So einfach ist das.

Moment, Lula sitzt im Gefängnis, weil er von einem Baulöwen eine Luxuswohnung am Meer angenommen hat.

Das sind Peanuts. Al Capone wanderte ja auch wegen Steuerhinterziehung ins Gefängnis, obwohl er einer der berühmtesten Mafiabosse war. Jeder in Brasilien weiss, dass Lula viele Verbrechen begangen hat, die schwierig nachzuweisen sind. All das Geld, das er an Diktatoren auf der ganzen

«Die vierzehnjährige sozialistische Herrschaft hat das Vertrauen in alle Institutionen untergraben.»

Welt verteilt hat, wie er die staatseigenen Banken dafür instrumentalisiert hat ... Eigentlich gehört er mehrmals lebenslanglich hinter Gitter. Er ist der Architekt eines hochkorrupten Systems. Wenn sich heute in Umfragen ein Drittel der Brasilianer einen Militärcoup wünscht, dann liegt das daran, dass die vierzehnjährige sozialistische Herrschaft das Vertrauen in alle Institutionen untergraben hat: in den Kongress, in die Exekutive und in das Rechtssystem. Dazu kommt das Gewaltproblem: 65 000 Morde im letzten Jahr.

Bolsonaro will dem Problem begegnen, indem er das Waffenrecht liberalisiert.

Ja. Auf dem Land sind die Leute vielerorts auf sich allein gestellt. Bewaffnete Banden,

die sich als «soziale Bewegung» bezeichnen, treiben ihr Unwesen. Die Regierung Lula hat 2005 den privaten Waffenbesitz verboten, obwohl sie eine Volksabstimmung dazu verloren hatte. Bolsonaro will diesen wieder erlauben – selbstverständlich nur mit einer vorangehenden psychologischen Untersuchung, wie in den USA auch.

Worauf führen Sie die starke Zunahme an Gewaltverbrechen zurück?

Zum guten Teil auf den moralischen Bankrott der Regierung. Die vorherrschende Mentalität ist, dass man Kriminalität nicht streng ahnden sollte, weil die Täter «Opfer der Gesellschaft» sind – wer arm ist, darf andere Leute ausrauben. Seit dreissig Jahren hören wir von der Linken das Mantra, die Lösung sei Bildung und nicht der Rechtsstaat. Die Leute können das nicht mehr hören.

Fühlen Sie sich als Liberaler wohl bei solchen Law-and-Order-Parolen?

Kürzlich ist mein neuestes Buch erschienen, «Confissões de um ex-libertário» (Bekenntnisse eines Ex-Libertären). Weltweit hat das Pendel zu weit auf die Seite der radikalen Linken ausgeschlagen. Denken Sie an die ganze Identitätspolitik oder die Infiltrierung von Dreijährigen mit den Gender-Themen. Die Liberalen und Libertären haben dabei oftmals den nützlichen Idioten der radikalen Linken gegeben. Im Kampf gegen den Kulturmarxismus braucht es die Konservativen. ○

Panik im Elysée

Der Rücktritt von Innenminister Gérard Collomb hat in Frankreich eine Regierungskrise ausgelöst. Mit einer Kabinettsumbildung will Emmanuel Macron sie bewältigen. Doch das Problem ist der Präsident selbst. Das Endspiel um die Fünfte Republik hat begonnen. *Von Jürg Altwegg*



«Rebellische Gallier»: Innenminister Collomb, Präsident Macron.

Es ist ein ungeschriebenes Gesetz der Fünften Republik, deren 60. Geburtstag am 4. Oktober Emmanuel Macron mit einem Besuch am Grab ihres Begründers Charles de Gaulle in Colombey-les-Deux-Églises zelebrierte: «Ein Minister schweigt oder geht.» Mit diesem Spruch kommentierte Mitterrands Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement seinen Abgang aus Opposition gegen den Ersten Irakkrieg. Macrons Umweltminister Nicolas Hulot verkündete seinen Rücktritt live im Radio und ohne den Präsidenten zu informieren. Sportministerin Laura Flessel machte es diskreter.

Mangelnde Demut

Gérard Collomb hatte seinen Rücktritt für kommenden Sommer angekündigt. Der Stadtpräsident von Lyon war einer der ersten Sozialisten gewesen, die im Wahlkampf Macron unterstützten. Der väterliche Freund wurde mit dem Innenministerium – schräg gegenüber dem Elysée – belohnt. Collomb schwieg, als er gegen seinen Willen Tempo 80 durchsetzen musste. Collomb war ein Stützpfiler im Kabinett – nach dem Verlust der Ikone Hulot erst recht. Der Bruch mit Macron geht auf den Skandal um dessen Leibwächter und offiziellen Sicherheitschef Alexandre Benalla zurück. Benalla, der keinem Staatskorps angehört, hatte Demonstranten verprügelt und den Wahl-

kampf ohne Waffenschein mit einer Pistole in der Tasche geführt. Die Affären wurden publik, weil die altgedienten Sicherheitsoffiziere im Elysée die Medien informierten: Der Schnösel Benalla hatte sie wie Schulbuben herumkommandiert. Collomb wurde redselig: Er beklagte die zunehmende Isolierung Macrons, der – wie jeder Präsident vor ihm – im Elysée den Kontakt zur Wirklichkeit verloren habe. Er selber, so Collomb, sei einer der wenigen, die noch Zugang zu ihm fänden. Der Innenminister monierte die mangelnde Demut des Präsidenten.

Ein Innenminister auf Bewährung ist in der absolutistischen Fünften Republik unvorstellbar. Drei Wochen dauerte das Psychodrama um den angekündigten Rücktritt. Als ihn Collomb schliesslich per sofort einreichte, verweigerte ihm Macron die Entlassung. Er konnte sie nur verzögern. Collomb ist zurück in Lyon und sein Statthalter bereits zurückgetreten. Das Innenministerium musste Premierminister Edouard Philippe interimistisch übernehmen. Die schwierige Kabinettsumbildung macht deutlich, dass die junge Partei «La République en Marche!» über keine Ersatzspieler verfügt und ihre Anziehungskraft verspielt hat.

Die Skandale und Personalien, die keine Staatsaffären sind, und der Lärm um die neue Regierung verdrängen in der öffentlichen Wahrnehmung Macrons Erfolge: die Reform

des Arbeitsrechts, den historischen Sieg gegen die streikenden Arbeiter. Und so weiter. Doch seit dem Ende der Sommerpause regiert Macron, dem ein Jahr lang alles gelang, im Blindflug. Nicht nur seine Minister, auch seine Abgeordneten und Wähler beginnen zu zweifeln. Das Hin und Her um die Einführung der Quellenbesteuerung war ein Trauerspiel. Verzweifelt versucht Macron, das Steuer wieder an sich zu reißen. «Jupiter» steigt vom Olymp herab und mischt sich unter das Volk.

Keiner hat die Wiederwahl geschafft

Keine Woche ohne emblematische Szene. Einem jungen Arbeitnehmer riet er, auf der anderen Strassenseite einen Job zu suchen: Es gebe sie tausendfach. Es folgte das «Fuck»-Selfie mit einem schwarzen Vorbestraften. Beim Besuch in de Gaulles Dorf verwahrte er sich gegen die Klagen eines Rentners. In Kopenhagen, wo er vom Rücktritt Hulots erfahren hatte, bezeichnete er die Franzosen als «rebellische Gallier», die sich jeder Veränderung widersetzen würden.

Sie hatten einst de Gaulles Verfassung für die Fünfte Republik mit 82 Prozent der Stimmen abgesegnet. Inzwischen wird diese von mehr als 60 Prozent der Bevölkerung abgelehnt. Mit der Machtfülle, die die Verfassung ihm beschert, kann auch ein geschwächter und unbeliebter Präsident problemlos regieren. Im Zweifelsfall übergeht er das Parlament. Mit 30 Prozent weniger Abgeordneten will Macron die politischen Prozesse weniger schwerfällig, aber keineswegs demokratischer machen.

Das Endspiel der Fünften Republik hatte der erste Monarch, den das Volk abwählen sollte, eingeleitet. Nach seiner Niederlage kehrte Valéry Giscard d'Estaing ins Parlament zurück und erreichte die Verkürzung der Amtszeit von sieben auf fünf Jahre. Mit der Reform wollte er sich an Jacques Chirac rächen, der ihn als Premierminister verraten hatte. Doch das Beispiel machte Schule.

Die Reform trat 2002 bei der Wiederwahl Chiracs für eine verkürzte zweite Amtszeit in Kraft. Seither werden Präsidenten nur noch für fünf Jahre gewählt. Und keiner hat bislang die Wiederwahl geschafft. Längst hat auch Macrons Beliebtheit jene Tiefstwerte erreicht, aus denen Sarkozy wie Hollande zu ihrer Zeit nicht mehr herausfanden. Noch hat er Zeit und die Macht, seine Reformen durchzusetzen. Aus dem Chaos geht Premier Philippe gestärkt hervor. Es gibt gute Gründe für die Panik im Elysée. ○

Balancieren am Abgrund

Von Hansrudolf Kamer — Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union rückt näher. Wie das Kaninchen vor der Schlange steht die EU vor dem Verlust eines ihrer wichtigsten Mitglieder.



Noch immer gibt es in Europa Politiker, die glauben, der Brexit lasse sich mit einer neuen Volksabstimmung verhindern. Der Sinn für Realität ist in Europa schwach ausgeprägt.

An den jüngsten Parteitag der Konservativen und auch der Labour wurde klar ersichtlich, dass der Zug abgefahren ist.

Es geht nicht um das Ob, es geht um das Wie. Es läge im Interesse der Rumpfgemeinschaft auf dem Kontinent, das Beste aus einer schlechten Situation zu machen und für die Zukunft die Weichen richtig zu stellen. Auch die Grosswetterlage mit transatlantischen und östlichen Ungewissheiten empfiehlt eine solche Haltung.

Taktische Spielchen

Doch nach Evidenz für diese Einsicht sucht man vergeblich. Die Zentrale in Brüssel sieht den Brexit als persönliche Beleidigung an, als Terrorakt gegen das Jahrhundertprojekt, und verfolgt eine Verhandlungstaktik, die sich am eigenen Bürokratismus orientiert. Als Resultat könnte es zu einem Scherbengericht kommen, zu einem «harten» Austritt, einem ohne vertraglichen Überbau. Ressentiments auf beiden Seiten des Ärmelkanals wären die Folge.

Zumindest ist das der gegenwärtige Eindruck. Man kann sich daran erinnern, dass in wichtigen EU-Belangen immer bis lange nach Mitternacht gerangelt wird nach dem Motto: «Es ist immer am dunkelsten vor der Morgenröte». Auch deshalb ist die schroffe Absage der EU an Premierministerin Theresa May in Salzburg im September nur ein taktisches Spielchen gewesen, das den Gegner weichklopfen sollte. Es missglückte und wird inzwischen von EU-Seite als Unfall hingestellt.

May präsentierte in Salzburg ihren Chequers-Deal, den sie ihrer uneinigen Regierung im Sommer abgerungen hatte. Zwei der für Europafragen wichtigsten Minister traten aus Protest zurück. Der Deal gäbe Britannien Zugang zum europäischen Einheitsmarkt für Güter gegen Übernahme sämtlicher EU-Regulationen. Für diesen Bereich bliebe Britannien den Bestimmungen der Zollunion und der Jurisdiktion des EU-Gerichtshofs unterworfen. Verschiedenes im ganzen Konst-

ruckt ist allerdings unklar oder nicht bekanntgeworden, vor allem, wie frei sich das Königreich nach neuen Handelspartnern umsehen kann.

Aus herrschender Sicht Brüssels wäre Chequers ideologischer Hochverrat, weil die vier Grundfreiheiten voneinander getrennt würden: der freie Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Doch das alles ist noch Zukunftsmusik. Vorerst geht es nur um die Rückzugsvereinbarung, den Scheidungsvertrag, der die Brexit-Rechnung enthält, die Rechte der Bürger beidseits des Kanals regelt und die «unsichtbare» Grenze zwischen Nordirland und der Republik irgendwie retten soll.

Die EU erwartet weitere Konzessionen der Regierung May am Gipfel Mitte Oktober. Jüngste Äusserungen des Ratsvorsitzenden Donald Tusk und des Kommissionspräsidenten Juncker, man könne dann bereits zu einer Einigung kommen, sollen wieder den Druck auf Britannien erhöhen.

Inzwischen scheint aber May für ihren Chequers-Deal die Mehrheit in ihrer Partei verloren zu haben. Das zeigte sich am Parteitag in Birmingham. Sie hat deshalb mit Labour-Abgeordneten Verhandlungen führen lassen, um die notwendige Unterstützung für Chequers im Unterhaus zu sichern. Doch eine Regierung, die

in Grundsatzfragen auf die Opposition angewiesen ist, wird nicht lange überleben.

Sollte die EU in ihrer Weisheit einen Sturz der Regierung May anvisieren – so, wie sie es schon mit Italien einmal praktiziert hat – und glauben, mit Labour lasse sich besser kutschieren, täuscht sie sich gewaltig. Auch eine Labour-Regierung wäre dem Brexit verpflichtet und müsste erst recht beweisen, dass sie keinen Ausverkauf der britischen Interessen betreibt.

Ihre Steuer- und Ausgabenpolitik würde das Land bald in die Liga Italiens und Griechenlands relegieren mit Folgen für die ganze europäische Wirtschaft. Auch die Vorwürfe des Antisemitismus an die Adresse des Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn bergen Sprengkraft. Die EU käme in Teufels Küche.

Es müsste etwas geschehen

In den Mitgliedstaaten gibt es natürlich nuanciertere Auffassungen über den Brexit. In Deutschland, wo die Kanzlerin sich gerne als Mutter Europas geriert, werden schliesslich die Interessen der Wirtschaft den Ausschlag geben. Doch Deutschland steht selber politisch an einer Wegscheide, und Merckels Basis ist brüchig. Macron ist unpopulär geworden. Italien strapaziert mit seiner Schuldenpolitik den Euro-Klub. Osteuropa geht zunehmend eigene Wege. Das Projekt der «immer engeren Union» stagniert nicht nur, es balanciert am Abgrund.

Es müsste etwas geschehen. Eine kluge Politik der EU trüge diesen Entwicklungen rechtzeitig Rechnung und lockerte den bürokratischen Zentralismus. Unvergessen sind die wiederholten Beschwörungen des Subsidiaritätsprinzips. Doch dazu ist das Gebilde wahrscheinlich konstitutiv nicht mehr fähig.



Ideologischer Hochverrat: britische Premierministerin May (r.), EU-Kommissionspräsident Juncker.



Die Achse Berlin–Paris hält er für gefährlich: Ehrenlegionär Roche.

Neue Freiheiten

Der renommierte linksliberale Publizist Marc Roche, einst ein glühender EU-Befürworter, erlaubte sich einen Meinungswandel. Er ist mittlerweile überzeugt, dass der Brexit gelingen wird. Die Reaktionen sind heftig. *Von Rolf Hürzeler*

Eine feine Londoner Adresse, gleich neben den königlichen Kensington Gardens im Nobelviertel Notting Hill: Hier lebt der belgisch-britische Publizist Marc Roche. Er war einst ein vehementer Gegner des Brexits. Jetzt hat er seine Meinung geändert und ein Buch dazu geschrieben: «Le Brexit va réussir». Dieser Meinungswechsel war in den Augen vieler falsch: «Ich habe die negativen Reaktionen massiv unterschätzt; sie waren böseartig», sagt er, der sich politisch links der Mitte verortet.

Der 67-jährige Marc Roche fläzt sich im tiefen Sofa seiner Bibliothek, die gleichzeitig als Wohnzimmer dient. In einer Ecke hat er einen Computer auf einem Pult stehen, das hinter den Bücherbergen leicht zu übersehen ist. In diesem geordneten Chaos gepflegter Bildungsambition hat Marc Roche die Bekenntnisse seines Gesinnungswandels geschrieben. Er spricht davon, wie brutal das Echo in der französischen und in der belgi-

schen Presse gewesen sei. Selbst Francis Letellier, Kommentator des französischen Staatsenders France 3, hat seine Bedenken in einer Sendung angemeldet; und Pascal Lamy, ehemaliger Chef der Welthandelsorganisation (WTO), hat den positiven Brexit-Befund disqualifiziert: «Die Leidtragenden werden die Bürger Ihrer Majestät sein.»

Glaubensfrage ohnegleichen

Man spürt, wie nahe Roche diese Ablehnung geht. Dabei ist er keiner, der zur Tristesse neigt. Vielmehr hat er muntere blaue Augen, die unter seinem lichten grauen Haar hervorblinzeln. Roche macht den Eindruck des unorthodoxen Intellektuellen, der das Jugendlich-Spitzbübische ins Alter gerettet hat.

Als Mitarbeiter des französischen Magazins *Le Point* und der belgischen Tageszeitung *Le Soir* versucht der Buchautor nun, seiner Leserschaft den Abschied Grossbritanniens von der Euro-

päischen Union zu erklären. Denn seiner Ansicht nach wird «das Vereinigte Königreich auf dem Kontinent grundlegend missverstanden». Man kapiere in Paris und vor allem in Brüssel nicht, dass der Abschied von der EU eine Chance sei: Laut Roche werde das Land neue politische Freiheiten genießen, die ihm unter der Ägide von Brüssel bis anhin verwehrt blieben: «Ohne Brexit würde Grossbritannien in den kommenden Jahren in der weltpolitischen Bedeutungslosigkeit verschwinden, weil die wegweisenden Entscheide für die Mitgliedsländer in Brüssel getroffen werden.»

Sein Umdenken hatte weitreichende Konsequenzen für ihn persönlich: «Freunde in Belgien wollten plötzlich nichts mehr von mir wissen, französische Berufskollegen stellten mich in die rechtsradikale Ecke.» Denn dort sei höchstens das Rassemblement national von Marine Le Pen euroskeptisch. Für die Londoner *Times* ist diese Empörung indes nachvoll-

ziehbar: «Roche stammt ausgerechnet aus Brüssel, da erwartet man so was nicht.» Mehr noch, er kommt aus einer jüdischen Familie, die das vereinigte Europa nach der Nazizeit stets als Zukunftsvision gesehen hat. Nach dem deutschen Einmarsch in Belgien 1940 konnte sein Vater fliehen, die Mutter kam nach Auschwitz und überlebte. Die politische Integration von Europa war vor diesem Hintergrund stets eine familiäre Vision.

Als Finanzjournalist arbeitete Roche von 1989 an für Reuters in der Londoner City. Später war er jahrelang Grossbritannien-Korrespondent von *Le Monde*; seit seiner Pensionierung ist er als freier Publizist tätig. Roche hat über schier alles im Königreich geschrieben, ein Buch über Prinzessin Diana, andere über das Finanzhaus Goldman Sachs in der City oder über den Diamantenmarkt. In Frankreich wurde er für seine Leistungen mit dem Orden des Chevalier de la Légion d'honneur ausgezeichnet. Der Bändel mit der Medaille hängt neben seinem Pult: «Ich bewundere die Auszeichnung jeden Tag», sagt er. Der Schalk blitzt aus seinen Augen – und man spürt einen Hauch von Eitelkeit. Jetzt fehlt ihm nur noch ein OBE, ein Order of the British Empire.

Was hat seinen Gesinnungswandel ausgelöst? «Nach der Brexit-Abstimmung habe ich begriffen, wie insular England ist. In den Grafschaften wurde der Brexit deutlich angenommen – im Gegensatz zu London oder Schottland», sagt Roche. Nun müssten die Politiker das Beste aus dieser politischen Konstellation machen: «Diese Erkenntnis hat mir nach und nach gedämmert.» Er habe auch begriffen, dass die mit der EU-Mitgliedschaft verbundene Personenfreizügigkeit schädlich sei für die Integration gesellschaftlicher Minderheiten: «Ausgerechnet die eingebürgerten Zuwanderer aus Asien und Afrika unterstützen den Brexit am meisten. Denn sie fürchten die polnischen Arbeiter als

direkte Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt.» Dieser Befund trifft für Nordengland zu, nicht aber für London, wie Roche einräumt.

Nun fühlt er sich «zum ersten Mal etwas britisch», wie er in einer *in promptu*-Selbstanalyse festgestellt hat. «Im Grunde genommen, ist mir mit all der knüppeldicken Kritik das passiert, was viele britische Familien kennen.» Tatsächlich entzweien die Brexit-Streitereien Kinder und Eltern; zahlreiche Freundschaften sind schon in die Brüche gegangen. Der Brexit ist eine Glaubensfrage, weil ihn noch keiner erlebt hat und deshalb niemand die Folgen wirklich kennt.

Unterschätzte Premierministerin May

Für Roche überwiegt die Wahrscheinlichkeit, dass alles gut kommt: Er ist überzeugt, dass London neue, eigenständige Handelsverträge mit den USA und Schwellenländern abschliessen werde. Auch in der Finanz- und Fiskalpolitik sei das Land unabhängiger, zum Beispiel im Bereich des Offshore-Banking. Wobei er sich hier täuschen könnte, denkt man an alle grauen und schwarzen Listen verschiedener Organisationen – EU inklusive. Innenpolitisch erwartet Roche eine liberalere Arbeits- und Sozialgesetzgebung, die sich nicht mehr nach den arbeitnehmerfreundlichen EU-Vorgaben richte, die Roche für schädlich hält.

Dennoch ist er kein Brexit-Enthusiast. «Den Menschen geht es nicht von einem Tag auf den andern besser. Der Strukturwandel im Norden wird weiterhin spürbar bleiben.» Er befürchtet, dass viele Leute zu grosse Erwartungen für die Zeit nach dem Brexit hätten, die enttäuscht werden könnten, auch wegen der zahlreichen Versprechungen, die sich nicht einhalten lassen.

In dieser Beziehung sei Premierministerin Theresa May vorbildlich, weil sie auf Zurückhaltung setze. Die Leistungen von Premierministerin Theresa May würden unterschätzt,

dabei mache sie ihren sehr schwierigen Job gut. Sie zeichnet sich durch protestantische Wertvorstellungen aus, die für den Schwerarbeiter Roche wichtig sind: nicht klein beigeben und konsequent bleiben, wenn sie sich für etwas entschieden hat. Roche ist überzeugt, dass May die Konservativen in die nächsten Parlamentswahlen führen werde.

Auch für Exzentriker wie den früheren Aussenminister Boris Johnson gebe es in Europa zu wenig Verständnis, dabei gehörten solche Leute seit je zu Grossbritannien. Johnson werde allerdings nie Premierminister: «Sein wildes Privatleben schadet ihm, das mögen die Konservativen nicht.» Johnson hat sich soeben von seiner Ehefrau getrennt und lebt mit seiner Geliebten zusammen.

Roche kann nicht verstehen, dass der Brexit lediglich als ein Risiko für Grossbritannien gesehen wird: «Jetzt ist vielmehr die EU gefordert.» Denn die Skepsis gegenüber Brüssel nehme laufend zu, etwa in Italien oder in Polen und Ungarn: «Brüssel muss das Haus in Ordnung bringen und die Migration ernsthaft angehen.» Auch hält er die Achse Berlin–Paris für Europa für gefährlich: «Die andern fühlen sich zur Seite geschoben.»

Marc Roche ist seit Anfang Oktober britischer Staatsbürger, ohne seinen belgischen Pass abgegeben zu haben. Er lebt seit 1989 in London, spricht aber noch diesen Hercule-Poirot-Akzent, der die Briten irritiert. Trotz seiner neuen Staatsbürgerschaft ist Roche nicht ganz sicher, ob er definitiv in diesem Land angekommen ist: «Als Belgien und England an der Fussballweltmeisterschaft gegeneinander spielten, half ich den Belgiern», sagt er fast entschuldigend und fügt schnell an: «Aber die Frühstückswürstchen liebe ich mittlerweile sehr.» Das ist schon viel.

Marc Roche: *Le Brexit va réussir.*
Albin Michel. 234 S., Fr. 34.90

Mit Auto-Aktien

auf der Überholspur:

Die Tipps.

Diese Woche:
Mobilität bringt Rendite.



www.handelszeitung.ch | Kostenloser Newsletter | Jeden Donnerstag am Kiosk | Als mobile App für iPad und iPhone | Digital-Abo zum Kennenlernen

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung



Brachte alles durcheinander: Banksy-Bild «Girl with Balloon».



Ikone der Woche

Im Kopf kleben bleiben

Von Beatrice Schlag

Das kleine «Girl with Balloon» in dem pompösen Goldrahmen ist nicht mehr. Kaum war es von Sotheby's in London bei einer Auktion letzte Woche für 1,3 Millionen Franken von einem unbekanntem Käufer per Telefon ersteigert, rutschte das Bild nach einem kurzen Alarmsignal nach unten und kam unterhalb des Rahmens in Streifen wieder zum Vorschein. Banksy, seit Jahren berühmtester Street-Art-Künstler der Welt, hatte das Bild, das ihm mehr eingebracht hatte als jedes zuvor, kaputtgeschnitten. Der Schredder war in den Rahmen eingebaut. Banksys Sprecherin bestätigte, dass die Zerstörung Absicht des Künstlers war.

Banksys Sprecherin? Kein Mensch weiss, wer dieser Banksy ist, der die Kunstszene und seine Fans seit Jahren begeistert, verwirrt und amüsiert. Es gibt zahllose Spekulationen über seine Identität. Sie sind alle so wacklig, dass man sie nicht einmal aufzistern mag. Wer ihn kennt, und das müssen neben seiner Sprecherin einige sein, hält den Mund. Erstmals erregte er in Bristol 2003 Aufsehen mit einem gesprayten Bild zweier sich küssender Polizisten. Nicht nur, weil es Schwulenfeinde empörte. Es war auch unverschämt gut: zwei Männer mit Polizeihelmen, die sich liebevoll und entspannt umarmen, als sei es das Normalste der Welt. Ohne jeden Kommentar. Banksy ist ein Köhner wie Harald

Naegeli, der «Sprayer von Zürich», der fast dreissig Jahre vor ihm Zürich empörte oder entzückte, je nachdem, wie viel Unruhe man vertrug. Auf Banksy reagierte die Kunstszene schneller: Die Poster seiner Wandbilder, in denen er kapi-

Wer Banksy kennt, und das müssen neben seiner Sprecherin einige sein, hält den Mund.

talistischen Konsum und seine eigene Vermarktung lächerlich machte, verkauften sich vor allem unter Jugendlichen glänzend. Satire statt Ideologie war eine Sprache, die sie verstanden. Und Bilder, die ihnen im Kopf kleben blieben. Wie der aufblasbare Gefangene von Guantánamo Bay, den er ins Disneyland einschmuggelte.

Das geschredderte «Girl with Balloon» brachte alles durcheinander, was die Kunstwelt an Kriterien hatte. Von wem sollte der Käufer entschädigt werden? Oder hatte der Schredder vielmehr den Wert von Banksys Werk erhöht? Der umworbene kalifornische Künstler Isaiah King sagt: «Ich habe darauf gewartet, dass Banksy irrelevant wird. Und dann zieht er so was ab. Wenn er weniger gut wäre, hätte er den Wert seines Bildes zerstört. Aber er ist Banksy. Es wird ab jetzt nur noch teurer werden.»



Satire statt Ideologie: Auktionsbesucher während der Zerstörung des Kunstwerks, 5. 10. 2018.



«Das Klima in Casablanca wird Ihnen vielleicht etwas heiss sein, Herr Major.»

Kino

Hollywood im Krieg

Ist «Casablanca», der grösste aller Kultfilme, in Wahrheit ein Propagandastreifen? Ein amüsanter und informatives Buch legt dies nahe.

Von Wolfram Knorr

Der dicke Signor Ferrari, Besitzer des «Blauen Papageis», will Richard «Rick» Blaines «Café Américain» kaufen, doch Rick lehnt ab. «Mein lieber Rick», antwortet darauf Ferrari, «wann wird Ihnen endlich klar, dass in der Welt von heute der Isolationismus keine zweckmässige Politik mehr ist?» Was soll diese Antwort aufs abgelehnte Kaufangebot? Im Kontext des berühmten Films «Casablanca» (1942) ergibt sie keinen Sinn. Auch Ricks Kommentar: «Ich wette, in New York schlafen sie jetzt. Ich wette, sie schlafen jetzt in ganz Amerika», den er angesäuelt seinem schwarzen Pianisten Sam gegenüber zum Besten gibt, wirkt seltsam. Aber gehört das Nebulöse nicht zum Mythos dieses ultralegendären Leinwand-Hochamts?

Wer «Casablanca» mit den damaligen politischen Aktivitäten in Verbindung setzt, kann ein anderes Wunder erleben.

Der Publizist Norbert F. Pötzl («Erich Hon-ecker. Eine deutsche Biographie») hat sich in seinem originellen und informativen Buch «Casablanca 1943. Das geheime Treffen, der Film und die Wende des Krieges», genau dieser Verknüpfung gewidmet und höchst Erstaunliches zutage gefördert. Es kann, so sein Ausgangspunkt, kaum Zufall sein, dass eine geheime Konferenz der Alliierten in Casablanca beinahe mit der Premiere des Films zusammenfiel. Natürlich ist es eine Binse, dass Filme nicht in einem luftleeren Raum entstehen, sondern immer Produkte des jeweiligen Zeitgeis-

tes sind. Aber bei «Casablanca», so Pötzl, griff der Zeitgeist wohl aktiver ins Geschehen ein.

«Widersacher der Flüchtlingshilfe»

Das Melodram über Flüchtlinge in «Rick's Café Américain» und eine Liebesromanze spielt während des Vichy-Regimes, Hitlers Expansion, Englands Schlingern und Amerikas Aufgabe des Isolationismus. Als die deutschen und italienischen Truppen in der «libyschen Wüste», nach Ägypten und zum Suezkanal vorrückten, wurden die Fluchtrouten in die Vereinigten Staaten immer komplizierter, dabei nahmen die USA kaum noch Flüchtlinge auf. Grösster «Widersacher der Flüchtlingshilfe», so Pötzl, war «der im State Departement für die

Visa-Erteilung zuständige Unterstaatssekretär Samuel Breckinridge Long, ein notorischer Antisemit und Kommunistenfresser». Aber Franklin D. Roosevelt hielt an ihm fest. Bereits 1939 wurde der «St. Louis» mit 937 jüdischen Flüchtlingen an Bord die Einreise in die USA verweigert. Der deutsche Kapitän Schröder bat Präsident Roosevelt persönlich um Hilfe. Dieser lehnte ab. Das Schiff musste nach Europa zu-

Die Nazis hatten hielten «Casablanca» für die Tarnung eines Treffens in Washington.

rück. Vor der britischen Küste erwog der Kapitän, eine Havarie vorzutäuschen, da erlaubte die belgische Regierung die Landung – mit makabren Folgen: Im Frühjahr 1940 gerieten die Flüchtlinge wieder in die Fänge der Nazis. 254 von ihnen haben den Holocaust nicht überlebt. Selbst Albert Einsteins Appell im Juli 1941 half nicht. Nur Prominente aus der Künstler- und Intellektuellen-Liga erhielten Einreisevisa. Aus reinen Prestige Gründen.

Das Verhalten der US-Regierung war auch dem Filmteam von «Casablanca» bekannt, thematisiert wurde das aber lieber nicht. Und das, obwohl von den 75 Mimen, die mitwirkten, praktisch alle Emigranten waren, bis auf Humphrey Bogart, Dooley Wilson (als Pianospielder Sam) und Joy Page, die 17-jährige Stieftochter des Produzenten Jack Warner. Warner war Fan und Freund von Roosevelt und vermied neben der Flüchtlingsmisere noch etwas anderes: Nach Meinungsumfragen 1940 nämlich war fast die Hälfte der Amerikaner der Ansicht, die Juden hätten zu viel Macht. Die Warner-Brüder (und andere Produzenten auch) hielten sich deshalb geflissentlich «bedeckt». Politiker wie Joseph P. Kennedy (Vater von John F. Kennedy) wetterten lauthals, die Juden sollten aufhören, «Anti-Nazi-Filme zu produzieren». In «Casablanca» wird folglich nie darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Emigranten Juden sind. Worte wie «Juden» oder «jüdisch» kommen nicht vor.

Die Story über die Begegnungen in einem Nachtclub war die Erfindung des Paares Murray Burnett und Joan Alison. Zwei Jahre arbeitete es an seinem Bühnenstück «Everybody



Warner-Brüder: Sam, Harry, Jack und Abe (v.l.).

Comes to Rick's». Abnehmer fand es nicht. Alisons Agentin war sowieso der Meinung, das Stück eigne sich eher für den Film als für die Bühne. Sie schickte es an die Warners, wo es einen Tag nach dem Angriff auf Pearl Harbor, am 8. Dezember 1941, eintraf. Die Warner-Studios, deren Firmenmotto lautete: «Der Ort, an dem sich die Tugenden des Filmemachers und die des Staatsbürgers verbinden», waren die goldrichtige Adresse. Die Roosevelt-Fans reagierten sofort auf dessen Vorschläge, die kollektive Stimmung im Land mit ihren Filmen zu beeinflussen. So entstand bei Warner, fast gleichzeitig mit «Casablanca», «Mission to Moscow», ein Russland-affines Abenteuer. Amerika hatte, nach dem Eintritt in den Krieg, auch die ungeliebten Bolschewisten als Partner – und Roosevelt musste dafür Stimmung machen. Die Ironie daran: Drehbuchautor Howard Koch geriet nach dem Krieg sofort auf die schwarze Liste, das hiess Berufsverbot. Sein «Mission to Moscow»-Skript galt als Beleg für die kommunistische Unterwanderung Hollywoods. Kochs Autorenbeteiligung an «Casablanca», in dem die USA als Hort des fernen



In der Zwickmühle: Präsident Roosevelt, 1936.

Glücks zelebriert werden und keine Kommunisten vorkommen, nur Emigranten und heroische Amis, half ihm nicht. Auch Erfolg und Verklärung des Films nicht.

Spionage-Versagen bei den Nazis

Zum Erfolg trug auch der Titel bei. Dem ausführenden Produzenten Hal B. Wallis gefiel «Everybody Comes to Rick's» überhaupt nicht. Das war ihm zu umständlich. Eine Schmonzette namens «Algier» erwies sich als sehr erfolgreich, worauf Wallis einen solchen Städtenamen mit «exotischem Aroma» suchte. Dabei sei ihm «Casablanca» eingefallen. Ziemlich sicher war es aber der gute Draht der Warners zu Roosevelt, der zum Titel führte, denn die Premiere des Films fand verblüffenderweise beinahe zeitgleich mit einem lange geheim gehaltenen Treffen Roosevelts mit Churchill und de Gaulle in Casablanca statt. Die Nazis hatten keine Ahnung und hielten «Casablanca» (auf Deutsch: weisses Haus) für die Tarnung eines Treffens in Washington. Ihre Spionage hatte komplett versagt. Bei der Konferenz ging es nicht nur um die Militärstrategie (Nordafrika-

Invasion), auch wollte man gegenseitige Animositäten ausräumen. Roosevelt und Churchill mochten sich überhaupt nicht, de Gaulle hielten beide für arrogant. Der Franzose hatte getobt, als er von der Invasion in Nordafrika 1942 erfahren hatte: «Hoffentlich werfen die Vichy-Leute sie ins Meer! Frankreich ergibt sich keinen Einbrechern!» Unter dem Decknamen «Torch» (Fackel) waren am 8. November 1942 100 000 Soldaten an der afrikanischen Küste gelandet. Amerikaner eroberten Marokko und schliesslich Casablanca. Im Film wird Nazi-Major Strasser von Capitaine Renault (Vertreter der Vichy-Regierung) mit den Worten begrüsst: «Das Klima in Casablanca wird Ihnen vielleicht etwas heiss sein, Herr Major.»

Die Verknüpfungen zwischen «Casablanca» und den politischen Ereignissen mögen wie «alternative Fakten» klingen, aus der Luft gegriffen sind sie nicht. Autor Norbert Pötzl weist auf schöne Parallelen hin, die dem Meisterwerk auch eine pikante Note geben. Warum wurde Ricks Ex-Geliebte und Gattin von Victor Laszlo ausgerechnet mit einer Skandinavierin, der Schwedin Ingrid Bergman, besetzt? Wollte man auf das Gerücht von Roosevelts Affäre mit der norwegischen Kronprinzessin Märtha anspielen? Die Spatzen piffen das schliesslich von allen Dächern. Und warum ist der Schwarzmarkt-Chef in «Casablanca» Italiener und nicht Spanier? Roosevelt wollte Diktator Franco nicht in die Arme Hitlers treiben. Und kann es sein, dass mit der Figur des Rick (er lässt seine Geliebte ziehen!) Roosevelt gemeint war? Ein Held, der verzichtet und sogar sein Visum verschenkt? Nicht zufällig sagt er: «Ich wette, sie schlafen jetzt in ganz Amerika.»

Mythenschwere Verklärung

«Roosevelt», so Pötzl, «began, seine Landsleute behutsam auf eine Neuorientierung einzuschwören.» Der Isolationismus war eine Reaktion auf Woodrow Wilsons Beteiligung am Ersten Weltkrieg. Die Mehrheit hatte ihm das übel genommen, und Roosevelt war in einer Zwickmühle. Das Land wieder in Kämpfe zu verwickeln, war heikel, aber andererseits wusste er, dass die Isolation für die Zukunft gefährlich werden konnte, angesichts von Japans und Hitlers Expansionsgelüsten. Vor diesem Hintergrund wird Ricks Verhalten verständlich.

«Casablanca» war, trotz mythenschwerer Verklärung, schlicht und ergreifend ein Propagandafilm, und Roosevelt war ein Meister in der Medienmanipulation. Vor allem bei den Warners; ihre Firma wurde als «Roosevelts Studio» verspottet. Die zahlreichen Autoren, die an «Casablanca» herumbosselten, waren jeweils für den Bereich ihrer Fachkompetenz zuständig. Howard Koch für den politischen Hintergrund, die Epstein-Brüder für den Witz als Gegengewicht zur Polit-Botschaft und so



Nebulös: Humphrey Bogart (l.), Dooley Wilson.

weiter. Die Behauptung, man habe bis zum Schluss nicht gewusst, wie das Melodram beendet werden sollte, gehört zum Ursprungsmythos. Während der Dreharbeiten gründete Roosevelt das Office of War Information (OWI). Leiter wurde der CBS-Radiomann Elmer Davis, ein Mann, der wusste, worauf es ankam: «Der einfachste Weg, einen propagandistischen Gedanken in die Köpfe der Leute einzupflanzen, geht über Unterhaltungsfilm, bei denen sie gar nicht merken, dass sie agitiert werden.» Und «Casablanca» war das Musterbeispiel.

Was heute Donald Trump mit seinen Twitter-Botschaften erreicht, gelang Roosevelt mit seinen «fireside chats» im Radio, den «Kamingesprächen». Schon eine Woche nach seiner Vereidigung, am 12. März 1933, wandte er sich in entspanntem Ton an seine Mitbürger. Und erstmals konnten alle mithören. Auch die Kriegserklärung an Japan am 9. Dezember 1941 erfolgte im Kamin-Plauderton.

Aufgrund des Riesenerfolgs von «Casablanca» dachte man sogar über eine Fortsetzung nach. «Brazzaville» sollte sie heissen. Aber Gott sei Dank liess man die Idee, nach einigen Irrsinnsvorschlägen, wieder fallen. Auch hätten dafür so gewitzte Autoren wie die Epstein-Brüder nicht mehr zur Verfügung gestanden. Sie hatten für Würze gesorgt, die sie gelegentlich auch mit politischem Spott mischten. Da eine Mehrheit in den USA keine Ahnung hatte, wo Casablanca liegt, schrieben die Epsteins diesen Nonsens-Dialog:

Capitaine Renault zu Rick: «Was hat Sie, in Gottes Namen, nach Casablanca gebracht?»

Rick: «Meine Gesundheit. Ich kam nach Casablanca wegen der Quellen.»

Renault: «Quellen? Was für Quellen? Wir sind in der Wüste.»

Rick: «Man hat mich falsch informiert.»



Norbert F. Pötzl: Casablanca 1943. Siedler. 256 S., Fr. 29.90

Legenden

«Ich rede von Freiheit und Geist»

Helmut Markwort war ein grosser Journalist und ist ein erfolgreicher Unternehmer. Jetzt will er für die Liberalen in den Bayerischen Landtag – mit 81 Jahren. Von Mark van Huisseling

Gestern trat er in Gräfelfing auf, vor zwei Dutzend Zuhörern oder so, heute wird er in Miesbach reden, und morgen Abend wird's wohl wieder so sein, an einem ähnlichen Ort in Oberbayern, mit ähnlich wenig Besuchern. Mit anderen Worten: Helmut Markwort hat noch nie in seinem Leben so viel Nähe zum Publikum gesucht. Und noch nie so wenig Leute mit seiner Botschaft erreicht. Er befindet sich im Wahlkampf. Und möchte nach den Wahlen in den Bayerischen Landtag vom 14. Oktober ebendort seine dritte Karriere beginnen. Er ist Kandidat der Freien Demokraten (FDP) für den Stimmkreis München-Land-Süd. Ein Jungpolitiker also – im Alter von 81 Jahren.

Als Chefredaktor, später als Herausgeber und zurzeit als Kolumnist des von ihm gegründeten *Focus* erreichte er zur bestverkaufenden Zeit des Magazins wöchentlich über eine Million Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Und als Moderator der Diskussionsshow «Sonntags-Stammtisch» im Bayerischen Rundfunk (BR) immerhin Zehn- oder gar Hunderttausende (die Sendung, die er über zehn Jahre geleitet hatte, musste er aufgeben wegen seiner politischen Pläne). Die Fallhöhe zwischen dem und seinen Auftritten als Landtagskandidat der Liberalen ist hoch. Was ihn aber nicht störe, sagt er. «Im Rentenalter bin ich frei und unabhängig und kann mich exponieren.» Darum habe er sich entschlossen, der FDP zu helfen, dass sie wieder in den Bayerischen Landtag komme.

Er hat alle interviewt

Tönt einfacher, als es ist. Bei den letzten Wahlen bekam die FDP 3,3 Prozent der Stimmen – und flog raus. Doch heute, gibt Markwort eine Umfrage wieder, die in der *Augsburger Allgemeinen* veröffentlicht wurde, liegt der Anteil der FDP bei 6,1 Prozent – respektive bei 5 Prozent, wenn man einer anderen Umfrage glaubt, die der BR verbreitete. «Das wär schon deutlich besser», sagt er. Und: «Ich bin hoffnungsvoll.»

Unser Treffen fand Ende August im Burda-Verlag in München statt, wo er ein Büro mit zwei Assistentinnen hat; er ist Geschäftsführer der Verlagstochter Burda Broadcast Media mit vielen Radiobeteiligungen. Dort mietet er auch ein Zimmer unterm Dach, von wo aus er und seine Helfer den Wahlkampf veranstalten. Dass die deutschen Liberalen so wenig Stimmen holen, verglichen etwa mit den rund 16 Prozent in der Schweiz (FDP, 2015), lässt sich so erklären: «Viele Deutsche sind staatsgläu-

big, es ist schrecklich. Ich träume von Schweizer Verhältnissen», sagt Markwort, der sich einen Rechtsliberalen nennt.

Wenn man die Laufbahn dieses Medienschöpfers, der auch «Mediengeschöpf» ist (*Süddeutsche Zeitung*), verfolgt, überkommt einen ein bisschen Neid. Und zweitens überlegt man, ob eine solche Laufbahn heute noch möglich wäre, das die meisten Medien, für die die Nutzer zahlen sollen, in Schwierigkeiten stecken. Markwort, geboren 1936 in Darmstadt als Sohn eines Beamten, der Grossvater war ein oberfränkischer Spielwarenfabrikant gewesen, begann in den 1950er Jahren für lokale Zeitungen über Theateraufführungen zu schreiben, bei denen er teilweise mitspielte. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre war er

«Im Rentenalter bin ich frei und unabhängig und kann mich exponieren.»

Chef des Düsseldorfer *Stern*-Büros oder von *Bild+Funk*, einer Programmzeitschrift, beziehungsweise entwickelte er erste Zeitschriften (*Die Aktuelle*, *Ein Herz für Tiere*).

Anfang der 1990er Jahre wechselte er zu Burda, wo er den Verleger davon überzeugte, mit dem von ihm erdachten *Focus*-Magazin gegen den *Spiegel* anzutreten. *Focus* war in der Folge während Jahren eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Zeitschriften Deutschlands; 1999 sagte Hubert Burda während einer Rede am World Economic Forum in Davos: «This man made me rich», und zeigte auf ihn, Markwort (heute verdient *Focus* bloss einen Bruchteil von damals, ich schreibe unregelmässig für die Zeitschrift; das Vermögen Burdas wird zurzeit auf 2,8 Milliarden Euro geschätzt, Quelle: *Bilanz*). Im Verlag hat er auch seine Freundin, mit der er seit langem zusammen ist, kennengelernt – Patricia Riekkel, unter anderem während vieler Jahre Chefin der *Bunten*. Zuvor war Markwort verheiratet, er hat einen Sohn.

Nicht nur als Angestellter machte Markwort, so sieht's aus, das meiste richtig, auch als Unternehmer lag er gut mit seinen Entscheiden: Ab Mitte der achtziger Jahre, als er Radio Gong 2000 führte, investierte er über seine Medienpool GmbH in zahlreiche der damals in Deutschland erstmals zugelassenen Privatradiosender. Dieser Firma gehören heute unter anderem 5,2 Prozent der Studio Gong GmbH, die wiederum zu den grossen Playern im Privatradi-



Traum von Schweizer Verhältnissen: Markwort (r.), Präsident Putin, 2001.

geschäft gehört (*Media Perspektiven*, eine Fachpublikation). Als Angestellter und mit fremdem Geld im Rücken fiel er vor allem mit Meinungen auf – was ein Widerspruch ist gegenüber den drei Wörtern, mit denen er dank TV-Reklame für *Focus* bekannt wurde – «Fakten, Fakten, Fakten». Sein eigenes Geld dagegen investierte er in Unterhaltungsinhalte. Aus heutiger Sicht ein *smart move*, denn Meinungsverbreiter-Medien bestehen im Markt meistens nicht respektive nur dank Mäzenen. «Natürlich sind das überwiegend Unterhaltungssender», sagt er über seine Beteiligungen, diese würden aber auch jede halbe Stunde Nachrichten senden. «Ich selber habe beim vorigen Bundeswahlkampf alle deutschen Spitzenpolitiker interviewt.»

Die hohe Politik des grossen Lands ist ihm nahe. Gestern habe ihm Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, von den 400 000 angenommenen Migranten mit Bleiberecht in Deutschland erzählt, die keinen Job haben, aber Hartz-IV-Arbeitslosengeld bekom-

men – «das ist leider ein Tabuthema», sagt Markwort. So was geht ihm bestimmt näher als die Politik des kleinen Stimmkreises München-Land-Süd und die Sorgen von dessen Wählern, um deren Stimmen er sich allerdings gegenwärtig bemüht. «Ich rede sicher über dem Niveau der Leute», sagt er. Was denen aber eher schmeichle und darum nicht schlimm sei. «Ich rede von Freiheit und Geist, nicht über die Umgehungsstrasse in Gräfelfing oder den Südring.» Er wohnt im feinen Münchner Herzogpark. Er könne sich nicht anmassen, irgendein Problem zu lösen, das sie in Pullach mit dem Tunnel haben. Dafür gebe es die Örtlichen – Gemeinderäte, stellvertretende Bürgermeister und so weiter, die die FDP in diesem Landkreis habe, sagt er. «Das akzeptieren die Leute, dass ich kein Kommunalpolitiker bin.» Sein Wahlkampf-slogan, nebenbei: «Fakten in den Landtag».

Plan A sei sowieso ein anderer gewesen: «Ich habe keine Direktkandidatur angestrebt und wollte relativ gemütlich auf der Liste kandi-

dieren», schreibt er auf seiner Website. Die Parteifreunde in München Bogenhausen – wo «Geldige» wie er wohnen, sagt er; über sein Vermögen gibt es keine öffentlichen Informationen, doch er dürfte einer der wenigen Journalisten sein, die einen zweistelligen Millionenbetrag auf die Seite bekommen haben – hatten ihn nominiert und die Delegierten ihn, auf Platz 32 der Liste, gewählt. Im April dann lief ein bereits Gewählter über zur CSU. Wodurch dieser zwei Lücken hinterliess, Platz 16 auf der oberbayerischen Liste und den Stimmkreis München-Land-Süd. «Jemand kam auf die Idee, mich zu fragen, ob ich einspringen wolle.» Andere schlossen sich an. Und am Ende der Geschichte, die tönt, wie wenn einer erzählt, weshalb er bei der Castingshow mitmacht, war er Kandidat und Wahlkämpfer in Gräfelfing, Miesbach et cetera.

Stichworte Euro und Merkel

Nächste Stufe, falls es denn klappt, wäre, dass er in den Landtag einzieht. Und dort einer von vielen wäre, von 180, um genau zu sein. Sowie genug Fraktionsdisziplin aufzubringen hätte. Was denkbarerweise nicht ganz einfach ist für einen Chefredaktor sowie Unternehmer, der es gewohnt ist, Entscheide zu fällen. Und dafür sorgt, dass passiert, was er will. Er habe in den Redaktionen gelernt, Teamplayer zu sein, sagt er, aber «natürlich auch ein *playing captain*». Was die Arithmetik des Landtags angeht: In der Fraktion wäre er einer von nur zwölf FDPern. Und er werde seinen unabhängigen Geist sicher nicht an der Garderobe abgeben, sagt er. Dann gibt er noch George Bernard Shaw wieder, mit Quelle: «Hütet euch vor alten Männern, sie haben nichts mehr zu verlieren.»

Von dieser Zeile abgesehen, ist Markwort im Gespräch eher zurückhaltend, massvoll und versöhnlich. Auf die Frage etwa, wie er den Euro respektive die Krisen und den Umgang der deutschen Regierung damit beurteile, spricht er, ins Detail gehend, über die Unterschiede in der Wirtschaftsleistung der europäischen Partnerländer statt über Kanzlerin Merkels Versäumnisse und Fehlleistungen respektive diejenigen ihres zuständigen Personals. Was ohne Zweifel zitierfähiger wäre. Doch der Mann, der sagt, er lese Thomas Mann und Joseph Roth, nachdem er Politikern zugehört habe, um sein Gehirn zu entschlacken, ist nicht nur gebildet, sondern auch schlau. Und ein solcher, der zudem Medienschöpfer und «Mediengeschöpf» ist, weiss, dass in einem Gespräch, auf dem ein Porträt fusst, oft der steil rauskommt, der wenig sagt und noch weniger behauptet. Weil man Journalisten zu Faktentreue und Objektivität führt, wenn sie beim Abschreiben des Interviews merken, dass sie mehr geredet haben als der Befragte.

Hoffentlich klappt's mit der dritten Karriere des Helmut Markwort und den Fakten im Landtag. Es wäre wohl ein Gewinn. Für ihn sowie für die FDP. Und für Bayern.

Unerklärliche Spässe

Mit ihrem neuen Buch «Hallo, Jenseits» schlägt Dolly Röschli Brücken zu den Verstorbenen. Sie hat Erfolg damit. Die Sehnsucht nach dem Unerklärlichen ist unstillbar. *Von Rolf Hürzeler*



Burnout wegen Überarbeitung: Medium Röschli.

Eine Mutter hofft auf eine Botschaft ihres Sohnes, der bei einem Autounfall ums Leben gekommen war – via Dolly Röschli: «Es gehe ihm gut... sein Tod sei schnell und schmerzlos gewesen», lässt Röschli die Verzweifelte in Grächen VS wissen. Dank dieser tröstlichen Nachricht findet sie nach Wochen der Qualen endlich wieder Ruhe.

Im Oberwallis seien die Menschen besonders offen für das Übernatürliche, lässt die Buchautorin und 43-jährige Familienmutter Dolly Röschli die erstaunte Leserschaft in ihrem ersten Buch, «Hallo, Jenseits», wissen, das soeben herausgekommen ist.

Röschli ist ein Medium zwischen dem Diesseitigen und dem Unsichtbaren. Sie reitet damit auf einer Welle, die heftiger denn je rollt: Menschen bewältigen das ihnen zusehends komplizierter erscheinende Leben mit Phänomenen, die sich dem Rationalen entziehen.

So hat die Toggenburgerin Bernadette von Dreien im Frühjahr ein neues Buch über die paranormalen Fähigkeiten ihrer Tochter Christina herausgegeben. Auch der Tausendsassa Pascal Voggenhuber verblüfft seine Anhängerschaft mit einem direkten Draht zum Jenseits. Dieser Tage ist sein neuestes Werk «Nachricht aus dem Jenseits 2.0» erschienen, dessen zeit-

geistiger Titel ein aufgeklärtes Publikum anspricht; die virtuelle Welt gibt Einblick in das Rätselhafte, wobei sich die Angabe «2.0» dem Leser nicht erschliesst. Dafür unfreiwillig Komisches: «Viele Verstorbene, wenn ich sie frage, ob sie noch etwas vermissen, sagen mir: «Ja, dass ich nicht mehr gelacht habe...»»

«Geistwesen am Kilimandscharo»

Wie zum Beispiel bei seinen Youtube-Podcasts «Enjoy this Life – Spirit Rebel». Da referiert Pascal Voggenhuber etwa über «Geistführer». Jeder Mensch hat mehrere davon, aber einer ist der «Hauptgeistführer». Dieser nützliche Hel-



Draht zum Jenseits: Bernadette von Dreien mit Tochter.

fer der Spiritualität «begleitet dich von der ersten bis zur letzten Inkarnation». Voggenhuber ist wie alle in seiner Branche überzeugt, dass der Mensch unsterblich ist. Wer's nicht glauben will, ist bei ihm an der falschen Adresse.

Ganz ähnlich wie bei Dolly Röschli: Die Newcomerin in dieser Sektion des Büchermarkts führt neben jenem mit dem Walliser Unfallopfer zahlreiche weitere Beispiele von Dialogen mit Verstorbenen an. So konnte sie etwa einen jungen Mann trösten, dessen Freundin sich unerklärlicherweise das Leben genommen hatte. Die Verstorbene lässt durch Röschli ihrem Partner ausrichten, dass sie an einem unheilbaren Krebsleiden erkrankt sei und deshalb ein vorzeitiges Lebensende gesucht habe. Nach rationalen Vorstellungen hätte der junge Mann spätestens nach der Obduktion davon erfahren haben müssen. Einerlei: Bei Medien wie Dolly Röschli geht es nicht um «wahr» oder «unwahr», sondern um Befindlichkeiten. Etwa wenn sie über ihre sportlichen Erfolge als junges Mädchen berichtet: «Es war die geistige Welt, die mich unterstützte – Doping aus dem Jenseits, wenn man so will.» Grosse Maler, Architekten, Musiker und aussergewöhnliche Menschen bedienten sich ihrer Ansicht nach dieser «Unterstützung». Röschli sieht sich exakt in dieser Reihe eindrücklicher Persönlichkeiten – an Selbstbewusstsein mangelt es ihr nicht: «Ich kommunizierte mit Geistwesen am Kilimandscharo ebenso gut wie auf hoher See oder in einer Gletscherhöhle. Sie erschienen mir überall...» Offenbar ein bisschen zu häufig, denn Dolly Röschli erlitt ein Burnout wegen Überarbeitung. Auch das gehört zum Dasein eines Mediums.

Wie aufregend dieses Leben sein kann, berichten einschlägig Begabte seit langem: Im 19. Jahrhundert gehörte die Hellseherei oder die Kommunikation mit dem Jenseits vor allem in der angelsächsischen Welt zum guten Ton in allen gesellschaftlichen Schichten – von Massensuggestionen bis hin zu individuellen Séancen. So versuchte selbst Königin Victoria über Medien mit ihrem frühverstorbenen Ehemann Albert in Kontakt zu treten. Unbekannt ist, ob der Prinz die Witwe erhörte.

Der Teenager Christina von Dreien und ihre Mutter Bernadette setzen in dieser Hinsicht Meilensteine. Sie wandeln in unerklärlichen Dimensionen des Daseins, wie ihr soeben erschienen Buch «Christina» verrät. Der Teenager aus dem Toggenburger Weiher Dreien erfährt fast Tag für Tage Seltsames, das ihre Mutter Bernadette in Büchern der Leserschaft zum Besten gibt: «Am 30. März 2017 beobachtete Christina gegen Mitternacht in der Ferne ein plötzlich auftauchendes Licht sowie eine orangefarbene Kugel, aus der drei oder vier kleinere Kugeln entspringen. Wie sie mir später erzählt, ist schon nach wenigen Minuten alles vorbei gewesen...» Diese Beobachtung mag dem einen oder der anderen nicht ganz

stichhaltig erscheinen; sie zeugt indes von der lebhaften Vorstellungswelt der jungen Frau. Genauso, wenn die Mutter ihre junge Tochter in dem Buch direkt zu den Lesern sprechen lässt: «Die alten Maya gingen völlig richtig in der Annahme, dass sich am 12.12.2012 eine grosse Transformation ereignen würde. Meiner Ansicht nach wurde dieses Ereignis von den Forschern fälschlicherweise als Weltuntergang interpretiert», sagt Christina und stellt den Irrtum punktgenau richtig: «Die Apokalypse prophezeite vielmehr die Verankerung unseres Planeten Erde in der fünften Dimension. Damit verbunden sind das Ende des materiellen Zeitalters und der Neubeginn der Menschen im kristallinen, fünfdimensionalen Zeitalter.»

Oxford der Spiritisten

Bei anderen braucht es ein bisschen mehr, um in unerklärliche Sphären vorzustossen. So besuchten Dolly Röschli und Pascal Voggenhuber das Arthur Findlay College in der englischen Grafschaft Essex. Dieser Landsitz aus dem 19. Jahrhundert ist als Ausbildungsort für die Spiritisten aller Welt so wichtig wie Cambridge für die Mediziner oder Oxford für die Altphilologen. Hier lernen die einschlägig Begabten die nötigen Konzentrationsübungen, um mit dem Jenseits zu kommunizieren oder auch mal einen Löffel zu verbiegen, wenn ihnen die Lust gerade danach steht.

Im Fall von Dolly Röschli ist allerdings der Beweggrund für diese Ausbildung nicht ganz stichhaltig. Sie reiste angeblich ins College, um ihre Hellschere loszuwerden, wie sie schreibt. Das ist etwa so logisch, wie wenn ein Atheist in der Beichte für seinen Nichtglauben Abbitte leistet.

Doch die Lektüre ihres Buchs lohnt sich streckenweise selbst für Skeptiker, das ist Röschli zu konzidieren. So sind ihre praktischen Konzentrationsübungen plausibel geschrieben und zur Entspannung nachahmenswert. Auch wenn sich bei den Normalsterblichen nur Entspannung einstellt und sich kein Urgrossvater als Poltergeist ankündigt.



Dolly Röschli: Halo, Jenseits. Wörtersch. 208 S., Fr. 31.90

Bernadette von Dreien: Christina, Band 2. Die Vision des Guten. Govinda. 330 S., Fr. 33.90

Pascal Voggenhuber: Nachricht aus dem Jenseits 2.0. Giger. 200 S., Fr. 27.90

Literatur

Selige Züchtigung

Sie ist die dunkle Unbekannte der Schweizer Literatur. Seit fünfzig Jahren lebt Fleur Jaeggy in Italien und schreibt über den Schrecken hinter Blumenwiesen. Mit grosser Intensität. *Von Peter Keller*



Klinische Gestalten: Schriftstellerin Jaeggy.

Fleur Jaeggy ist dunkel wie eine verlassene Kirche, ihre Romane sind es auch. Das, was in der Schweiz so gerne verklärt wird: Berge, Spazierengehen, Hornkühe, entlegenes Wohnen, ist für die 1940 in Zürich geborene Autorin Projektionsfläche für Melancholie bis hin zum Schrecken der Einsamkeit. In einem ihrer Bücher lebt ein Mann, der sich das Leben nehmen will, neben einer Kirche. Als er den Revolver an seine Schläfe setzt, achtet er gewissenhaft darauf, dass der Schuss gleichzeitig zum Schlag der Glocke abgeht, damit es niemand hört. Jaeggys Romanfiguren steigen aus dunklen Gemälden hinab, so scheint es, glühen noch ein bisschen im alten Korridor und entschwinden dann, weil sie innerlich tot sind. Beim Lesen schämt man sich fast ein bisschen, wenn man dabei im sommerlich blühenden Garten sitzt oder den Anblick sanft glitzerner Seen genießt.

Fleur Jaeggy lebt seit fünfzig Jahren in Italien – erst in Rom, dann in Mailand – und so zurückgezogen wie die Menschen ihrer Romane. Sie ist mit dem Autor und Verlagshausbesitzer Roberto Calasso verheiratet, schreibt nicht in der deutschen Muttersprache, sondern auf Italienisch, auf einer algengrünen Schreibmaschine. Interviews gibt sie keine oder kaum. Früher einmal war Jaeggy Model in Europa und den USA, alte Bilder zeigen eine zarte Frau mit Bob-Frisur, die, mit einer Zigarette zwischen den Fingern, halb motzig, halb amüsiert in die Kamera schaut.

Voll Frost

Für Jaeggy ist die Schweiz eine Obsession, die sie vor dem inneren Auge dreht und wendet,

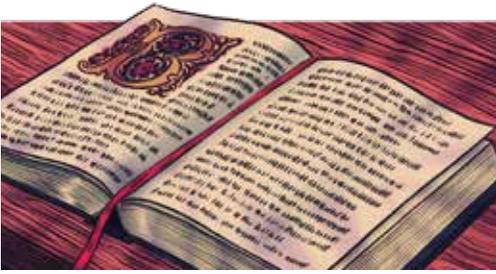
angeekelt und fasziniert zugleich. Sie schrieb «Wasserstatuen» (1980), «Proleterka» (2001), «Die Angst vor dem Himmel» (1994), «Sono il fratello di XX» (2014). Ihr viertes und autobiografisches Buch, «Die seligen Jahre der Züchtigung» (1989), machte sie bekannt: Ein Mädchen lebt in den fünfziger Jahren in einem Appenzeller Internat, in einem psychosexuellen Dämmerzustand, mit der Demut einer Gefängnisinsassin. «Ein Leichenhausgeruch umgibt selbst das jüngste und reizendste Mädchen», schreibt Jaeggy. «Ein doppeltes Bild: anatomisch und archaisch. Im einen rennt sie und lacht, und im anderen liegt sie im Bett, zugedeckt mit einem Schweisstuch aus Spitze.»

Diese Doppelheit gilt für Jaeggys Figuren insgesamt. Bauern, Rentner, Dorfbewohner, einsame Herrenhausbesitzer, alte Jungfern oder das neben Landbewohnern wohl gängigste Motiv Jaeggys, Internatsschülerinnen, alle sind einsame, klinische Gestalten, dabei aber würdig und schwersinnig fein. Sie denken nie oder nur selten über sich nach, sind etwas schlichtweg Gegebenes, wie Bäume oder Steine, verlassen auch die Erde nicht, die sie hervorgebracht hat. Sie sind kühl und streng, oft ohne oder mit sehr fernen (manchmal reichen) Eltern, innerlich verwaist, gehorsam und voll Frost wie Jaeggys Sprache.

In «Die seligen Jahre der Züchtigung» schreibt Jaeggy: «Im Appenzell kann man nicht anders, man muss spazieren gehen. Wenn man die kleinen Fenster mit den weissen Rahmen betrachtet und die emsigen glühenden Blumen auf den Fensterbänken, spürt man ein tropisches Gären, ein im Zaum gehaltenes Wuchern, man hat den Eindruck, dass im Inneren etwas vor sich geht, was bei aller Heiterkeit düster und ein wenig krank ist.» Es ist ein allegorischer Satz, der die Geschichte von Jaeggys Figuren erzählt, psychologisch zusammengegurgt, immer kurz vor dem Aufplatzen, Ausrasten. So ist es auch beim Lesen der Bücher: Je mehr die Autorin den Pistolenschuss dämpft, desto lauter hallt er über das Kirchenglockengetöse hinweg und im Leser nach.



Fleur Jaeggy: Die seligen Jahre der Züchtigung. Berlin Verlag. 120 S. (nur noch antiquarisch erhältlich)



Die Bibel

Frauen damals und heute

Von Peter Ruch

Die tüchtige Frau will einen Acker haben und nimmt ihn sich, vom Ertrag ihrer Hände pflanzt sie einen Weinberg. Sie gürtet ihre Hüften mit Kraft und macht ihre Arme stark. Sie sieht, dass ihr Handel Gewinn bringt, in der Nacht erlischt ihre Lampe nicht (Sprüche 31, 16–18). So sieht eine selbstbewusste Unternehmerin aus. Offensichtlich wussten damals manche Frauen ihre Pläne durchzusetzen. Schon die Genesis berichtet von den Töchtern Lots, dass sie schwanger werden wollten. Und weil wegen der misslichen Gesamtlage keine Männer da waren, füllten sie ihren Vater mit Wein ab und schwängerten sich mit seinem Sperma (19, 30 ff.). Diese Frauen waren keine Opfer. Sie waren tätig und nutzten ihre Handlungsoptionen. Bewundernswert!

Betrachte ich die #MeToo-Debatte, so wundere ich mich über heutige Frauen. Bezieht sich die Wehklage auf Situationen, wo Frauen keine Handlungsoptionen hatten? Also Vergewaltigung, Nötigung oder Grabscherei? Straftaten sind anzuzeigen. Möchte ein Vorgesetzter das Qualifikationsgespräch im Hotelzimmer führen, kann die Mitarbeiterin einen anderen Ort vorschlagen. Widerstände und Risiken gehören zum Wesen der Autonomie. Alte Männer wie Dieter Wedel und Harvey Weinstein könnten vor 35 Jahren ihre Machtposition missbraucht haben. Und Frauen könnten sich gefügt haben, weil es vorteilhaft schien. Es gab auch Frauen, die das Hotelzimmer ablehnten.

##MeToo wurde hochgekocht, um das Patriarchat zu schelten. Dem haftet der Modergeruch des Klassenkampfes an. Pardon, Frauen sind gleichberechtigt. Faktisch gibt's noch Unterschiede, die sich aber laufend verändern – und vielleicht nicht nur in eine Richtung. Wer Frauen durchwegs als Opfer einstuft, plädiert gegen die Gleichberechtigung. Die Philosophin und Feministin Svenja Flaspöehler beanstandet am tonangebenden Feminismus, dass er Heterosexualität als Zwangsmatrix beschreibt und damit heterosexuelle Frauen nicht stärkt. Und noch etwas: Wenn immer alles klar wäre, verlöre die Sexualität den Reiz, den sie braucht.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Klammheimliche Wünsche: Bradley Cooper und Lady Gaga in «A Star Is Born».

Kino

Und ab ins Scheinwerferlicht!

Die (fast) unendliche Geschichte eines Hollywood-Traums: «A Star Is Born». Von den Anfängen bis zu Lady Gaga.

Von Wolfram Knorr

Eine Muse hat sie geküsst, und flugs wird sie zu einem Götterliebhaber. Nur, die Person, die sie wachgeküsst hat, scheitert tragisch – da pocht das Schicksal auf der Leinwand. Die ideale Konstellation für Amerikas Hunger nach melodramatischer Magie. Für die Himmelfahrt sorgte 1932 die Tragödie «What Price Hollywood?» Und weil der Traum mit dem bittersüßen Ende alle so toll ergriff, verlagerte fünf Jahre später die Traumfabrik den Plot ein wenig, und «A Star Is Born» erblickte das Licht der Welt. 1954 folgte ein Remake und 1976 noch eines und – wow! – 2018 wieder eins. «What Price Hollywood?» erzählt von einer Kellnerin, die mit Hilfe eines abgehalfterten Stummfilmstars zu Ruhm kommt und dann scheitert. Die Partitur für jene, deren klammheimliche Wünsche und Hoffnungen, selber mal Karriere zu machen, sich nicht erfüllen, nach dem Motto: «Ihr seht ja, was daraus wird, bleibt lieber brav und redlich.» «A Star Is Born» änderte das Regelspiel. Das vom ausrangierten Leinwandhelden geförderte Aschenputtel wird zum Star, während ihn das Business zerbröckelt. Der männliche Steigbügelhalter ist Manager, Werber und Samariter in Personalunion. In der 1937er Version galt es, Janet Gaynor («Small Town Girl»), die auf dem absteigenden Ast war, mit der Rolle wieder aufzupeppen.

1954 war es Judy Garland («Easter Parade»), die ein Comeback versuchte. Produzent Louis B. Mayer unterstützte sie, hielt zu ihr. Doch das Remake, das gut zweieinhalb Stunden (!) dauert, geriet mit sechs Millionen Dollar Kosten aus der Façon und spielte nicht einmal drei Millionen ein. Erst 1976, mit der Besetzung Barbra Streisand und Kris Kristofferson, wurde aus «A Star Is Born» eine Hochglanzmarke. Es galt, multimedial die Bilanzen des Popstars zu steigern. Kristofferson in der Rolle des Säufers, der das Talent entdeckt, war mit seiner Grabesstimme ein wunderbarer melancholischer Kontrast zu Streisand mit ihrem hellen Broadway-Disco-Sound. Das Geschehen allerdings bestimmte sie. Alle Schlüsselpositionen waren in ihrer Hand, von der Produktion über die Outfits bis zur Musikkonzeption. Um die Geburt eines Stars ging's nicht, aber um die Potenzierung der Streisand.

In der nun aktuellen Version von Bradley Cooper («Hangover») mit Lady Gaga ist die Ausgangssituation zunächst ähnlich. Ein Star wird auch hier nicht geboren, sondern eine Apotheose vollzogen. Schliesslich stieg in den letzten Jahren Lady Gaga zu einer fantastischen Pop-Diva mit über hundert Millionen Tonträgern auf und wurde zu einem Liebling intellektueller Kritik. Sie als graue Maus Ally zu gewinnen, die aus dem Arbeitermilieu auf-

steigt, war nicht leicht. Clint Eastwood, der schon immer eine Neuverfilmung im Auge hatte und das Regiedebüt von Bradley Cooper unterstützte, hatte zunächst Beyoncé vorgeschlagen, bis man ein Auge auf Lady Gaga warf, die auch ein wenig ins Abseits geraten war. Also ideal für eine «A Star Is Born»-Auffrischungskur.

Und wenn der abgelöschte Country-Star Jackson Maine (Bradley Cooper) das Talent zum ersten Mal in einer Drag-Bar hört und hin und weg ist, hat das Charme. Nur spielt sich Cooper mit seinem Suff- und Drogenproblem zunehmend in den Vordergrund, als hätte er Angst, von Lady Gaga, wie einst Kristofferson von Barbra Streisand, verdrängt zu werden. Unbegründet. Zu den besten Nummern gehört ein Country-Duett, und Lady Gaga verkörpert den Aufstieg vom Ally-Hascherl zum Star nicht ohne Witz. Aber sowieso egal. Es geht um ihre Gesangsnummern – und ab ins Scheinwerferlicht! ★★★★★

Weitere Premieren

Fahrenheit 11/9 — Wer ist schuld an Donald Trumps Wahl? Putin, die Elite, die Medien? Nein, sagt Michael Moore, spektakulärster Dokumentarfilmer der USA («Fahrenheit 9/11»), und wartet mit einer viel lustigeren Erklärung auf: Es war Sängerin Gwen Stefani, die als Moderatorin der Talentshow «The Voice» mehr Geld bekommen sollte als Trump für «The Apprentice». Um der zu zeigen, dass er viel populärer sei als sie, sei er in die Politik gegangen. Den Satiriker in sich kann Moore letztlich nicht zügeln, so wartet er am Ende mit einem weiteren Einfall auf: Er unterlegt Adolf Hitler eine Trump-Rede, was ziemlich umwerfend ist. Aber dazwischen ist Moore überraschend engagiert und ernsthaft. «Unser System», spricht er aus dem Off, «war schon kaputt, bevor Trump auftauchte», und nimmt Vorgänger Obama davon nicht aus. Die ganze Demokratische Partei nicht. Der Führungskraft Nancy Pelosi wirft er Kompromissbereitschaft vor. Am Beispiel seiner Heimatstadt Flint in Michigan, in der das Leitungswasser 2014 vergiftet und der Schaden bis heute nicht behoben wurde, belegt er das Desaster. Obama kam, trank demonstrativ einen Schluck Was-



Überraschend engagiert: Michael Moore.

ser und nahm damit Gouverneur Rick Snyder in Schutz, der versprach, den Bundesstaat, ganz im Sinne Trumps, wie ein Business zu führen. Erstaunlich ist Moores Selbstkritik. 1998 war er mit Trump Gast in Roseanne Barrs Talkshow und plauderte nett mit ihm. Trump hat «seine Verbrechen», so Moore später fassungslos, «vor den Augen der Öffentlichkeit begangen», und niemand hat protestiert. Der Titel leitet sich von seiner Doku über George W. Bush ab («Fahrenheit 9/11»). Jetzt 11/9, der Tag im November 2016, an dem Trump zum Präsidenten wurde. ★★★★★

Leave No Trace — Kriegsveteran Will (Ben Foster) und Tochter Tom (Thomasin McKenzie) flüchten aus der Zivilisation in die Wälder, ernähren sich aus der Natur und finden doch keine Ruhe. Sie werden erwischt, er wird zur Forst-



Waldflucht: «Leave No Trace».

arbeit verdonnert, sie in die Schule geschickt. Als er mit ihr wieder in die Wälder fliehen will, weigert sie sich. Debra Graniks («Winter's Bone») neuer Indie-Film ist die subtile Darstellung einer Loslösung von familiärer Bindung in einem zutiefst verunsicherten Amerika. Vaters Pastoralphantasie steht dem Urbanitätstraum der Tochter entgegen. ★★★★★

Knorrs Liste

1	Children Act Regie: Richard Eyre	★★★★★
2	Der Läufer Regie: Hannes Baumgartner	★★★★☆
3	A Star Is Born Regie: Bradley Cooper	★★★★☆
4	Werk ohne Autor Regie: Florian H. von Donnersmarck	★★★★☆
5	Styx Regie: Wolfgang Fischer	★★★★☆
6	Das schönste Mädchen... Regie: Aron Lehmann	★★★★☆
7	Incredibles 2 Regie: Brad Bird	★★★★☆
8	Chris the Swiss Regie: Anja Kofmel	★★★★☆
9	Gundermann Regie: Andreas Dresen	★★★★☆
10	BlacKkKlansman Regie: Spike Lee	★★★★☆

Jazz

Skandal der Schönheit

Von Peter Ruedi

Titel von Kompositionen und ganzen Produktionen sind im Jazz oft von einer schönen Zufälligkeit oder Humorigkeit. Nicht so beim österreichischen Gitarristen Wolfgang Muthspiel. Der ist zwar auch gelegentlich zu einem Scherz aufgelegt. (Auf der jüngsten seiner Produktionen heisst ein Titel in Abwandlung des berühmten Standards «One Day My Prince Was Gone».) Aber den Titel seiner CD (und des ersten Stücks) wählte Muthspiel, ein grosser Synästhet, mit Bedacht, wie schon den der ersten Scheibe seines Quintetts für ECM («Rising Grace», 2016). «Where the River Goes» ist als Metapher für die eindringliche Poesie seines musikalischen Verfahrens besonders treffend: weil das Bild eines (unkorrigierten) Flusslaufs zum einen das Natürlich-Organische dieser höchst kunstvollen Musik assoziiert, zum anderen aber auch ihre Offenheit: die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Spielen.

Muthspiels Combo ist nicht weniger als eine All-Star-Truppe, in der allerdings alle sich nicht mehr ins Scheinwerferlicht zu spielen brauchen: Am Piano Brad Mehldau, ein Nonplusultra an Diskretion und Subtilität; wie sich seine Linien mit denen von Muthspiel verflechten, sich wieder lösen, Alternativen erfinden und am Ende zuweilen wieder in Unisoni münden, ist buchstäblich atemberaubend. Am Bass ist Mehldaus (und Muthspiels) alter Partner Larry Grenadier, an den Drums (die einzige Änderung gegenüber «Rising Grace») der muskulöse Eric Harland, der bei Bedarf auch handfeste Jazz-Grooves lostritt (etwa in dem einzigen Mehldau-Original «Blueshead» – alle anderen Stücke stammen von Muthspiel, ausser einer Kollektivfindung namens «Clearing», die aber auch keine wilde Free-Jazz-Orgie ist, sondern eine subtile kollektive Suche nach dem Einklang). Eine Sensation ist der Trompeter Ambrose Akinmusire, auch er ein melodisches Genie in seinen sehnsüchtigen, geraden Melodielinien, aber auch einer, der gegen die kostbaren Erfindungen seiner Partner auch mal wildere Schattierungen einstreut, *growls* und Verschleifungen, kurz: ein nötiges Quantum an *dirtytiness*. Im Ganzen: ein Album, das den Skandal der Schönheit nicht scheut.



Wolfgang Muthspiel:
Where The River Goes.
ECM 2610 6751712

Der Einbrecher im Schlafzimmer der Queen

Er hatte einen Hindernislauf absolviert, als er endlich die Vorhänge ihres Himmelbetts öffnen konnte. Königin Elisabeth II. war verängstigt. «Was tun Sie hier?», sagte sie mit einer Stimme, deren Klang Michael Fagan später als «vom feinsten Kristall, das man sich vorstellen kann», beschrieb. *Von Giles Milton*

In der Nacht des 8. Juli 1982 zog Königin Elisabeth II. ihr Nachtgewand über und stieg ins Bett mit dem beruhigenden Gefühl, in einem der sichersten Gebäude der Welt zu wohnen.

Ihr Schlafzimmer wurde von einem bewaffneten Polizisten bewacht, in den meisten Räumen gab es Alarmanlagen, und der weitläufige Garten des Buckingham Palace war umgeben von einer mehr als vier Meter hohen Mauer, die mit Eisenspitzen und Stacheldraht gekrönt war. Es war unvorstellbar, dass solch ausgeklügelte Sicherheitsvorrichtungen durchbrochen werden könnten.

Doch nicht alle waren dieser Ansicht. Ein paar Wochen vorher hatte ein Londoner namens Michael Fagan seine Kinder hergebracht, um den Palast der Königin von aussen anzuschauen, und war erstaunt gewesen, wie wenige Sicherheitsleute Dienst taten. Er begann darüber zu grübeln, ob man wohl hineinkäme.

Die Idee entwickelte sich rasch zu einer Obsession. Kurz nachdem er seinen Kindern den Palast gezeigt hatte, kehrte er nachts allein zurück. Er überwand die Umgebungsmauer mitsamt dem Stacheldraht und den Eisenspitzen, kletterte an einem Fallrohr hoch und gelangte durch ein unverschlossenes Fenster in das Gebäude.

Das Fenster gehörte zum Schlafzimmer des Hausmädchens Sarah Carter. Sie sass gegen 23 Uhr auf ihrem Bett, als ein seltsames Geräusch von draussen sie aufschreckte. «Ich drehte mich zum Fenster und sah Finger aussen am Fensterrahmen», erinnerte sie sich später. «Sie waren einige Zentimeter oberhalb des Sims. Ich erhaschte einen kurzen Blick auf das Gesicht eines Mannes.» Ausser sich vor Angst, sprang sie aus dem Bett. «Dann rannte ich aus dem Zimmer in den Korridor und machte die Tür hinter mir zu.»

Sie war gerade noch rechtzeitig entkommen. Denn kaum hatte sie die Tür geschlossen, zog sich Fagan durch das Fenster hinein und glitt auf den Boden hinab. Er hatte es in den Buckingham Palace geschafft.



Es war unvorstellbar, die Sicherheitsvorrichtungen zu durchbrechen.

Er beschloss, ihn zu erkunden. Er spazierte Korridore entlang, betrachtete die Namensschilder an den Türen und stellte fest, wer wo schlief. «Prinzessin Anne war in einem Zimmer und Hauptmann Mark Phillips in einem andern. Ich entschied mich, sie nicht zu stören.»

Als er eine Tür sah, auf der «Prince Philip» stand, konnte er nicht widerstehen und drehte den Türknauf. Doch das Schlafzimmer war leer. Er begriff, warum: «Die trafen Präsident Reagan.»

Fagan gelangte zum Postraum hinunter und steckte den Kopf zur Tür hinein. Auf einem der Regale stand eine Flasche kalifornischen Weins. Da er Lust auf etwas zu trinken hatte, machte er die Flasche auf und trank sie zur Hälfte. Unterdessen hatte das Hausmädchen Sarah Carter Alarm geschlagen, und man machte sich auf die Jagd nach dem Eindringling. Doch zu Fagans Glück kam niemand auf die Idee, das Postzimmer zu durchsuchen, wo er Prinz Charles' Wein süffelte. Als er sich schliesslich entschied, den Palast zu verlassen, gelang ihm dies unbemerkt.

Einen Monat nach seinem ersten Besuch beschloss Fagan, erneut in den Palast einzubre-

chen. Und diesmal wollte er unbedingt die Queen treffen.

Am 9. Juli 1982 gegen sechs Uhr früh überwand er die Umgebungsmauer und liess sich in den Palastgarten fallen. Als er das Gebäude betrachtete, bemerkte er ein offenes Fenster auf der Westseite. Er kletterte hinein und fand sich in einem verschlossenen Raum wieder, der die Briefmarkensammlung von König Georg V. beherbergte.

Weil er so nicht in den übrigen Palast gelangen konnte, kletterte er wieder hinaus und zog sich an einem Fallrohr hoch zum Büro des Mannes, der für die Sicherheit der Königin zuständig war. Unterdessen hatte Fagan schon zwei Mal Alarm ausgelöst, aber die Polizei nahm an, es handle sich um Fehlalarme, und stellte das System beide Male ab.

Fagan ging durch einen der oberen Korridore und bewunder-

te die Gemälde. Er nahm einen Glasaschenbecher auf, der kaputtging und Fagans Hand verletzte. Er kreuzte auch eine Haushälterin, die ihm «Guten Morgen» wünschte. Ein paar Minuten später fand er sich vor dem Schlafzimmer der Königin.

Es hätte bewacht sein sollen, aber die Nachtschicht des diensttuenden Polizisten hatte eben geendet, und der Lakai, der ihn ersetzen sollte, war noch nicht eingetroffen (er führte gerade die Corgis der Königin spazieren). Erstaunlicherweise gelangte Fagan also unbemerkt in das Schlafzimmer der Königin.

Als er die Vorhänge ihres Himmelbetts öffnete, schreckte die Königin auf. Er setzte sich auf ihr Daunenbett und bewunderte ihr bedrucktes Nachtgewand aus dem Kaufhaus Liberty.

Die Königin war verängstigt. «Was tun Sie hier?», sagte sie mit einer Stimme, deren Klang Fagan später als «vom feinsten Kristall, das man sich vorstellen kann» beschrieb.

Die Königin drückte sofort die Nachtalarmglocke, aber noch immer stand vor ihrem Zimmer kein Wächter. Daraufhin benutzte sie das Telefon neben ihrem Bett und befahl der Empfangsdame des Palastes, sofort Polizisten zu ihrem Schlafzimmer zu schicken.

Diese rief das Polizeilokal an, ihr Anruf ging um 7.18 Uhr ein. Doch noch immer kam keine Hilfe.

Sechs Minuten später griff die Königin erneut zum Telefon. Sie hatte Fagan in Schach zu halten vermocht, doch nun war sie am Verzweifeln. Das Geräusch ihrer Anrufe fiel schliesslich einem Dienstmädchen auf, das in einem Zimmer nebenan arbeitete. Die Frau betrat das Schlafzimmer der Königin und war entsetzt, einen Fremden auf dem Bett Ihrer Majestät sitzen zu sehen. Es gelang den beiden Frauen, Fagan mit dem Versprechen einer Zigarette in eine nahe Vorratskammer zu komplimentieren.

Dort stiess der Lakai Paul Whybrew dazu, der Fagan ein Glas Famous Grouse anbot, um die Situation zu entschärfen. «Ich versuchte, ihn zu beruhigen, und er sagte, er sei okay. Mir fiel auf, dass sein Atem nach Alkohol roch.» Die beiden waren immer noch am Whiskytrinken, als der Polizist Cedric Robert eintraf und Fagan abführte. Dieser leistete keine Gegenwehr und schien seine Verhaftung als unvermeidlich hinzunehmen. Er wurde später vor Gericht gestellt.

Fagans Einbruch wurde eher als zivilrechtlich denn als strafrechtlich relevante Tat eingestuft, und er wurde deshalb nicht wegen Hausfriedensbruch angeklagt. Doch wurde er wegen Diebstahl (die halbe Flasche Wein) anlässlich seines ersten Einbruchs verurteilt und in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Er verbrachte dort ein paar Monate, bevor er im Januar 1983 freigelassen wurde.

Fagan hat nie erklären können, warum er vom Gedanken, in den Buckingham Palace einzubrechen, so besessen gewesen war. Er glaubt aber, es könnte mit einer Überdosis seiner selbstgekochten Suppe aus halluzinogenen Pilzen zu tun gehabt haben. «Ich hatte vergessen, dass man nur eine kleine Handvoll nehmen sollte. Ich bin sehr, sehr lange high gewesen von den Pilzen.»

Seine Mutter hingegen war überzeugt, ihr Sohn sei in den Buckingham Palace eingebrochen, weil die Königin im Ruf stand, eine besonders gute Zuhörererin zu sein. «Ich kann mir vorstellen, dass er einfach mit ihr reden und über seine Probleme diskutieren wollte», sagte sie.

Giles Milton, 52, ist Historiker und Bestsellerautor. Seine Werke wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt. Er schreibt an dieser Stelle wöchentlich über «Mysterien der Weltgeschichte». Der «Meister der Geschichtserzählung» (*Sunday Times*) lebt in London und im Burgund. www.gilesmilton.com

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer

Lesen Sie nächste Woche:

«Der Mann, der ins KZ Auschwitz einbrach»



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Ich fand es immer lächerlich, wie Eltern jede Anstrengung unternehmen, damit ihre Kinder den Sprung ins Gymnasium schaffen. Als ob eine Berufslehre nicht genauso gut wäre. Nun ist unser Sohn so weit – plötzlich verstehe ich die Eltern. Man kann sich dem Gymi-Kult in Zürich fast nicht entziehen. Woher kommt das?
Rahel G., Zürich

Sie haben recht. Es besteht ein geradezu lächerlicher Gymi-Kult, vor allem in Zürich. Aber wie bei jedem Kult, ist es nicht gut, wenn man sich ihm unterwirft. Ein eigenständiger Weg ist immer besser. Dieser Kult kommt daher, dass die Gesellschaft fälschlicherweise glaubt, ein Mensch sei ein besserer oder gescheiterer Mensch, nur weil er das Gymnasium oder die Universität besucht hat. Und daraus folgt relativ schnell die Geringschätzung der praktischen Berufsleute. Dabei ist es einfach. Die Lehre bereitet einen auf einen bestimmten praktischen Beruf vor. Solche Leute sind bereits mit neunzehn Jahren mit der Schule fertig und sind voll

berufstätig. Das ist bei Gymnasiasten und Studenten nicht der Fall.

An und für sich sollte man beurteilen, was entspricht dem Kind besser, eine Berufslehre oder ein akademischer Beruf. Es gibt Menschen mit *zwei linge Tüme*, da würde ich zum Gymnasium raten. Es gibt intelligente Menschen, die eignen sich besser für eine Berufslehre. Denen rate ich zu einer solchen, auch wenn sie das Gymnasium besuchen könnten.

Grundsätzlich empfehle ich jungen Leuten eine Lehre, weil die beruflichen Aussichten besser sind. Gut ausgebildete, intelligente Berufsleute haben auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten die grössere Chance als die vielen Akademiker, vor allem aus den nicht naturwissenschaftlichen Richtungen. Die Berufsleute haben zudem später die Möglichkeit, sich mit Berufsmatura, Technikum und dergleichen weiterzubilden. Das ist für Studienabgänger viel schwieriger.

Auch das sollten Eltern beachten: Der gesellschaftliche Dünkel, dass man nur etwas ist, wenn Kinder das Gymnasium besuchen, muss abgelegt werden. Auf dieses fragwürdige Ansehen in einer meines Erachtens fragwürdigen Gesellschaft ist gefahrlos zu verzichten. Die Konzentration auf die Frage, welcher Ausbildungsgang dem eigenem Kinde besser entspricht, ist auf jeden Fall wichtiger.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch.

Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrlihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Gewinner der Woche

Geldvermehrung mit Thomas Jordan

Schwerelos schwebt die Aktie der Schweizerischen Nationalbank (SNB) über dem Marktgeschehen. Während der Swiss Performance Index letzte Woche 2,5 Prozent verlor, gewann das SNB-Papier gut 6 Prozent. Die Aufwärtsbewegung begann Mitte 2016. Zuvor schwankte das Papier jahrelang um 1000 Franken. Die Gründe für das Kursfeuerwerk zu erfahren, gibt Rätsel auf. In ihrer heutigen Gestalt als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft schüttet die SNB höchstens 15 Franken Dividende pro Aktie aus. Zudem räumt sie ihren privaten Aktionären kaum Mitspracherechte ein, geschweige denn Zugriff auf ihr Vermögen. Mancher Aktionär scheint darauf zu hoffen, dass er durch eine etwaige radikale juristische Neuorganisation über Nacht reich würden. Insofern ist die

Aktienkurs der SNB

Vom 1. bis 9. Oktober 2018, in Franken



Aktie der SNB mit den Banknoten verwandt, die sie herausgibt: Ihr Wert entsteht ausschliesslich aus dem Vertrauen, in Zukunft dafür etwas kaufen zu können. Ohne diesen Glauben beträgt der Wert null. *Florian Schwab*



Thiel

Selbstbestimmt

Von Andreas Thiel

Kerkermeister: Achtung, hier kommt die heilige Brüsseler Inquisition. Kniet nieder!

Folterknecht: Heilige Äbtissin Simonetta, wir haben den Häretiker in Ketten gelegt. Er heisst Albert Rösti und behauptet, der Bürger könne über sich selbst bestimmen.

Simonetta: Ketzer! Die Selbstbestimmung ist des Teufels! Gott hat für uns die Fremdbestimmung vorgesehen.

Folterknecht: Du musst der Selbstbestimmung abschwören.

Albert: Wieso?

Kerkermeister: Frage nicht! Schwöre ab! Sofort!

Albert: Ich bestimme immer noch selber, was ich tue.

Kerkermeister: Da haben wir es. Er bestimmt schon selber.

Simonetta: Das darf nicht sein. Folterknecht, verhöre ihn, bis er gesteht.

Folterknecht: Was soll er gestehen?

Simonetta: Dass er nicht an die Fremdbestimmung glaubt.

Albert: Ich glaube nie und nimmer an die Fremdbestimmung!

Folterknecht: Er hat schon gestanden.

Kerkermeister: Ohne Folter? Wie geht das?

Folterknecht: Er hat es selbst bestimmt.

Simonetta: Das darf nicht sein! Er muss fremdbestimmt werden.

Albert: Ihr könnt mich auf den Scheiterhaufen bringen, wenn ihr wollt. Ich werde nie an die Fremdbestimmung glauben.

Kerkermeister: Auf den Scheiterhaufen mit ihm!

Folterknecht: Nein, dann tun wir ja, was er sagt. Dann behauptet er, er hätte es selbst bestimmt.

Kerkermeister: Das ist gar nicht so einfach mit der Fremdbestimmung, wenn einer nicht will.

Simonetta: Genau deswegen will ich die Fremdbestimmung ja einführen, damit das mit dieser Selbstbestimmung endlich aufhört.

Abert: Wer hat das bestimmt mit der Fremdbestimmung?

Simonetta: Ich habe das bestimmt.

Folterknecht: Sie haben das mit der Fremdbestimmung selbst bestimmt? Jetzt habe ich aber ein paar Fragen an Sie ...

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Frauen, die sich engagieren

«Art for Peace» im Zürcher Grossmünster; Sopranistin Elena Mosucs Konzert zum Hochzeitstag. Von Hildegard Schwaninger

Das Konzert «Art for Peace» sollte eigentlich am 21. September im Grossmünster stattfinden, doch die Zürcher Kathedrale war an diesem Tag (es war der Weltfriedenstag) bereits besetzt, also verlegte man das Konzert auf den 22. September. Es war dann leider nicht so gut besucht, wie die Veranstalter hofften, denn am gleichen Abend war 150-Jahre-Tonhalle-Gala, und alle Leute, die Musik lieben, Geld spenden und gern ausgehen, waren schon unterwegs. Kurz: Wir leben in einer Multioptionsgesellschaft. Zu deutsch: Es ist einfach zu viel los.

Die Organisatorin des Anlasses «Kunst für den Frieden» ist die umtriebige Inèz Scherrer, die jeder kennt, der an Vernissagen, Charity-Veranstaltungen und anderen kulturellen Anlässen unterwegs ist. Inèz Scherrer, die Frau des ehemaligen Orthopädie-Chirurgen Hans Scherrer, ist eine schillernde Erscheinung (High Heels, Animal-Print und Pailletten) und eine extrem engagierte Frau. Ihr Brotjob ist Psychologin, sie macht Mental Coaching für Demenzkranke und deren Angehörige, aber den grössten Teil ihrer Zeit schenkt sie ihren ehrenamtlichen Engagements. Ihre Themen: Nachhaltigkeit, ökologisches Gleichgewicht («Ich bin Vegetarierin geworden»), Mitmenschlichkeit, Respekt, Frieden. Engagiert war Inèz Scherrer, die früher auch grafologische Gutachten machte, schon immer: «Ich bin schon mit zwanzig auf die Strasse gegangen für Amnesty International.»

«Wir sollen nicht immer von anderen profitieren wollen, wir sollen auch geben», so die Maxi-

me der Zürcherin, die sehr gut vernetzt ist, nicht nur redet, sondern auch etwas tut. So stellt sie immer wieder Überraschendes auf die Beine. Zu «Art for Peace» kam sie durch dessen Gründer, den Argentinier Elias Abraham-Foscolo, der in Basel lebt und den sie über «Kultureller Austausch unter Frauen» (Kauf) kennenlernte. Kauf ist einer der Klubs, die Scherrer gegründet hat: «Ein Paradox. Nicht nur kaufen und konsumieren, sondern sich kulturell austauschen ist das Ziel.» Jede der Klub-Teilnehmerinnen soll etwas zum Thema beitragen, Scherrer selber bereitet einen Vortrag vor: «Von der Suffragette bis #MeToo». Mit dem Philosophen Georg Kohler hat sie einen Philo-Klub gegründet, der besteht seit vierzehn Jahren, da philosophiert auch Andreas Honegger, der Journalist und ehemalige Kantonsrat, mit. Und durch den Movie-Klub, den sie gründete, kommt die Networkerin zu ihrer nächsten Aufgabe: Für «#Female Pleasure», den Film, der in Locarno Aufsehen erregte, bereitet sie die grosse Zürcher Premiere am 1. November vor. Verlegerin Ellen Ringier hat ihre Teilnahme schon zugesagt, Melanie Winiger, die Co-Produzentin, auch. Inèz Scherrer, eine Frau, die sich engagiert – auch zur Freude ihres Ehemannes, der sie zwar nicht überallhin begleitet, ihr aber immer den Rücken stärkt.

Die Sopranistin Elena Mosuc war zu Zeiten Alexander Pereiras einer der Lieblinge des Zürcher Opernpublikums, dann kam Andreas Homoki und mit ihm eine neue Gene-



Fast verliebt

Führungskraft

Von Claudia Schumacher

Was fehlt dir an mir?», hatte Maria gefragt. Er sagte: «Du hast keine leadership skills.» Zwei kleine Töchter, verheiratet seit zehn Jahren. Er war ihr Joel, ihr Mann, daran hätte sie nie gezweifelt. Sie war

seine «Schulter zum Anlehnen», so hatte er sie stets genannt. Bis heute nennt er sie so – obwohl er längst bei ihr lebt, einer Pharmavertreterin, die selbstredend deutlich jünger ist als Maria. Warum ihren Namen nennen? Sie ist exakt wie jedes Mädchen, für das ein Mann seine Frau verlässt: gepflegt (Maniküre, Pediküre), nervös (Ende dreissig, ohne Kinder), biegsam (Yoga). Und bestimmt hat sie: Leadership skills.

Plötzlich prustet Maria vor Lachen bei diesen Erinnerungen. Sie kann gar nicht aufhören. Ein regelrechter Lachkrampf. Wahrscheinlich der erste seit einem knappen Jahr. Sie lässt den Kopf nach unten fallen. Ihre schweren, dunklen Locken berühren den Boden. Sie schüttelt sich, Tränen laufen über ihr Gesicht. Das Lachen ist übermächtig, und es tut ihr gut. Wie eine Geisteraustreibung. Natürlich spukt es in diesem Haus, in dem Joel den Mädchen einst die Schnürsenkel zuband, in dem sie abends



Immer wieder Überraschendes: «Art for Peace».



«I Puritani»: Dirigent Hebeisen, Elena Mosuc.



Happy in Las Vegas: Elena Mosuc und ihr Gatte.

ration von Sängern und Sängerinnen. Elena Mosuc zog weiter, machte eine internationale Karriere, über die sie fleissig auf Facebook postet («Norma» in Maskat/Oman, die Zerbinetta bei den Salzburger Festspielen, Diverses an der Mailänder Scala). Und mehr und mehr zieht es sie zurück zu ihren Wurzeln, in ihre Heimat Rumänien. Dort ist sie ein Weltstar. Ihren Wohnsitz hat sie nach wie vor in Zürich, denn hier lebt ihr Mann Christoph Hebeisen, der Jurist aus der bekannten Käsehändler-Familie (Chäs-Hebise am Rennweg), die wegen mangelnder Nachfolge nicht mehr existiert. Christoph Hebeisen liebt Musik, singt im Opernhaus-Chor (hier hat er auch seine Frau kennengelernt) und ist Zünfter (Stadtzunft). Elena Mosuc sitzt beim Sechseläutenumzug mit Schwiegermutter Meret Hebeisen in der ersten Reihe und streut Blumen.

Jetzt kommt aber das Dickste: Christoph Hebeisen und Elena Mosuc, seit 25 Jahren ein Paar, haben nochmals geheiratet. Zum zwanzigsten Hochzeitstag feierten sie in Las Vegas, die Braut zog nochmals das Hochzeitskleid an, der Bräutigam den Cut, und sie erneuerten ihre Hochzeitsversprechen von vor zwanzig Jahren, das sie 1998 mit einem Riesenfest im Opernhaus feierten. Und: Elena Mosuc machte ihrem Mann zum Hochzeitstag ein grosses Geschenk. Sie organisierte, dass er in Rumänien ein Konzert dirigieren konnte. Christoph Hebeisen, der schon als Kind den Berufswunsch Dirigent hatte, dirigierte am Festival Piatra-Neamt ein Konzert mit Elena Mosuc. Das Konzert wurde in Rumänien live am Fernsehen übertragen. Zurzeit bereitet sich Elena Mosuc auf ihre «I Puritani»-Premiere (Vincenzo Bellini) in Triest vor.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Wein tranken, in dem er Maria in die Laken legte und liebte.

Er hatte sich eine Midlife-Crisis erlaubt – während sie viel zu beschäftigt damit war, für die Mädchen stabil zu bleiben. Er, der Herr Manager, hatte sich plötzlich aufgeführt wie ein Künstler. Schief bis zum Mittag. Stand in der Nacht auf dem Balkon und schaute die Sterne an. Er kümmerte sich um nichts, nur um sich. Und um die Arbeit, da konnte er sich halten, trotz seiner Absenzen. Maria aber stand jeden Morgen um 6.30 Uhr auf, machte den Kindern Frühstück und stand bei jeder Schürfwunde mit Pflaster und Küssen bereit. Sie verwaltete eine vierköpfige Familie, in der niemand ausser ihr je Zahnarzttermine vereinbarte. Obendrein ging sie ihrem Teilzeitjob in der Galerie nach. So viel zum Thema Leadership.

«Brauchen wir Hilfe?», hatte Maria ihn gefragt. «Nein», hatte er gegrummelt und sich

abgewandt. Wie ein Kind. Bis er durchbrannte, wie ein Kind, und Maria allein beim Psychologen sass. Dem erzählte sie von der Leadership-Sache und auch von den Gemeinheiten, die Joel über ihren Körper gesagt hatte. «Wenn einer geht, ohne guten Grund, dann macht er oft sein Gegenüber nieder», sagte der Psychologe. «Niemand will ein schlechter Mensch sein, der grundlos eine Familie zerstört.»

Maria trocknet sich die Lachtränen und schaut zurück auf sich selbst, wie sie da beim Psychologen sass. Wie verwundet sie war! Ein völlig verstörtes Häufchen Elend. Dann sagt sie laut zu sich selbst: «Jetzt kümmere ich mich mal um dich.»

Und so geht Maria schlafen und steht am nächsten Morgen auf. Mit einem Kribbeln im Bauch. Sie wollte kein neues Leben. Aber jetzt, wo es da ist: Vielleicht wird's ja gut?



Unten durch Franzosen

Von Linus Reichlin

Nehmen wir mal an, du willst Bundesrat werden, aber deine Partei will einen anderen Kandidaten vorschlagen, einen Romand, das Einzige, was er kann, ist Französisch. Wenn er «Pommes frites», «Coiffeur» und «Bonjour» sagt, sind alle hingerissen. Wenn hingegen du sagst: «Medamz e mosiös, schö vudrä etre la, le protschän conse federal», kichern deine partei-internen Kritiker und halten den Daumen nach unten. Dabei hast du so gute politische Ideen! Du würdest dich als Bundesrat für eine Senkung der Steuern, des Rentenalters und des Blutdrucks starkmachen sowie für einen 14. Monatslohn – finanzieren würdest du es durch die Schliessung aller Gefängnisbibliotheken, die sind den meisten Knastbrüdern sowieso ein Dorn im Auge. Dein Credo als Politiker ist: «Es sollen alle glücklich sein.» Dieser Wunsch treibt dich an, aber deiner Partei ist ein hübscher junger Genfer lieber, nur weil er nicht «Wurst» sagt, sondern «sosiso». Was ist so viel besser an «sosiso»? Das ist doch auch bloss eine Wurst mit hohem Wasseranteil, vor allem, wenn sie aus dem Waadtland kommt, dann besteht sie praktisch nur aus Wasser!

Aber deine Partei tut so, als sei die französische Sprache etwas Ähnliches wie ein Nichtbehindertenausweis: Jeder, der sie akzentfrei spricht, ist zum Bundesrat befähigt, und alle anderen kriegen in Kinos und Theatern den Rollstuhlplatz. «Jetzt nimm doch endlich mal Sprachunterricht bei einem Studenten aus Paris!», sagt deine Frau, aber das wäre für dich, als würdest du dich vor einem Strassenräuber in den Staub werfen und um Gnade winseln. Ein Mann ohne Ehre kann niemals Bundesrat werden, das ist deine heilige Überzeugung. Du hast dich dem Französischen noch nie gebeugt, und du wirst es auch jetzt nicht tun. Schon in der Schule hast du dich geweigert, das Wort «prononciation» richtig auszusprechen, denn wer bestimmt denn, welches die richtige Aussprache ist? Ein Muotataler Bauer versteht unter «prononciation française» etwas ganz anderes als ein Genfer Philosophieprofessor. Aber wenn man die Ansicht des Bauern geringschätzt, die des Philosophieprofessors aber zum Gesetz er-

» Fortsetzung auf Seite 66

hebt, öffnet man elitären Ideologien Tür und Tor. Wenn man den Genfer Philosophieprofessoren erlaubt, zu definieren, was richtiges Französisch ist und was nicht, werden sie dem Schweizervolk als Nächstes vorschreiben, dass man die Gabeln nur mit den Zinken voran in den Geschirrspüler stecken darf! Das darf niemals geschehen! Politik heisst handeln. Du schreibst in der Nacht ein geheimes Positionspapier, das nur für die Augen der Bundeshausfraktion deiner Partei bestimmt ist: «Liebe Freunde, ich hatte acht Jahre Französisch unter ständig wechselnden Lehrern, die sich lieber an Anti-AKW-Demonstrationen herumtrieben, als uns Deutschschweizer Jugendliche auf die Übernahme der politischen Verantwortung vorzubereiten, die in diesem Land leider untrennbar mit der Beherrschung der Sprache Robespierres und des Serienmörders Henri Désiré Landru verbunden ist. Ja, ich gebe zu, mein Französisch ist gescheitert, aber das hat mich stark gemacht! Denn ich musste lernen, mich auf meinem Weg nach oben allein auf meinen Fleiss, meinen Mut und meine intellektuelle Überlegenheit zu verlassen. Ich bin ein Selfmademan! *I don't give a damn about professors of philosophy from Geneva, they're all fucked up tyrants and smartasses, wacky meatheads, crappy goons, frigging dorks!*» Würst du doch nur in den USA geboren worden! Mit deinem Englisch könntest du sofort als Gouverneur von Texas kandidieren, aber in der Schweiz zählt nur dieses *crackbrained, craggy French*. «Ich hab einen Studenten für dich gefunden», sagt deine Frau, «er heisst Jeanalain Büsüquillä und kommt aus Lagorrüsü in der Nähe von Lüon.» «He's a queer, ain't he?», sagst du und ziehst deine Kandidatur zurück, sollen doch die Franzosen das Land regieren!

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Das Erwachen des Schläfers

Von Peter Rüedi

Wo trifft man das Glück? – Wo man es am wenigsten erwartet. Es entzieht sich, in aller Regel, dem fokussierten Blick und offenbart sich im Vorübergehen: «Ich ging im Walde/So für mich hin,/Und nichts zu suchen,/Das war mein Sinn.» In meinem Fall war der Wald mein muffiger, mit hereinbrechendem Klimawandel erst recht zu warmer Weinkeller. Das Blümlein, das dem Flaneur Goethe am schattigen Wegrand ins Auge fiel, war in meinem schwergewichtig mit Rotweinen bestückten Gewölbe eine in einer dunklen Ecke vergessene Bouteille Weisswein, eine spinnwebenverhangene Flasche Velabona des von mir wegen seiner Merlots verehrten armen Christian Zündel aus Beride im Malcantone (arm deshalb, weil es ihm in diesem Frühling seines Missvergnügens sämtliche Reben des wichtigsten Weinbergs in Castelrotto verhagelt hat). Auf den Chardonnay war er im fernen Jahr 1990 gekommen, «als ich mir bewusst wurde, dass die Lagen, die hier nächtlicher Kaltluft ausgesetzt

sind – dass diese Kaltluftkanäle für Rotwein wenig geeignet sind. Bei mir war's dann ein *coup de foudre*, ich begegnete an einer Degustation einem Meursault Les Perrières 1982 von Cochedury. Da entschloss ich mich zum Chardonnay. Mir haben übrigens immer jene Weissen gefallen, die nicht zu aromareif sind.»

Nun, was mir in die Hände fiel, war nicht gerade der früheste Beleg von Zündels damals neuer Leidenschaft für den Chardonnay, aber immerhin eine Flasche aus dem Jahr 2004. Erst liess ich alle Hoffnung fahren. Wo immer die Lebensdauer dieses Weissen aufgeführt wird, übersteigt sie zehn Jahre nicht. Dann erinnerte ich mich einer Degustation von alten Chasselas auf Clos des Abbayes der Ville de Lausanne, und es kamen mir Diskussionen mit Winzern in der österreichischen Wachau in den Sinn, die sich darüber beklagten, dass sie ihre substanziellen Grünen Veltliner schon zwei Jahre nach der Ernte kaum mehr an den Mann bringen. Ich fasste Mut, entfernte den etwas bröckelnden Zapfen – und erlebte mein helles Wunder: einen Weisswein von fabelhafter Frische, reich an blumiger, blühender Aromatik, in der Säure etwas gedämpft, aber keineswegs kastriert. Ein ganz grosser Wein aus einem eher mittleren Jahr mit einem kühlen Herbst (was seine Langlebigkeit mit erklärt). In Realität können Weisse länger leben, als ihnen das Händler und selbst ihre Produzenten gelegentlich zutrauen. Zündels Weisse sind ohnehin ein Minderheitenprogramm, der 2004er ist längst aus den Angeboten verschwunden. Ich rate zum 2015er, zu viel Geduld und einem Versuch im Jahr 2028. Notfalls testamentarisch festschreiben!

Christian Zündel Velabona Chardonnay 2015.
12,5%. Vinothek Brancaia, Zürich. Fr. 35.–
www.vinotek-brancaia.ch.
Oder direkt beim Produzenten: ufficio@zuendel.ch



Salz & Pfeffer

Mediterranes Lebensgefühl

Von Andreas Honegger

Die Abbaye de la Celle bei Brignoles im Hinterland der Côte d'Azur ist primär eine wunderschöne romanische Kirche einer Benediktinerabtei aus dem 12. Jahrhundert,

die eine Besichtigung lohnt. Daneben aber ist aus den ehemaligen Klostergebäuden die «Hostellerie», ein hübsches Fünf-Sterne-Hotel entstanden und ein prächtiges Restaurant, für das Alain Ducasse die Verantwortung trägt und das mit einem Michelin-Stern ausgezeichnet ist. Man speist im Sommer im Park, unter riesigen Kastanienbäumen, deren belaubte Äste auch bei Hitze ein angenehmes Klima schaffen.

Nicolas Pierantoni aus Brignoles wurde im «Le Louis XV» in Monte Carlo und später in der Abbaye zu einem hervorragenden Koch ausgebildet, und ist heute Chef im besten Haus der Region. Gewürze und Gemüse holt er sich im Garten der Abbaye, und was er daraus macht, ist ein Traum, der dem prächtigen Ambiente in jeder Hinsicht gerecht wird. Eine der Vorspeisen, eine Kombination von violetten Artischocken und Krebschwänzen mit Basilikum, war so überzeugend, dass wir sie ins eigene Repertoire übernommen haben. Auch eine Auber-

ginen-Tranche mit Tomaten und Oliven und pochierte Eier auf einem Tomatenbett mit Sommertrüffeln waren hinreissend. Beim Vitello tonnato war das Kalbfleisch perfekt rosa. Ein *pagre* (barschartiger Fisch) aus dem Mittelmeer auf einem Fenchel-Confit konnte bestens mithalten, was auch für ein Lamm mit Zucchini gilt. Ein kleines Poulet aus den Landes war begleitet von grünen Bohnen und Steinpilzen. Obwohl nach dem Käse noch kunstvolle Desserts auf den Tisch kamen, fühlten wir uns an diesem prächtigen Sommertag in keiner Weise überessen.

Das «Signature Menu» mit sechs Gängen kostet 105 Euro, das einfachere «Menu d'été» ist über Mittag für 77 Euro zu haben, dazu kommen noch die Getränke.

Hostellerie de l'Abbaye de la Celle,
10 Place du Général de Gaulle, F-83170 La Celle.
Tel.: +33 (0) 498 05 14 14



Auto

Geschwindigkeit pur

Kann man in einem Tag ein besserer Rennfahrer werden? Selbstversuch beim TCS in Lignières. *Von David Schnapp*

Marcel Fässler ist noch nicht zufrieden. Der erfolgreiche Autorennfahrer, der als erster Schweizer die 24 Stunden von Le Mans gewonnen hat (in einem Audi R18), steht am Scheitelpunkt der Kurve und verlangt, dass wir ihm gewissermassen über die Füße fahren. Der Ort: der kleine, aber feine Rundkurs im TCS-Zentrum in Lignières; der Anlass: ein Sportfahrtraining; die Teilnehmer: *Weltwoche*-Leser und andere Freizeit-Rennfahrer. Die meisten sind mit ihrem eigenen Auto unterwegs, unter 500 PS ist keiner hier angekommen.

Um es noch etwas interessanter und herausfordernder zu gestalten, fahre ich einen KTM X-Bow. Einen offenen, zweiplätzigem Wagen, optisch irgendwo angesiedelt zwischen einem Strandbuggy und einem Gokart, den man einem Wachstumsprogramm mit Steroiden unterzogen hat: Kohlefaser-Monocoque, waagrecht und offen liegende Federn für die Vorderachse – alles ist kompromisslos auf Beschleunigung getrimmt. 847 Kilogramm

Gewicht treffen auf 300 PS aus einem Vierzylinder-Turbomotor von Audi, was den Radikal-Sportwagen innert 3,9 Sekunden von null auf 100 km/h bringt.

Komfortabel ist das nicht, jedes Ein- und Aussteigen ist eine kleine Qual, auf elektronische Systeme wie ESP, ABS oder Servolenkung wurde selbstverständlich verzichtet, geschaltet wird über ein mechanisches Sechsgang-Getriebe, und einen Tag lang auf der Rennstrecke die Kupplung praktisch im Fünfsekundentakt durchzudrücken, erinnert mich auf unangenehme Art daran, dass der letzte Fitnessstudio-Besuch eine Weile her ist. Bei der eingangs erwähnten Kurve werden zu Trainingszwecken Eingangs- und Ausgangsgeschwindigkeit gemessen. «Bremsphase, Rollphase und weg», sagt Marcel Fässler – das Einmaleins der Kurventechnik. Der sympathische Schwyzer erklärt es uns bildhaft: «Kurvenfahren ist wie Malen nach Zahlen, man muss die Punkte abfahren: Bremspunkt, Einlenkpunkt, Scheitelpunkt, Auslenkpunkt.»

Der X-Bow ist Geschwindigkeit pur, das brett-harte Fahrwerk ermöglicht sehr, sehr schnelle Kurven. Ich komme mit rund 70 km/h rein, ziehe Richtung Scheitelpunkt und beschleunige auf etwas über 90 km/h am Kurvenausgang. Fässler findet, ich könnte ruhig noch präziser fahren. Wenn ich mir allerdings zu viele Gedanken mache über die perfekte Linie, hilft es nicht viel. Zu viel denken macht langsam, stelle ich fest. Schnell zu fahren ist vor allem eine Frage von Instinkten und automatisierten Prozessen.

Kommt dazu, dass einem die Rennstrecke einiges an physischer und mentaler Stärke abverlangt. Mittlerweile habe ich leichte Krämpfe in den Händen, der Helm drückt auf das Blutzufuhrsystem zum Hirn, es fühlt sich an – um in der Autotechniksprache zu bleiben –, als würde eine Ölpumpe nur noch mit halber Leistung arbeiten. Es ist Zeit für eine letzte Runde und ein Fazit: Vor diesem TCS-Kurs war ich ein zwar motivierter, aber nicht besonders schneller Rundstreckenfahrer. Danach bin ich vermutlich nicht viel schneller, dafür habe ich mehr Freude daran, weil mir ein paar grundlegende technische Feinheiten beigebracht wurden.

KTM X-Bow R
Leistung: 300 PS/220 kW, Hubraum: 1984 ccm;
Höchstgeschwindigkeit: 220 km/h; Beschleunigung
0–100 km/h: 3,9 sec; Verbrauch (EU-Norm):
7,2–7,9 l/100 km; Preis: ab Fr. 90 000.–

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man in der Kirche während des Gottesdienstes versuchen, eine nervige Fliege zu erschlagen? *Regina Gut, Maladers GR*

Ich empfehle Zurückhaltung aus drei Gründen: 1. Bei geringem Trefferfolg und längerem Herumfuchteln könnten andere Gläubige in ihrer Andacht gestört werden; 2. Die Fliege ist Teil der Schöpfung, der die Liebe Gottes, die im Gottesdienst verkündet wird, ebenfalls zugeordnet ist; und 3. Das geduldige Ertragen dieser Unpässlichkeit kann Ihre geistige Reife und Gelassenheit fördern. *Peter Ruch*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Es besteht kein Grund, zu vermuten, dass die Geschichte Angela Merkel recht geben könnte.» *Mario Wolf*

Unzutreffender Vergleich

Nr. 39 – «Die Trümmerfrau»; Roger Köppel über Angela Merkel

Der Titel «Die Trümmerfrau» ist eine Beleidigung für die Frauen, die nach dem Krieg die deutschen Städte aufgebaut haben. Ein Vergleich mit Angela Merkel ist absolut nicht zutreffend. Diese Frauen haben aufgebaut; Merkel zerstört. Die Generation nach dem Krieg wollte in einer Demokratie leben, Merkel – aufgewachsen in einer kommunistischen Familie und sozialisiert in einem totalitären SED-Staat als FDJ-Funktionärin – hat das Parlament ausgeschaltet. Die vierte Macht im Staat, die Medien, wurden gleichgeschaltet. Es besteht kein Grund, zu vermuten, dass die Geschichte Angela Merkel recht geben könnte. Es sei denn, Merkel verlängere die marxistische Historiografie in die nächsten Jahrzehnte. Sollte diese linke Ideologisierung der Geschichtsschreibung nicht gelingen, wird Merkel als Zerstörerin der demokratischen Rechtsordnung in die Geschichte eingehen.

Mario Wolf, Oberegg AI

Naturegeben

Nr. 39 – «Wider die Quotenmänner»; Katharina Fontana über Kathrin Bertschy

So wie Frau Bertschy dachte ich auch – bis ich ein Kind bekommen habe. Dieses Kind hat in mir alles umgekrempelt. Vorher befand ich, es wäre nur eine Sache der Organisation, die Eltern teilten sich in die Betreuung. Und plötzlich überrollten mich die eigenen Gefühle. Ich wollte für dieses Kind da sein, wollte das Beste für es. Das bedeutete, es mindestens sechs Monate zu stillen. Es ist naturegeben, dass die Frau das macht. Der Mann schaut, dass er der Frau ermöglicht, dies in Ruhe zu tun. So gesehen, könnte es den Mann durchaus karrierefördernd anspornen, wenn er Vater wird.

Anne Seiterle, Schaffhausen

Segeln mit dem Zeitgeist

Nr. 39 – «Niedergang der HSG»; Florian Schwab über die Universität St. Gallen

Dass die Verfehlungen einzelner HSG-Exponenten in der jüngeren Vergangenheit dem Ruf der Universität kaum förderlich waren, muss nicht bestritten werden. Das Bild eines sinkenden Schiffes schrammt aber an der Realität vorbei. Unter dem Schlagwort «Masse statt Klasse» interpretiert der Autor das Wachstum der Bildungsstätte als Zeichen eines Qualitätsverlusts. Ich bezweifle jedoch, dass er bei einem Rückgang der Studierendenzahlen von

einem Indiz für Qualitätssteigerung sprechen würde. Der Umstand, dass die Bewerbungen ausländischer Studierender neulich rückläufig waren, dürfte nicht zuletzt auch mit der Frankenstärke sowie einer Erhöhung der Studiengebühren zusammenhängen. Aufgrund eigener Erfahrungen kann ich aber bestätigen, dass das «Zeitgeistsegeln» etwas gar viel Aufwind bekommen hat. In der Tat werden momentan Themen wie Gender, Diversity und Ethik im Verhältnis zu den ökonomischen und juristischen Kerndisziplinen zumindest fragwürdig viel Präsenz und Mittel eingeräumt. Hieraus aber gleich eine umfassende Fehlnavigation auszumachen, ist angesichts der nach wie vor hohen und tendenziell steigenden Beliebtheit von HSG-Abgängern auf dem Arbeitsmarkt verfehlt. *Vinzenz Sutter, Oberägeri SG*

Ungläubige

Nr. 39 – «Gott im Bundeshaus»; Hubert Mooser über christliche Politik

Erfreulich ist, dass relativ viele politische Verantwortliche sich zu ihrem Glauben bekennen. Deprimierend ist hingegen, dass Journalisten mit zynischen Worten bewusst versuchen, diesen Glauben samt christlichen Werten zu marginalisieren. Auch Muslime verfolgen diese Absicht, sie verachten uns deshalb und betrachten uns – aus ihrer Sicht zu Recht – als Ungläubige. *Beatrice Trachsel, Fraubrunnen BE*

«Sausenweine»

Nr. 37 – «Sanftes Walten der Schwerkraft»; Weinkolumne von Peter Rüedi

Ich wäre dankbar, wenn nur noch über Weine berichtet würde, die nicht mehr als 13 oder 13,5 Prozent Alkohol aufweisen. Ausnahmen: süsse Weissweine, die von Botrytis befallen sind, Eisweine und Rotweine aus getrockneten Trauben. Nicht von ungefähr nennt man Weine mit sehr hohem Alkoholgehalt «Marmeladen» oder «Sausenweine». Auf solche Weine kann ein Weinkenner verzichten. Und die anderen Menschen sollen doch Sirup trinken!

Dario Zuffo, Stetten AG

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

1		2		3		4	5	6		7	8	9	10	11
12	13		14			15					16			
17										18				
19						20				21			22	
			23		24					25	26			
27		28				29				30			31	32
33				34	35		36					37	38	
				39							40	41		
42	43		44		45					46		47		
48			49					50						
51												52		
	53									54				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Dort stehen und zufrieden sein

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 3 Rekord-Stadt: die meisten Wolkenkratzer (über 300m) weltweit. 7 Sie setzt politisch gutes Miteinander voraus. 12 Die Giraffe zeigt sich hier nicht mit dickem, dafür kurzem Hals. 15 Sizilianische Weinbaugebiet und gleichnamiger Berg. 16 Latein: am Anfang P, am Schluss a, und das Vaterland ist da. 17 Funktion im Lehrkörper einer Hochschule. 18 Ein Bild, das man sich denkt. 19 Nahrung aufnehmen, wie Jäger sagen. 20 Für Madame ist sie eine Freundin. 22 Von dort aus geht es - indirekt - zum Indischen Ozean. 23 Standardnummer für Schriftenreihen. 25 Ob Atom oder Molekül, elektrisch geladen. 27 Scham, ganz ohne Scheu. 30 Esel, der von hinten kommt. 33 Es ist nur am Anfang so. 34 Sie gibt Geräusche von sich, Babys freuts. 37 Eber mit solchem Vorderteil sind besonders fleissig. 39 Oberhalb Grindelwald: Berg und Bergstation. 40 Esther verwandelte sich mit Kosmetik in sie. 42 War die Untereinheit der südkoreanischen Währung. 45 Leise, schnelle Nachricht. 47 Sie ergeben eine Fläche, zumindest bei uns. 48 Schmuckstück ohne Tiefgang, dafür erhaben. 50 Schlicht geradlinig. 51 Sie zeugen von Unstimmigkeiten bis Feindseligkeiten. 52 Ein Stück Natur pur, erscheint einem unwirklich. 53 Solch ein Jahr ist ein Rechnungsjahr. 54 Bereich, Abschnitt, und beides mehrfach.

Senkrecht — 1 Auch die Spanier löffeln sie. 2 Südostasiens einziger Binnenstaat. 3 Er reicht von Beistand bis zur Pflicht. 4 Segel bei Schiffen mit mindestens drei Masten. 5 Die altägyptische Urgottheit. 6 Kreuzestitel, der Jesus betraf. 8 Im Auftrag, etwa Ihrer Majestät. 9 Nur mit dem v voller Lebenskraft. 10 Eine Institution kann eines sein, die Stimme ebenso. 11 Von Vorteil, wenn es auf unlösbare Verbindungen ankommt. 13 Fester Teil des Hutes, wenn er denn eine hat. 14 Ihre Spitzen sind oft wirklich spitz. 21 Der Begriff lässt bestimmt keine Muse zu. 24 Die Folge von ihr ist eine weitere. 26 Sie sind gute passive Schwimmer. 27 Solche Happenschnappen sich viele gerne. 28 Steckt man ihm Geld zu, handelt er sofort aus eigenem Antrieb. 29 Personifiziertes Gerücht aus Homers Odyssee. 31 Ein Podium kommt ihr ziemlich nahe. 32 Dem Klischee gemäss sind sie Whiskey-Liebhaber. 35 Modemacher, Italiener und lebende Legende. 36 Statt Getöse eine ganz andere Grösse. 38 Bildete einst Partnerschaft mit Federn. 41 Unter die Erde bringen, auf dass es sich erspriesslich zeigt. 43 Der Hans-Peter, doch ein bisschen kürzer geht auch prima. 44 Viele Ballone, bei ihr dann ein musikalischer Hit. 46 Die Torte kann nur aus jener Stadt stammen. 49 Das Präfix ruft das Gegenteil hervor.

©Fritz Müller - Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 587

	K	I	N	S	H	A	S	A		N	E	C	K	
G	E	N		P	A	N	E	T		T	O	N	E	E
R	O	T	H	I	R	S	C	H		I	G	I	T	T
A	S	R		K	A	T	H	E		D	R	A	L	E
N		I	S	E	R	E		I			G	I	N	A
A	R	G	O	S		L	A	S		S	I	E		O
T	U	E	R		B	L	U	T			M	O	R	D
M	B	E	R	E	T		E	G	E	L				O
T	A	V	E	R	J		S	A	R	A	N	D	O	N
W	E	I	T	B	L	I	C	R		S	T	I	R	N
E	N	S		I			H	A	S	E		E	T	E
R	E	P	O	N	S	E		N		L	O	S	E	R

Waagrecht — 1 KINSHASA 8 NECK 11 GEN
12 PANETTONE 14 ROTHIRSCH 15 IGITT
17 ASR 18 KATHEDRALEN 19 ISERE (Serie)
21 GINA (Lollobrigida) 22 ARGOS (sogar)
24 LASSIE 27 TUER 28 BLUTT 29 MORD
32 BERET 34 EGEL 36 TAVERI 38 SARANDON
41 WEITBLICK 42 STIRN 43 EBS (Europe by Satellite)
44 HASE 45 ETE (franz. f. Sommer)
46 REPNSE (franz. f. Antwort) 47 LOSER

Senkrecht — 1 KEOS 2 INTRIGE 3 SPIKES 4 HARAR 5 ANSTELLE 6 SECH 7 ATHEIST 8 NOIR (Farbe beim Roulette) 9 ENGAGEMENT 10 CEILI 11 GRANAT 13 ETNA (Ätna, it. etna) 16 TENOR 20 SORBET 23 RUMAENE 25 AUTSCH 26 STER 28 BRIL (-lanz) 30 OLDIES 31 DONNER 33 ERBIN 35 GASEL 36 TWER (Wert) 37 VISP 39 AKAN (Volk) 40 ORTE

Lösungswort — NEKROMANTIE



EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Kalpagraphe Chronometre
Manufactured entirely in Switzerland
parmigiani.com

PARMIGIANI

FLEURIER



A celebration of time



KALPA

EXTEND THE STORY

Dive into the universe of the Kalpa Collection. To start the experience, please download the application.



ASCONA Gioielli-Orologi Herschmann | BASEL Gübelin | BERN Gübelin | INTERLAKEN Kirchhofer | KLOSTERS Maissen
LUGANO Gübelin | LUZERN Gübelin, Les Ambassadeurs | ST. GALLEN Labhart-Chronometrie | ST. MORITZ Gübelin
ZERMATT Haute Horlogerie Schindler | ZUG Lohri | ZÜRICH Gübelin, Les Ambassadeurs